



Wöchentliches Abonnement in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1 Sgr. Anzeigengebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeile in Petitdruck 2 Sgr.

Erkeltion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 37. Morgen-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 23. Januar 1874.

## Die milde Praxis der Strafgerichte.

In der jüngsten Zeit sind mehrfache Klagen darüber geführt, daß die öffentliche Ordnung, wo sie durch eine ziellose Demagogie bedroht wird, in der Spruchthätigkeit der Strafgerichte nicht die wünschenswerthe Stütze findet; die Klagen sind aus der Presse in das Abgeordnetenhaus gedrungen; der Justizminister hat sie für berechtigt erkannt, und durch ein Circular die Staatsanwälte angewiesen, Appellation einzulegen, wo ihnen ein erkanntes Strafmaß unzureichend erscheint. Der Uebelstand ist vorhanden; das zur Abhilfe angewandte Mittel gefällt uns nicht.

Wir machen unserer Strafsjustiz nicht allein den Vorwurf zu großer Milde, sondern vor allen Dingen den der zu großen Langsamkeit. Man mag über das Wesen der Strafe denken, wie man will, ihren Zweck in der Abschreckung oder in der Besserung oder in der Vergeltung suchen, immer wird man zu dem Resultate kommen, daß die Strafe im concreten Falle um so wirksamer wird, je schneller sie dem Vergehen auf dem Fuße folgt. Eine gelinde Strafe, sofort erkannt und vollstreckt, macht einen ganz anderen Eindruck, als eine Strafe, die wie ein hinführender Bote erst nach Jahr und Tag in Vollzug gesetzt wird und durch drakonische Strenge zu ersetzen sucht, was ihr an Promptheit abgeht. In dieser Beziehung hat uns die französische Justiz von jeher imponirt. Bei uns ist es einem Angeklagten ein Leichtes, wenn er den Instanzenweg erschöpft, ein Verfahren über ein Jahr hinaus hinzuschleppen und der nicht verhaftete Verbrecher erblickt in der Verschleppung immer einen Vortheil. Untersuchungsrichter und Spruchcollegium sind gewohnt, ihre Termine, zumal in Haftfachen, lange hinauszuschieben. Bei den größeren Verurtheilten wird auch in Haftfachen ein Audienstermin selten mit kürzerer als mehrwöchentlicher Frist anberaumt. Bei Prozessen wegen Tummults wirkt eine solche Verzögerung besonders nachtheilig; die Beweismittel verbunkeln; ein ganz Unschuldiger, der lediglich durch eine Personen-Verwechselung in Untersuchung gerathen ist, kann Wochen lang in Haft behalten werden. Die Vollstreckung von Todesstrafen ist bei uns nicht selten länger als ein Jahr nach dem Spruche der Geschworenen erfolgt, weil auch der Gnadenweg ein sehr langsamer ist; in England und Frankreich vergehen selten mehr als vierzehn Tage zwischen Spruch und Vollstreckung. Die neue Strafprozeßordnung wird die Aufgabe haben, auch die Schnelligkeit des Verfahrens soweit sicher zu stellen, als die Rücksicht auf die Gründlichkeit es irgend gestattet.

Aber wir geben zu, daß nicht allein die Langsamkeit des Verfahrens, sondern auch der materielle Inhalt der gefällten Sprüche zuweilen Enttäuschungen erregt. Wir erinnern uns, daß das Stettiner Kreisgericht kürzlich einen Socialdemokraten aus so seltsamen Gründen freisprach, daß die „Morgenzeitung“ ihr Erkenntnis mit einer Lebhaftigkeit ausdrückte, welche ihr eine Buße von 50 Thlrn. zuzog, wodurch denn freilich der Beweis geliefert wurde, daß das Stettiner Kreisgericht unter Umständen auch streng sein kann. Die „Germania“, welche die „Preussische Zeitung“ begünstigt hatte, ihre Disidenzen aus dem Pressfonds zu vertheilen, wurde freigesprochen; die Gründe wollen wir nicht recitieren, weil wir für diesen Zweck nicht 50 Thaler übrig haben. Die Strafen gegen Messerstecher, nächtliche Ueberfälle, Gewaltthätigkeiten stirender Arbeiter und ähnliche Ausschreitungen erscheinen uns häufig so bemessen, daß sie mehr von der weichen Gemüthsart der Richter als von ihrer Kenntniß des Lebens Kunde geben.

Wenn nun aber Abhilfe darin gesucht wird, daß die Staatsanwälte von dem Rechtsmittel der Appellation ausgiebigeren Gebrauch machen sollen, so möchten wir zu bedenken geben, daß es in der Wissenschaft sehr bestritten ist, ob man bei einer neuen Gesetzgebung dem Staatsanwalt das Recht der Appellation überhaupt einräumen soll, und daß Appellationen wegen der Höhe des Strafmaßes bisher fast unerhört waren. Wozu spricht der erstinstanzliche Richter überhaupt ein Urtheil, wenn keine der beiden Parteien gehalten sein soll, es als bindend anzuerkennen. Juristisch geschulten Nationen, wie den alten Römern und den Engländern ist es von jeher als eine Ungeheuerlichkeit erschienen, daß ein Richter ein Urtheil nur zu dem Zwecke sprach, damit ein anderer Richter ihm sagen könne, er habe falsch geurtheilt.

Will man den Uebelstand gründlich heilen, so scheue man sich nicht, ihn an der Quelle aufzuleben. Wir nehmen gar keinen Anstand auszusprechen, daß die Vorbildung, welche unsere Richter genießen, nicht ausreicht, den Ansprüchen ihres Amtes Genüge zu thun, wenn sie die Mängel derselben nicht dadurch ausgleichen, daß sie in eifriger Thätigkeit sich Erfahrungen und Kenntnisse aneignen, welche ihnen auf dem gebahnten Wege nicht geboten werden. Weber der Universitätskuris, noch die Examina, noch das Referendariat sind so eingerichtet, daß sie eine geübene Ausbildung sichern. Ein sehr großer Theil der Studirenden des Rechts verbringt sein Triennium ausschließlich im Genuß der „akademischen Freiheit“ und läßt sich zum Examen „einpauken“. Bei keinem anderen Berufswege kommt Mehrfaches vor; Mediziner, Philologen und Theologen wissen sehr gut, daß sie das, was sie auf der Anatomie, auf der Klinik und im Seminar verfaßten, durch kein Einpauken nachholen können. Die Vorbildung ist ferner fast ausschließlich eine Dressur auf das Privatrecht; die Beschäftigung mit öffentlichen Dingen ist vernachlässigt. Seit Aufhebung des Collegienzwanges ist es auf mehr als einer Universität dahin gekommen, daß seit Jahren ein volkswirtschaftliches Collegium niemals zu Stande gekommen ist, woran freilich die Professoren ebenso sehr Schuld sind, wie die Studenten. Naiven Anschauungen über politisches und sociales Leben begegnet man bei den Richtern wie in wenigen andern Ständen. Wir erinnern uns einer geradezu beispiellosen Entscheidung, die vor etwa zehn Jahren gefällt wurde. Ein Abgeordneter war während der Session als Geschworener einberufen und verlangt Befreiung vom Geschworenenamt mit Rücksicht auf seine Landtagsfähigkeit. Das Gericht entschied, der Abgeordnete müsse vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses ein „Attest“ beibringen, daß er „unabkömmlich“ sei. Als ob nicht die Pflicht des Volksoverreters, als die höchste aller öffentlichen Pflichten, jede andere Pflicht in den Hintergrund drängt! Und diese Entscheidung erfolgte nicht etwa in der Provinz, in einer Stadt der Hundstürke, sondern im Mittelpunkte der Intelligenz, in einem Nest, das kaum sechs Stunden von Potsdam liegt und Berlin heißt!

Die theoretische und praktische Vorbildung unseres Juristenstandes bedarf der gründlichsten Reform; das ist eine Forderung, die seit dem

Jahre 1848 gepredigt wird. Männer, wie die Minister Simons und Graf Lippe, waren nicht geeignet, derselben Genüge zu thun. Die lange Vernachlässigung rächt sich, und man kann dem tiefgewurzelten Uebel nicht damit abhelfen, daß man die Zahl der Appellationen vermehrt. Die Quellen des Übels liegen tiefer; an der Oberfläche kann man nicht heilen, sondern nur pflücken.

## Die neue Provinzialordnung.

II.

Die Wählbarkeit zum Provinziallandtage ist nicht an den Wohnsitz im betreffenden Wahlkreise gebunden, sondern soll künftig nur abhängig sein von der Vollendung des 30. Lebensjahres und einem mindestens dreijährigen Grundbesitz oder Wohnsitz in der Provinz. Eine Beschränkung auf das 25. Lebensjahr und einjähriger Grundbesitz oder Wohnsitz würde dagegen wohl ausreichend erscheinen. Auch bei dieser weiteren Grenze werden doch nicht allzuviel junge Leute oder unlängst Zugezogene in den Provinziallandtag gewählt werden, während andererseits die vorgeschlagene Beschränkung oft ein ganz unbequemes Hinderniß für einzelne Wahlkörperchaften sein kann, sonst geeignete Leute zu Provinziallandtags-Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlperiode von 6 Jahren mit Auslösung der Hälfte von drei zu drei Jahren ist zu lang. Die Kreisordnung braucht hier nicht maßgebend zu sein, denn die Provinz steht zwischen Kreis und Land, für die Landtagswahlen aber gilt eine nur dreijährige Wahlperiode. Auch für Kreis- und Communalwahlen würde die Einführung einer dreijährigen Wahlperiode zweckmäßig sein, wenn überhaupt die Kreis- und Gemeindeordnung wieder einmal Gegenstand der Reformgesetzgebung werden soll. Dafür, daß bei Neuwahlen eine Anzahl bisheriger Mitglieder in der Vertretung bleibt, sorgen die Wähler schon selbst, oft sogar mehr, als dem öffentlichen Interesse ersprießlich ist. Eine periodische vollständige Neuwahl einer parlamentarischen Körperschaft aber bringt einen frischen Zug in dieselbe und schützt vor bureaukratischer Verkümmern; auch ist das Wahlinteresse lebhafter, wo die Neuwahl sich auf die Gesamtheit der Mitglieder einer Körperschaft erstreckt, also der Preis ein höherer ist. Zudem kann eine Berücksichtigung verschiedener Interessen, wie sie durch die Wahlen mehrerer Vertreter in jedem Kreise doch erzielt werden soll, wohl kaum anders möglich gemacht werden, wie durch gleichzeitige Wahl der sämtlichen Vertreter eines Wahlkreises.

Was die Competenz der Provinziallandtage anbelangt, so erscheint es nicht angemessen, dieselbe über den gesetzlich zugewiesenen Kreis auf die Begutachtung „aller Angelegenheiten auszudehnen, welche zu diesem Behufe von den Staatsbehörden überwiesen werden“. Das könnte unter Umständen die Regierung veranlassen, die Gutachten der Provinziallandtage gegen ein vielleicht mißliebliches Abgeordnetenhaus in's Feld zu führen. — Die Sonderung der Stände bei Abstimmungen kommt selbstverständlich in Fortfall. — Auch die Öffentlichkeit der Sitzungen und die freie Wahl der Vorsitzenden sind anzuerkennende Fortschritte, nur dürfte es richtiger sein, den Vorsitzenden nicht für die ganze Wahlperiode, sondern jedesmal nur für die Dauer einer Session zu wählen. — Ein Mangel des Entwurfs ist das Fehlen jeder Bestimmung über die Länge der Sitzungsperiode, wie überhaupt über die Verpflichtung der Regierung, den Provinziallandtag innerhalb gewisser Zeiten zusammen zu berufen. In der Provinzialordnung von 1850 war bestimmt, daß die Provinziallandtage in jedem April zusammenzutreten sollten. Bei Erweiterung des Geschäftskreises wird diese jährliche Berufung künftig auch notwendig werden. Die Concurrenz mit Reichstag und Landtag kann keinen Grund abgeben, wenigstens einen außerordentlichen Termin für die Zusammenberufung gesetzlich zu bestimmen. Eine Concurrenz mit dem Reichstage erscheint uns übrigens bei der geringen Zahl von Reichstags-Abgeordneten, welche voraussichtlich zugleich Provinziallandtags-Abgeordnete sein werden, weniger bedenklich, als etwa eine Concurrenz mit dem Landtage. Ein Mangel der Vorlage ist auch, daß zwar im Prinzip den Mitgliedern des Provinziallandtages eine ihren baaren Auslagen entsprechende Entschädigung zuerkannt wird, die Festsetzung der Höhe dieser Entschädigung aber den Beschlüssen der Provinziallandtage überlassen bleibt. Das kann bei der Verschiedenheit der Ansichten, welche über entsprechende Diäten bestehen, je nach der Majorität der einzelnen Provinziallandtage thatächlich zu recht fühlbaren Beschränkungen des passiven Wahlrechtes führen. War doch im Jahr 1850 die Commission der 1. Kammer der Ansicht, daß bei Vermeidung unnötigen Aufwandes der Satz von 1 Thlr. pro Tag für einen Provinziallandtags-Abgeordneten vollkommen ausreichend sei. Die Provinzialordnung von 1850 setzte 2 Thlr. Diäten fest. Unter den heutigen Verhältnissen würden wir einen Satz von 4 Thlr. normiren.

Die Provinzial-Verwaltung soll einem aus einem Oberbeamten (Landesdirector, Landeshauptmann) als Vorsitzenden und 6 bis 12 Mitgliedern bestehenden Provinzialausschuß übertragen werden. Der Oberbeamte wird auf 6—12 Jahre vom Provinziallandtage gewählt und bedarf der Befätigung des Königs, die Mitglieder des Provinzialausschusses werden von dem Provinziallandtage aus seiner Mitte auf sechs Jahre gewählt. In Schlesien war bisher der Vorsitzende des Landtags (Marshall) zugleich Vorsitzender des Ausschusses, welcher im Uebrigen aus dem ersten Provinzialbeamten (Landeshauptmann) und 7 aus der Mitte des Provinziallandtages gewählten Vertretern der 4 Stände bestand. Die Zusammenfügung des Ausschusses aus den 4 Ständen fällt natürlich mit den ständischen Unterabteilungen überhaupt fort. Zweckmäßig erscheint auch die Trennung des Vorsitzes im Verwaltungsausschuß von dem Vorsitz in dem mit der Controlirung der Verwaltung befaßten Provinziallandtage. Daß die Regierung für den Landeshauptmann das Befätigungsrecht nicht aufgeben will, erscheint bedauerlich. Will man nach dieser Richtung Concessionen machen, so sollte man um so entschiedener darauf bestehen, daß die Wahlperiode des Landeshauptmannes nicht über die Wahlperiode des Provinziallandtages (6 event. 3 Jahre) hinausgehen darf. Die größere pecuniäre Entschädigung, welche man bei kürzerer Wahlperiode dem Landeshauptmann zuerkennen müssen wird, kann gegen die Unzulänglichkeiten nicht in Betracht kommen, welche andererseits entstehen, wenn in einem so großen politischen Verbanke eine der Mehrheit eines neugewählten Landtags und Ausschusses nicht genehme Persönlichkeit an der Spitze der Verwaltung verbleibt. — Die

Bestimmung, daß die bisherigen provinzialständischen Ausschüsse und Commissionen bis zur anderweitigen Beschlußnahme der nach diesem Gesetze gewählten Provinziallandtage über ihren Fortbestand und ihre Zusammenfügung in Wirksamkeit bleiben sollen, scheint etwas zu weitgehend; hier müßte jedenfalls ein Endtermin für die Wirksamkeit gesetzt werden.

Die Provinzialordnung soll mit dem 1. Januar 1875 in Wirksamkeit treten.

Die Umbildung bezw. Aufhebung der communalständischen Verbände und ihrer Organe wird besonderen Gesetzen vorbehalten, welche nach Anhören der nach diesem Gesetze gewählten betreffenden Provinziallandtage zu erlassen sind. Für Schlesien kommt in dieser Beziehung der Communalverband der Oberlausitz in Betracht. Ueber das künftige Schicksal dieses Verbandes kann insofern kein Zweifel sein, als die communalen Schöpfungen desselben — Waisenhaus, Sparkasse, Bank, Hilfskasse, Feuer-Societät und einige Stiftungen — der gemeinschaftlichen Verwaltung der theilhaftigen Kreise zu übergeben sein werden. Mag die endgiltige Organisirung gemeinschaftlicher Verwaltungsorgane dafür aus der Mitte der theilhaftigen Kreis-Ausschüsse einer besonderen gesetzlichen Regelung zugleich mit der Ordnung der Vermögensverhältnisse vorbehalten werden, so scheint uns doch kein Grund vorhanden, dem dortigen erzkatholischen Communalverband noch bis dahin das Leben zu fristen. In dieser Beziehung könnte die Provinzialordnung einfach bestimmen, daß die Befugnisse des Communalverbandes auf die Mitglieder der theilhaftigen Kreis-Ausschüsse bezw. des örtlichen Magistrats überzugehen haben und daß von diesem unter Beibehaltung des bisherigen „Landesältesten“ auch eine aus 5 Mitgliedern, natürlich ohne Ansehen des Standes zu wählende „Directorial-Deputation“ zu bilden ist.

## Breslau, 22. Januar.

Die ministerielle „Prob.-Corresp.“ bespricht an der Spitze ihrer heutigen Nummer ebenfalls das Ergebnis der Reichstagswahlen und kommt dabei zu dem Schlusse, daß das Gesamtverhältnis sich nach Beendigung der Wahlen auf nahezu 260 National-Gesinnte gegen 140 Widerwärtigen der Reichspolitik stellen wird. Den weiteren Ausführungen des officiellen Blattes entnehmen wir noch Folgendes: „Die Regierung — heißt es darin — darf hiernach bestimmt hoffen, für die Durchführung ihrer höchsten und entscheidenden Aufgaben an und für sich auch in dem neuen Reichstage eine sichere und bereitwillige Stütze zu finden. Nur wird man sich von vorn herein nicht verheßen dürfen, daß eine sonst auf's Doppelte gestiegene Zahl der grundsätzlichen Gegner einen größeren und reichhaltigeren Einfluß auf den Gang der parlamentarischen Thätigkeit zu üben vermag, während andererseits die künftige nationale Mehrheit selbst vermöge ihrer erheblich veränderten Zusammensetzung auch bei wesentlicher Uebereinstimmung über die Ziele der Reichspolitik doch in Betreff der Mittel und Wege zur Erreichung derselben eine volle Verständigung nicht immer ebenso sicher in Aussicht stellt, wie es seit her der Fall. . . . Das geschlossene Auftreten der ultramontanen Partei in ganz Deutschland, das rücksichtslose Hineinziehen aller Volkskreise in den Kampf der römischen Kirche gegen die Staatsgewalt wird ein ebenso geschlossenes und entschiedenes Vorgehen aller nationalen Parteien zur Sicherung der Staatsinteressen gegenüber den geistlichen Herrschaftsgelüsten, zur Sicherstellung der Gewissen gegen geistliche Vergewaltigung nach sich ziehen. Je entschiedener überdies hervortritt, daß die ultramontanen Bestrebungen gegen die Politik des deutschen Reiches ihre Stütze auch in verwandten Bestrebungen anderer Feinde außerhalb Deutschlands finden, desto mehr werden alle reichsfeindlichen Parteien fest zusammenstehen, um die Grundlagen der einheitlichen deutschen Macht in allen Richtungen zu befestigen und vor jeder Erleichterung zu wahren. Nicht minder wird das unerwartet kräftige Hervortreten der social-demokratischen Partei bei den jüngsten Wahlen dazu helfen, daß alle diejenigen Parteien, welche mit ihren Ueberzeugungen auf dem Boden der jetzigen socialen Ordnung stehen, sich fester an einander schließen und mit der Regierung zusammenwirken, um Staat und Gesellschaft vor dem Anwachsen der von jener Seite drohenden Gefahren zu schützen. . . . Der nächste Reichstag wird hoffentlich einen weiteren Fortschritt in der politischen Erziehung und Entwicklung des deutschen Volkes reifen lassen, indem das Bewußtsein der politischen Verantwortung in dem Verhalten der Parteien immer mehr zur Geltung gelangt und dieselben immer entschiedener auf die Erfordernisse des praktischen Staatslebens und auf die Nothwendigkeit eines bereitwilligen und gewissenhaften Zusammenwirkens für das Gemeinwohl des Volkes hinweist.“

Der neue Preßgesetz-Entwurf ist jetzt vom Justizauschuß des Bundesraths unterbreitet worden. Wie man aus Berlin schreibt, ist er milder als der erste Entwurf, insbesondere ist der von allen Parteien verurtheilte § 20 gefallen. Auch die Stempelsteuer ist gestrichen; trotzdem wird er im Reichstage noch schwere Angriffe erfahren.

Ueber die im österreichischen Abgeordnetenhaus eingebrachten confessionellen Vorlagen liegen nun ausführlichere Mittheilungen vor, welche unsere Leser unter Wien finden. Zum Lobe der Gesetzbildung kann gesagt werden, daß durch dieselben dem bisherigen Ständerte ein Ende gemacht wird; an Stelle des Concordates tritt eine einheitliche Gesetzgebung, welche vielfach von josephinischem Geiste durchweht ist. Vermist wird, wie wir bereits gestern erwähnten, ein Eivilhegegesetz; auch gehen die Anordnungen über die Oberaufsicht des Staates nicht so weit, als die preussischen Mai-Gesetze. Dem Abgeordnetenhaus liegt unter diesen Umständen die Pflicht ob, für die Ergänzung dieser Gesetze Sorge zu tragen. Der erste Schritt dazu wurde bereits in der gestrigen Sitzung gemacht, in welcher Abg. Dr. Kopp und Genossen den Antrag einbrachten: „Es werde ein Ausschuß zur Vorberathung aller die Regelung der confessionellen Verhältnisse betreffender, sei es von der Regierung oder von Mitgliedern des Hauses einzubringender Anträge gebildet und derselbe beauftragt, insbesondere folgende Gesetzentwürfe mit möglicher Beschleunigung zu entwerfen und dem Hause vorzulegen: a) ein Ehegesetz; b) ein Gesetz, betreffend die Führung der Civilstandsregister; c) ein Gesetz gegen den Mißbrauch der geistlichen Gewalt; d) betreffend die Oberaufsicht des Staates über die Religions-Gesellschaften; e) betreffend die Regelung der Verhältnisse der Katholiken.“

In der Schweiz hat die Verfassungs-Revisions-Commission des Nationalraths am vorigen Montag sämtliche zwischen dem Nationalrath und dem Ständerathe noch bestehenden Differenzen, meistens im Sinne der Zustimmung zu den ständeräthlichen Beschläüssen erledigt. Die ständeräthliche Fassung des Schul-Artikels wurde angenommen, dagegen der Falliten-Artikel festge-



Fakten. Die Bestimmung, betreffend die Maßnahmen gegen die Ueberschneidung der Kirche, wurde nach dem Entwurf vom 5. März hergestellt und die Abschaffung der Todesstrafe beibehalten, ebenso wurde der Ausschluß der Geistlichen aus dem Nationalrathe angenommen und das Referendum mit 50,000 Stimmen und 8 Cantonen. Am Dienstag ist die Bundesversammlung zur Schlußberatung der neuen Verfassung zusammengetreten. — Das Abstimmungsergebnis über das Kirchengesetz im Canton Bern hat überall großen Jubel und patriotische Kundgebungen hervorgerufen. Im Jura wurde die Kunde mit Geschloßsalven begrüßt. Die Stimmung im ganzen Canton, schreibt man dem „Schwäb. Mercur“ aus Bern unter dem 19. d. M., ist eine herrliche. Die Regierung und vorab unser waderer und mutiger Kirchendirector Leuzinger haben ein Zutrauensvotum erhalten, wie es nicht schöner ausgesprochen werden könnte. Trotz allen Umtrieben und Machinationen haben es die Ultramontanen und Pietisten nur auf 16,832 Stimmen gebracht, die sich gegen das Gesetz aussprachen, während so weit bis jetzt bekannt 68,579 Männer für das Gesetz gestimmt haben. Bereits heißt es im Volke, daß man die Großräthe, welche gegen das Gesetz gestimmt und gewirkt haben, nächsten Mai durch Männer ersetzen wolle, welche mit den Ansichten ihrer Wähler in besserem Einklange stehen. Wenn Bern bei der nächsten Revisionsabstimmung ebenso zahlreich zur Urne zieht, dann ist die Revision gerettet, und daß die gestrige Abstimmung der Bundesrevision großen Voranschub geleistet, das wird wohl Niemand abstreiten können.

Was die gegen die rebellischen jurassischen Geistlichen getroffenen Maßregeln anlangt, so sind namentlich in Vionval seit der gezwungenen Abreise des dortigen Pfarrers Jeanquenet keine weiteren Aufständlungen vorgekommen, was für die Wichtigkeit der kürzlich von Oberst Hofer im Großen Rath aufgestellten Behauptung spricht: daß es im Jura nicht eher wieder ruhig werden wird, als bis die rebellischen Pfaffen sämtlich von dort ausgewiesen sein werden. Jedenfalls wird Pfarrer Jeanquenet nicht so bald dahin zurückkehren. — Auf Ansuchen der altkatholischen Geistlichen des Cantons Genéve hat der Staatsrath dem dort weilenden Erzbischof von Lydda, Mgr. de Pannelli, die Bewilligung erteilt, einen jungen Theologen, einen Herrn Dr. phil. P. Fischer von Argen, zum Pfarrer zu weihen und mit dem Unterbiacconi an der Kirche St. Germain, an welcher bekanntlich auch Pater Hyacinthe angestellt ist, zu weihen. Die Zahl der in Genéve befindlichen altkatholischen Geistlichen mehrte sich übrigens von Tag zu Tag. So hat wieder ein Marinefeldprediger der Diocese Quimper in einem Briefe an Pater Hyacinthe, welchen das „Journal de Geneve“ veröffentlicht, seinen Anschluß an die katholische Kirchenreformbewegung erklärt.

Auf die Tagesordnung der italienischen Deputirtenkammer war für den 20. Januar in erster Reihe die Verathung über Scialoja's Entwurf gesetzt. So wird denn, sagt eine römische Correspondenz der „R. Z.“ mit großer Freude, endlich der obligatorische Elementarunterricht auch in Italien eingeführt werden.

Der Artikel der „Nordd. Allgem. Zeitung“ vom 15., welcher die ferneren Beziehungen Frankreichs zu Deutschland wesentlich von der Stellung des ersten zum Ultramontanismus abhängig macht, hat, durch den Telegraphen hierher gemeldet, in den clericalen Kreisen, wie die schon erwähnte Correspondenz gleichfalls meldet, den größten und peinlichsten Eindruck hervorgerufen. Man fürchtet, die älteste Tochter der Kirche nun auch zu verlieren, trotzdem „ein ehrlicher Mann an ihrer Spitze steht“, und der „Offshore Romano“ bringt bereits einen inspirierten Artikel, der diese Furcht nur allzu sehr durchdringen läßt. „Preußen“, sagt derselbe unter Anderem, „wirft Frankreich den Handschuh zu einem Streite auf Leben und Tod hin, und das in einem Augenblicke, wo Europa noch unter den unseligen Wirkungen des letzten Krieges leidet. . . . Aber über den beiden stehen die gläubigen Völker noch immer die Worte geschrieben, die einst Constantine las: Das ist das Zeichen, in dem du siegen wirst!“

Hinsichtlich der Stellung Frankreichs zu Italien und Deutschland hat, wie durch den Telegraphen schon gemeldet worden, der Herzog von Decazes in der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. Jan. die beruhigendsten Erklärungen abgegeben. Der Minister verlangte, wie der uns vorliegende Sitzungsbericht sagt, die Verthugung der Interpellation des Generals du

Temple, wegen welcher man schon zu viel Lärm gemacht. Der Minister fügte hinzu, daß nichts die Aufregung rechtfertige, da kein Streit die guten Beziehungen mit Italien gestört habe. Der Minister hoffte, die Versammlung, der Politik getreu, die sie angenommen, und die auch die der früheren Regierung war, einer Erklärung, welche der Minister ihr mit der Zustimmung des Präsidenten der Republik vortragen wird, ihre Zustimmung gebe. Diese Erklärung besagt, daß die Regierungspolitik auf folgenden Grundlegen beruht: 1. Mit frommer Achtung und kindlicher Fürsorge dem erhabenen Oberhaupt der katholischen Kirche, seiner geistlichen Autorität, seiner Unabhängigkeit und Würde bezeugen. 2. Mit Italien, wie es die Verhältnisse gemacht, ohne Hintergedanken friedliche und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Der Minister fügte hinzu, wir wollen den Frieden mit ganz Europa, weil wir ihn für nothwendig halten, und weil ihn alle fordern und wünschen; wir werden suchen, ihn gegen alle Aufregungen, woher sie auch kommen mögen, zu sichern. Und man sage nicht, daß wir die Ehre und Würde Frankreichs bloßstellen, wenn wir uns weigern, eine abenteuerliche Politik zu verfolgen, welche zu einer Schwäche oder zu einer Tollheit führen würde. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß, was man auch ferner sagen werde, es ihm unmöglich sei, ein Wort hinzuzufügen. Wie die unter „Paris“ folgenden Nachrichten des Näheren darthun, wurde jedoch die Interpellation des Herrn du Temple durch Annahme der Vorfrage beseitigt. Nichtsdestoweniger stimmte auch die äußerste Rechte für die Annahme des Bürgermeistergesetzes und die Regierung ist damit der bereits gefürchteten Niederlage trotz alledem noch entgangen.

In Betreff der Suspension des „Univers“ äußern sich die beiden Regierungen-Organen „Le Français“ und „La Presse“ übereinstimmend dahin, daß dieselbe verdient sei. „Français“ stellt dabei die Sache so dar, daß das Einschreiten „nicht Folge einer diplomatischen Einschüpfung, sondern durch directe Initiative der Regierung veranlaßt wurde, um eine Reclamation der deutschen Regierung zu verhindern. Die „Presse“ sucht bei dieser Gelegenheit den Italienern ans Herz zu legen, daß sie gar keine Ursache hätten, Frankreich etwas übel zu nehmen. Die Stelle ist bemerkenswerth, weil sie eine verblühte, doch sehr deutliche Insinuation seitens des Ministers Decazes enthält; sie lautet:

„Alles ist versucht worden, um zwischen Italien und Frankreich einen Bruch herbeizuführen. Jenzeit wie dieser der Alpen wurde durch die unzeitigen Forderungen der Ultramontanen, wie durch das außerordentliche Mißtrauen der Radicals Alles versucht, und an Vordrängen zu Conflicten fehlte es nicht. Wir freuen uns darüber, weil die Freundschaft der beiden Länder so vielen Bösen widerstanden hat. Der gesunde, praktische Sinn der Italiener hat die Oberhand den eigenwilligen Vorurtheilen gegenüber erhalten. Unsere Nachbarn haben eingegeben, daß wir die Person des souveränen Papstes nicht ganz aufgeben, und unsere Waffen nicht gegen unsere Mitkämpfer von Solferino und Magenta richten konnten. Die Annäherung eines kleinen französischen Schiffes in den Gewässern von Civita-Vecchia hat hier nicht verdröhen. Man erdand dann andere Beschwerden. Man wollte sie überzeugen, daß ihr Nationalstolz darunter leiden müsse, wenn Frankreich beim Papst durch einen Botschafter vertreten sei, während bei Victor Emanuel nur ein Gesandter beglaubigt sei. Die Italiener begreifen aber diesen vielleicht ungeredeten Unterschied. Sie mögen den Wunsch ausdrücken, daß Herr Nigra zum Botschafter ernannt werde, und sofort wird der Marquis de Noailles mit dem nämlichen Range bekleidet werden. Die Gemeinschaft des Ursprungs, die Waffenbrüderlichkeit, die natürliche Sympathie der Rassen, ein ähnliches Interesse, in so fern es die zukünftige Papstwahl betrifft, die persönlichen Gefinnungen des Königs, welcher Frankreich sehr günstig gesinnt ist, Alles nähert es Italien, und wir sehen nichts, selbst nicht in der Frage des Denoquie, was über so wichtige Beweggründe die Oberhand gewinnen könnte. Niemals gab man sich so viele Mühe, die beiden befreundeten Nationen zu trennen; da ihre Einheit so vielen Anstrengungen widerstanden, so haben wir das vollste Vertrauen auf die Zukunft.“

Das „Journal des Debats“ weist nach, daß der Grund, weshalb Frankreich mit Italien auf keinem guten Fuße stehen könne, in den widersprechenden Instruktionen bestehe, die in Folge des Bruches einer rührigen Partei den beiden Vertretern in Rom, dem am Quirinal und jenem am Vatican, erteilt wurden, und dieser Uebelstand werde dauern, bis Frankreich eine homogene Regierung mit einer offenen, entschiedenen Politik gefunden habe. Unter jetzigen Verhältnissen sei ein herzliches Einvernehmen Italiens

mit Frankreich ganz unmöglich; Italien habe sich jedoch stets entgegenkommend gezeigt, es schickte Nigra nach Paris, obgleich Noailles noch immer in Rom auf sich warten läßt; es beschwert sich nicht, daß Frankreich in einem seiner Häfen noch immer ein Kriegsschiff liegen hat. Für dessen Gegenwart sich kein halbarer Grund vorbringen läßt; es ergreift die Gelegenheit, einem französischen Offizier eine glänzendere Leichenfeier zu veranstalten, als es einem Offizier seiner eigenen Armee bereitet haben würde; aber dieses Entgegenkommen stieß bei der französischen Regierung stets auf Zurückhaltung, selbst in den kleinsten diplomatischen Schritten giebt sich dieses Mißwollen kund, und dabei läßt die Regierung den ultramontanen Blättern freies Spiel, eine befreundete Macht täglich zu beschimpfen.

Das „Univers“ zeigt durch Rundschreiben an: „Das „Univers“ wird am nächsten 20. März wieder erscheinen; die Abonnenten erhalten zwei Monate Verlängerung, wofern wir binnen drei Tagen unsere Abonnenten nicht durch ein anderes Blatt bedienen lassen können.“ Den telegraphischen Nachrichten aus England entnehmen wir, daß Lord Russell allerdings nicht den Vorsitz in dem Meeting, welches für den 27. d. Mts. in der St. James Hall angesetzt ist, übernehmen wird. Der „Hou“ zufolge werden aber die Verhandlungen dieses, so wie das in Exeter-Hall zu dem nämlichen Zwecke veranstalteten Meetings im Verlage von Hatchards u. Co. in London erscheinen. Das Buch wird auch wichtige, den Ultramontanismus illustrierende Documente enthalten.

## Deutschland.

— Berlin, 21. Januar. [Zur Bankgesetzgebung. — Die Beschäftigung der Frauen und Kinder in den Fabriken. — Das Mauser-Gewehr. — Petitionen.] Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe nunmehr, wie vor Kurzem bereits angekündigt war, das Material für die Bankgesetzgebung zugehen lassen. Es ist ein ungemein umfassendes Volumen von einigen achtzig Druckbogen und enthält eine Uebersicht der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen über Zettelbanken und Banknoten-Ausgabe in Deutschland, nebst einer Sammlung der Statuten der deutschen Zettelbanken. Die Uebersicht verbreitet sich im ersten Titel über Bestand, Grundverfassung, Betriebsfonds und Geschäftskreis der 34 deutschen Zettelbanken, wovon 12 Institute auf Preußen, 1 auf Bayern, 5 auf Sachsen, 16 auf die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Bank kommen. Ein zweiter Titel verbreitet sich über das Notenprivilegium der deutschen Zettelbanken. Daran reiht sich eine vergleichende Zusammenstellung des Notenumschlages und Saarvorraths der deutschen Notenbanken und endlich folgen als Anlage die gesammten Statuten der deutschen Notenbanken. — Die erwähnten Erhebungen, welche die preussische Regierung über Angemessenheit und Nothwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen gegen Sonntagsarbeit, sowie gegen übermäßige Beschäftigung angestellt und deren Ergebnisse sie dem Bundesrathe mitgetheilt hat, haben als nothwendig die Beschaffung einer Uebersicht bezeichnet, welche, nach Industrienzweigen geordnet, nachweist: die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen mit Angabe des Procentsatzes der Verheiratheten, die Arbeitszeit nach Jahres- und Tageszeit geschieden, die Lohnsätze; ferner eine Zusammenstellung der hervorgetretenen Uebelstände, Mittel zur Abhilfe; endlich eine Erörterung der Durchführbarkeit der wünschenswerthen Maßregeln und der Bedenken dagegen. Die Richtung, in welcher der Bundesrath beabsichtigt, der hochwichtigen Frage näher zu treten, lehnt sich zunächst an die Bestimmungen der deutschen Gewerbeordnung zur Verhütung einer Ueberlastung der jugendlichen Arbeiter mit Fabrikarbeiten an und will der einzuleitenden Enquete überlassen, festzustellen, ob und in welchen Beziehungen eine Ergänzung dieser Bestimmungen zur Erreichung ihres Zweckes nothwendig ist. Man will dabei hauptsächlich in das Auge fassen: eine engere Begrenzung des Anfangs- und Endtermins der täglichen Arbeit, eine Controle durch Anzeige dieser Termine an die Aufsichtsbehörde, eine Beaufsichtigung bezüglich der Benutzung der Pausen seitens der Arbeiter, die Frage ob auch Minoronen, welche das 16. Lebensjahr überschritten haben

## Stadt-Theater.

(Ministerkrisen.)

Seit gestern glaube ich mit aller Entschiedenheit an die Seelenwanderung!

Das Stück von W. F. Zimmermann hat mir diese unumstößliche Ueberzeugung beigebracht, indem es eine literarische Metempsychose offenbart, die den allegorischen Glauben geradezu zum Dogma machen könnte. Dieses „deutsche Charaktergemälde“, welches gestern, den 21. Januar 1874, im Stadttheater zu Breslau unter dem Titel: „Ministerkrisen“ oder „Ein verfehlter Versuch“ gegeben wurde, erschien am 7. Januar desselben Jahres unter dem Titel: „Vierundzwanzig Stunden Minister“ im Nationaltheater zu Berlin, im Februar des Jahres 1872 unter dem Titel: „Ein vakantes Portfeuille“ im Stadttheater zu Berlin mit dem Namen: „Marc Aurel“ geschmückt — und etwa achtzig Jahre vorher unter dem Titel: Die „Advokaten“ mit dem Autor-Namen: A. W. Sffland versehen.

Wenn hier nicht eine Seelenwanderung, so ist zum Mindesten ein Plagiat vor sich gegangen, das zwar nicht unerhört, darum aber nicht minder interessant ist und daß dieser alte Sffland entschieden an den Herrn Marc Aurel Zimmermann begangen hat. Und nun sage einer noch: Die literarischen Resurrectionisten hätten mit ihren Enthüllungen unrecht! Da lebt vor achtzig Jahren in Berlin ein Generaldirector der königlichen Schauspiele, ein Dramatiker und Schauspieler, August Wilhelm Sffland benannt, der sich Ruhm, Ehre und Ansehen in der Literatur erwirbt und von dem heute noch Kritiker wie Rudolf Gottschall sagen, daß seine Stücke, in Bezug auf die vollendete Bühnenschnik sich mit denen Lessing's messen können — und dieser Mann ist nichts weiter als ein gemeiner Plagiator an deutschen Charaktergemälden, die dem schaffenden Genius des Herrn W. F. Zimmermann nach langen Jahrzehnten sich entringen! Ist das nicht haarsträubend, entsetzlich, furchtbar?

Dagegen müßte doch entschieden die „Genossenschaft dramatischer Autoren“ durch eine Petition um Schaffung eines Gesetzes an den Reichstag eintreten, in welchem alle Plagiate der alten an den modernen Autoren entweder ganz verboten oder doch mindestens erst nach einer bestimmten Frist — etwa nach hundert Jahren — gestattet sein sollen.

Denn wenn das in der Weise fortreicht, wie Sffland es sich hier gegen Zimmermann erlaubt hat, so werden in kürzester Zeit die Herren Jacobson, Salinger, Müller, Pohl und Andere sich in ihrem heiligsten Rechte und in ihren besten Tantiemen durch Leute vom Schlage eines Sffland, Kogebue, Schröder, Birch-Pfeifer bedroht sehen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden, es muß für diese alten Diebe ein literarischer Pranger errichtet werden, an dem man sie öffentlich ausstellt, unbekümmert darum, ob sie auch schon seit Jahrzehnten mit dem Vorbeir unumwunden der Unsterblichkeit entgegenklimmern, statt der sie nun durch die gelehrten Forschungen neuerer Autoren — wie W. F. Zimmermann — der wohlverdienten Verachtung preisgegeben werden.

Was für Lumpen — rund heraus gesagt — waren doch unsere alten deutschen Dichter!

W. F. Zimmermann, ein eifriger und fleißiger Autor schreibt ein deutsches Charaktergemälde: „Ministerkrisen“ und A. W. Sffland entbildet sich nicht, acht Jahrzehnte vorher unter dem Namen „Die Advokaten“ ein gleiches Stück mit genau demselben Inhalte, genau demselben Gang der Handlung, genau derselben Scenenfolge, ja zur größeren Hälfte genau demselben Wortlaut — und das ist doch die höchste Frechheit — nachzuschreiben, in dem nichts verändert, als die Namen aller und die Chargen einzelner Personen und zu dem er nicht hinzugefügt hat einige moderne politische Phrasen, die er doch ganz gewiß nur aus der „Norddeutschen Allgemeinen“ oder der „Neuen Freien Presse“ gestohlen haben kann und die er schlauber Weise nur darum in seinen „Advokaten“ nicht angebracht hat, weil man sie damals nicht verstanden hätte. Und dafür steckt dieser Sffland Tantiemen und literarische Ehren ein, während unser biedere Zimmermann leer ausgeht.

Ich muß es selbstverständlich den geschätzten Lesern überlassen, dieses antiquarische Plagiat durch Vergleichung der beiden Bühnensstücke genauer kennen zu lernen und begnüge mich nur, ihnen die Personen noch zu nennen. Den Minister Faber des Herrn W. F. Zimmermann macht Sffland zum „Landrath Klarenbach“, seinen Vater, den „Prediger der freien Gemeinde“, zum „Zimmermeister“, dessen Tochter „Julie“ heißt bei Sffland „Friederike“, dessen Schwiegersohn „Winkler“ — „Gernau“. Der Hofrath Born ist in den „Hofrath Reismann“, seine Tochter „Sophie“ in „Alara“ und — das Komische kommt zuletzt — der Dr. Benneemann, ein „Gründer“ bei Zimmermann, in einen „Eisenhändler Großmann“ bei Sffland verwandelt.

Es bleibt mir nach all' dem Vorhergegangenen nichts übrig, als das aufrichtige Bedauern darüber auszusprechen, daß die Direction unseres Stadt-Theaters, der man unbedingte Anerkennung dafür zollen muß, daß sie trotz der Ungunst der Zeit und der Theilnahmslosigkeit des Publikums noch immer Novitäten vorsührt, in so leichtfertiger Weise getäuscht wurde, natürlicher Weise von Sffland getäuscht wurde, der sich übrigens bei den Mitgliedern unserer städtischen Bühne recht sehr bedanken mag, daß sie sein sechstes Stück durch ihre brave Darstellung über Bord gehalten haben.

Denn Herr Knorr repräsentirte den Minister mit Eleganz und Zeitnheit, Herr Krähel trat als „Prediger Faber“ recht würdig und gut auf, Herr Raberg war als „Hofrath Born“ sehr gewandt und schlau, Frau Gröber als „Cabinetstathin Sieber“ — die einzige Figur, die neu hinzugekommen war — recht humoristisch und die beiden Damen Fel. Behre und Ulrich sehr anmuthig und frisch in Spiel und Erscheinung. Auch die Herren Buchholz, Gært und Bischoff spielten ihre Rollen ganz im Sinne Sfflands — Zimmermann's wollte ich sagen.

Das Zusammenspiel war ein prächtiges und die Inszenirung eine vollkommen entsprechende.

Damit wäre so ziemlich Alles gesagt, was sich über dieses seltsame Stück mit Erlaubniß des Staats-Anwalts sagen läßt und ich kann

meine Besprechung — wie das so vor achtzig Jahren Mode gewesen — mit einigen kleinen moralischen Sprüchlein schließen, die ich um so lieber dem Stücke selbst entnehme, als sie zu den wenigen erbaulichen Sentenzen gehören, die Sffland von Herrn Zimmermann nicht anektiert hat.

Der Zimmermeister Klarenbach, sagt nämlich zu seinem Sohne, als dieser, seine Unfähigkeit erkennend, seine Stelle niederlegen will, folgende Worte, deren Nachanwendung ich dem geschätzten Leser selbst überlasse: „Als ich in der Nachbarschaft zu dem fürstlichen Schloß den Miß geben und es bauen sollte, da sprach ich auch: „Durchlaucht, ich bin ein Zimmermann, das ist zu hoch für mich; lassen Sie einen Baumeister holen.“ . . . worauf der alte Fürst sagte: „Er hatte Recht, Meister Klarenbach; ach, wenn es doch manche von meinen Räthen auch so machten, kämen zu mir und sagten: Herr, zu dem Geschäft, wo ich angestellt bin, taue ich nicht, braucht mich anderswo. Aber die nehmen die Art und behauen frisch zu . . .“

Und nun schließe ich, indem ich Herrn Zimmermann noch die Worte des alten Klarenbach aus vollem Herzen zurufe: „Reise du heute noch an Ort und Stelle, daß du vom Bau wegstommst, Gott sei mit dir!“ G. K.

## Curiose Ballgeschichten.

Während der Regierung des letzten Königs von Polen, Stanislaus August, gab Fürst Radziwill ein glänzendes Mahl, zu welchem er alle Gesandten und vornehmen Personen Polens einlud und wobei er einen außerordentlichen Prachtaufwand zeigte. Nach dem Abendessen wurde eine auserwählte Gesellschaft in ein besonderes Zimmer geführt, wo sie zu ihrem größten Erstaunen vier reichgekleidete Damen von ungewöhnlicher Schönheit antrafen. Diese befanden sich in Gesellschaft — nicht von vier Herren, sondern — von vier ungeheueren Bären, welche nach dem Takte der Musik alle Touren der Quadrille zu tanzen angingen, und zwar mit solcher Genauigkeit, als wenn es die bestgebildeten Herren gewesen wären. Anfangs waren die Anwesenden höchst bestürzt; wie sie aber die vortheilhafte Zählung der Thiere gewahrten, verwandelte sich ihre Bestürzung in wahre Bewunderung. Nach beendigem Tange war das Benehmen der galanten Bären eben so musterhaft. Auf ein Zeichen des Wärters machte Jeder seiner Dame eine leichte Verbeugung und verließ den Saal. Noch heute spricht man in Warschau von Radziwill's Bärenballe.

Am Ende des Boulevard Champs, unweit Paris, steht ein prächtiges Sommerhaus. Im Sommer 1846 wurde daselbst ein ländlicher Ball gegeben. Die Bosquets funkelten von einer ungewöhnlich großen Menge von Lampen. Die seltensten Blumen blühten da in solcher Ueppigkeit, als habe der Frühling alle seine Gaben auf diesen kleinen Raum beschränkt. Herr v. Rothschild, der König der Banquiers, gab einer Elite von Pariser ein glänzendes Nachfest. Wie in den Zauberpalästen der Feenmärchen gab es in jenem Bosquet etwas wundervoll Zaubertisches. In einer gewissen Stunde wurden die Gäfte in den schönsten Theil des Parks geführt und in ein wahres Juwel von einem Schweizerhüttlein eingelassen. In diesem Hüttchen befand sich ein mit



durch besondere Maßnahmen gegen Ueberbahrung zu schützen seien, endlich die Anstellung von Fabrik-Inspectoren. — Die Bundesregierungen sind jetzt angegangen worden, die niederländischen Halbgeldstücke und die österreichischen Viertelguldensstücke von der Annahme bei Staats- und öffentlichen Kassen, wo es noch nicht geschehen ist, auszuschließen und über die Anordnungen des Reichsfinanzamtes zu berichten. Ebenso sind die Regierungen, welche der Annahme gewisser fremder Münzen an ihren Kassen entgegengetreten waren, erlucht worden das Reichsfinanzamt vor Erlass der betreffenden Verfügung davon zu unterrichten. — Die sämmtlichen Regimenter des Garde-Corps haben jüngst die letzte Rate der Mauser-Gewehre erhalten; bei den hier garnisonirenden Regimentern haben bereits Schießübungen mit dieser Waffe begonnen. Ueber die außerordentlichen Resultate herrscht nur eine Stimme. Sowohl in Bezug auf das Laden und Entladen, die Wirtsvorrichtung und die Treff-Fähigkeit, welche auf nahezu 2000 Schritt zu berechnen ist, hat das Mausergewehr alle seine Vorgänger weit überflügelt. — Die Commission für das Unterrichtswesen hielt am 20. ds. eine Sitzung, in welcher auf Antrag des Dr. Wallisch über die Petition von Litten zu Schlawe, der den Schulzwang auch auf die Taubstummen auszudehnen beantragte, Tagesordnung beschloffen wurde, da man voraussetzte, daß diese Angelegenheit durch das demnächstige Unterrichtsgesetz ihre Erledigung finden werde. Eine ausführliche Besprechung veranlaßte eine Anzahl Petitionen von Clementarlehrern, die den Erlass eines Noth- und Pensionsgesetzes für Volksschullehrer, Aufbesserung der Minimalgehälter u. s. verlangten. Nachdem der Regierungs-Commissar von Granach mitgetheilt hatte, daß es Absicht des Kultusministers sei in nächster Landtagsession das Unterrichtsgesetz vorzulegen, ohne besondere Vorlage über Dotation und Pension, und man inzwischen die Erfolge der bisherigen Bewilligungen erwarten werde, beschloß man einstimmig, sämmtliche Petitionen der königlichen Staatsregierung in der Erwartung zu überweisen, daß sie in der nächsten Session dem Landtage ein Unterrichtsgesetz vorlegen werde, zugleich mit der Aufforderung, daß die im diesjährigen Etat angelegten Mittel erhöht und diese zu Zahlungen für ältere Lehrer nach gleichmäßigen Grundsätzen verwandt werden.

**Berlin, 21. Januar.** [Preussische und französische Gesandte an deutschen Höfen. — Landwirtschaftlicher Minister. — Titel des Civilehegesetzes. — Plätzevertheilung. — Seherstrife.] Fürst Bismarck befand sich bei der gestrigen Budgetberatung im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses und beachtete zum Etat des auswärtigen das Wort zu ergreifen. Der Präsident stellte die Positionen des Etats in üblicher Form zur Discussion, ohne daß sich Jemand zum Worte meldete, worauf die Genehmigung des Hauses erfolgte. Als der Fürst hierauf am Ministerstisch erschien, bedauerte er zu seiner Umgebung die rasche Erledigung seines Etats. Er habe, wie er sich äußerte, zur Gesandtenfrage das Wort ergreifen und mittheilen wollen, daß Preußen an der diplomatischen Repräsentation an deutschen Höfen festhalte, so lange Frankreich an denselben seine Gesandten accreditiert. . . . Der Wink wäre in Paris verstanden worden. — Das Gerücht von der Bezeugung des Postens eines landwirtschaftlichen Ministers durch Herrn Oppermann, Präsidenten des Revisionscollegiums, wird an unterrichteter Stelle als verfrüht betrachtet. Jedenfalls ist eine Entschliebung bis zur Stunde noch nicht erfolgt. — In Abgeordnetenkreisen wird gerüht, daß bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung, diese Ueberschrift der wichtigen Vorlage nicht in geschäftsordnungsmäßiger Weise zur Beratung und Beschlußfassung gestellt wurde. Man findet nämlich, daß es sich in dem Gesetze nicht bloß um die Form der Eheschließung, sondern um die wesentlichsten materiellen Aenderungen und Bedingungen handle, welche in dem Titel einen positiven Ausdruck zu erhalten hätten. Es wird indessen bei der morgigen Gesamtabstimmung kaum ein Widerspruch des Hauses über jenen Punkt erfolgen. — Heute wurden innerhalb der nationalliberalen Fraktionen des Abgeord-

netenhauses Unterschriften für ein Circular gesammelt, welches die Vertheilung der Sitzplätze unter den neugewählten Mitgliedern durch das Loos bestimmt wissen will. Die älteren Mitglieder der Fraction sollen im Besitz ihrer Plätze bleiben. — Die Commandantur Berlins hat heute zur Abhilfe des Seherstrikes in der Druckerei des Abgeordnetenhauses 48 Sezer zur Fortführung der Arbeiten beordert.

**Neustrelitz, 14. Januar.** [Goldmünzen.] Der heutige „Off. Anz.“ enthält die landesherrliche Verordnung, durch welche das Verhältniß der bisher bei Zahlungen in Gold üblich gewesenen Goldmünzen, nämlich der mecklenburgischen Friedrich-Franz-Dor, der hannoverschen und braunschweigischen Pistolen und der dänischen Christiad-Dor und Frederik-Dor, zu den Reichsgoldmünzen, nach ihrem durchschnittlichen Feingehalt wie 100 Rthlr. Gold gleich 332 Mark 40 Pfennige in Reichsgoldmünzen oder wie 5 Thaler Gold gleich 16 Mark 62 Pfennige in Reichsgoldmünzen festgestellt werden.

**Bonn, 20. Januar.** [Bischof Reinkens] hat von dem Kaiser das nachstehende huldvolle Schreiben erhalten:

Hochwürdiger Herr Bischof! Ich danke Ihnen für die herzlichen Glückwünsche, welche Sie mir aus Anlaß des Jahreswechsels ausgesprochen haben. Möge Gottes Segen das in Ihrem Namen von Ihnen begonnene Werk auch im neuen Jahre fördern! Möge die von Ihnen getheilte, unzweifelhaft richtige Ueberzeugung in immer weitere Kreise dringen, daß in Meinen Staaten die Achtung vor dem Gesez mit der Religionsübung einer jeden Gemeinschaft wohl vereinbar ist, welche keine irdische Zwecke, sondern nur den Eimen verfolgt: des Menschen Frieden zu suchen mit Gott.

Berlin, 17. Januar 1874. (gez.) Wilhelm. An den katholischen Bischof Herrn Dr. Joseph Hubert Reinkens in Bonn.

**Aus Hessen, 19. Januar.** [Die rentirenden niederhessischen Pastoren] lassen es an Kundgebungen wider die gegen sie getroffenen Maßregeln nicht fehlen. Neuerdings ist wieder ein „Protest“ gegen die wiederholt verfügten Amtenentsetzungen vom Stapel gelaufen, in dem sich die Unterzeichneten, wie üblich, als nur von Christus direct absehbar erklären und versichern, ihr Amt nicht niederlegen, sondern nur der physischen Gewalt weichen zu wollen. Solche Aeußerungen können nur dazu beitragen, daß sich das Kirchenregiment zur Anwendung von Polizeimaßregeln bei der Execution verstehen muß, die doch wohl zu nichts Gutem führen und am besten unterbleiben. Eine ganz lächerliche Opposition machen in letzter Stunde noch die Patrone einzelner Kirchspiele, welche sich weigern, an Stelle der Abgesetzten Candidaten für die betreffende Pfarrei zu präsentiren. Inwieweit das ihnen zustehende Präsentationsrecht die Pläne des Kirchenregiments wird durchkreuzen können, dürfte bald gerichtlich festzustellen sein.

**† Dresden, 21. Januar.** [Aus dem sächsischen Verfassungsleben. — Socialdemokratischer Dank und Parteinahme. — Sächsische Ultramontanen.] Das sächsische Verfassungsleben welches der Präsident der zweiten Kammer, Dr. Schafrath, gelegentlich der Verhandlungen über die Paragraphen 92 und 103 unserer Verfassung ein nur scheinbar constitutionelles nannte, weil es der Regierung mit jenen Paragraphen gestattet ist, ohne Rücksicht auf den Widerspruch der andern Kammer, jedes mit einer Kammer vollständig vereinbarte Gesetz rechtskräftig ins Leben zu rufen, wird infolge der neuesten Abstimmung der ersten Kammer gegen Aufhebung der erwähnten Paragraphen noch länger ein solches bleiben. Daß diese Kammer einem anderen Beschluß der zweiten Kammer, der der Krone das Recht einräumt, Mitglieder der ersten Kammer in beliebiger Zahl zu ernennen nicht beitreten würde, war vorauszu sehen. Ein Pairsschub ist unsern Herrenhäusern etwas Ueberräthiges, damit aber, daß sie dem Unicum von Verfassungsparagraphen das Wort reden, liefern sie der wachsenden Zahl der Feinde des Zweikammersystems nur Waffen in die Hände. Ohnedies franten wir an Selbstmord aller Art, wozu wir denn auch den Beschluß unserer zweiten Kammer rechnen möchten, dem Berichtstatter der „Dresdener Nachrichten“, Dr. Bierer, die Journalistentribüne auf 14 Tage zu verschließen, weil er ihm aus einer geheimen Sitzung der Kammer Mitgetheiltes der Deffentlichkeit übergeben. Die gar nicht besonders geheim gehaltene Angelegenheit be-

traf eine Kundgebung zur Erhaltung des Reichsoberhandelsgerichts selbst nach dessen zu gewärtigender Erweiterung zu einem allgemeinen deutschen obersten Gerichtshofe für unsere Universitätsstadt. Die vom Präsidenten Dr. Schafrath namens der Kammer verfaßte Ausschließung verhindert den Dr. Bierer natürlich nicht auf der öffentlichen Tribüne zu erscheinen und seiner, aus den Tagen der in Dresden erschienenen „Seifenblasen“ uns zu bekannten partikularistisch-conservativen Feindseligkeit gegen die Liberalen die Zügel schießen zu lassen. Es ist bei uns eine Zerfegung aller politischen Parteien bis auf die der Socialdemokraten eingetreten, welche letzteren sicherlich ihre Wahlflüge erleichterte. Als in gestriger Kammer Sitzung die Theilung des Grundeigenthums zur Sprache kam und die zweite Kammer entgegen dem ablehnenden Beschluß der ersten, auf ihrem Verlangen nach Aufhebung der der Theilbarkeit entgegenstehenden Gesetze beharrte, kam es zu einem offenen Zwiespalt zwischen den Conservativen. Dabei geschah denn auch der Worte des Amtshauptmann von Hausen, des einzigen katholischen und ultramontanen Abgeordneten, Erwähnung, daß ihm nach Annahme des die Veröffentlichung des Unfehlbarkeitsdogmas unterlegenden Beschlusses nichts übrig bleibe, als mit den Socialdemokraten zu gehen. Abg. Amtshauptmann von Einsiedel wagte die Behauptung, daß diese Worte gesprochen worden, für eine freche Lüge zu erklären, wurde aber dafür vom Präsidenten zu Ordnung gerufen und schließlich mußte er auch noch unter Stillschweigen des Herrn von Hausen die Bekräftigung der Behauptung aussprechen hören. — Von den sechs gewählten socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben zwei, die Herren Most und Bahlreich, einen Dank an ihre Wähler gerichtet. Most schreibt von Mainz seinem Wähler in Chemnitz, daß wenn auch die socialdemokratische Minderheit nicht in der Lage sein wird, gegen den Willen der vereinigten Volksfeinde die ganze Gesetzgebung umzugestalten, sie immerhin manchen nichtswürdigen Plan zu vereiteln im Stande sein wird. Der geschmeidigere Bahlreich, Vertreter des 15. Wahlkreises, hofft noch seine Gegner zu bekehren. — Während die Berliner Socialdemokraten die Weisung nach Frankfurt a. M. gelangen ließen, Sonnemann als den vorgeschrittensten Liberalen, bei der Stichwahl gegen Lasker die Stimme zu geben, halten die Eisenacher, namentlich im Boigtlande ein anderes Verfahren inne. Sie haben erklärt gegen den nationalliberalen Landtagsabgeordneten Abg. Reaule und für den conservativen Rittergutsbesitzer Seiler ihre Stimme abgeben zu wollen. Seiler ist partikularistischer und feudaler Gesinnung. — Das an Stelle des „Katholischen Kirchenblatt“ zunächst für Sachsen“ getretene „Katholische Volksblatt aus Sachsen“ treibt seine ultramontane Perfidie soweit, daß es in einem Artikel auf die preussische Annexion der Provinz Sachsen anspielt und der Sympathien der Katholiken der Provinz für die Katholiken im Königreich Sachsen, deren Zunahme es eine geistliche Annexion nennt, in unzweideutig aufreizender Weise gedenkt.

**Gotha, 15. Jan.** [Das Sectenwesen] auf religiösem Gebiete — schreibt die „D.-Ztg.“ — scheint in Thüringen wieder aufleben zu wollen. Die Baptisten und Methodisten regen sich schon seit längerer Zeit und suchen Propaganda zu machen. Im preussischen Oberlande und in den bairischen Grenzdistricten Oberfrankens ist eine Secte entstanden, die sich „die freien Brüder in Christo“ nennt. Die Secte findet namentlich unter der ärmeren Landbevölkerung großen Anhang. Die Ansichten der „freien Brüder in Christo“ scheinen übrigens sehr strenger Natur zu sein, denn sogar das „Lachen“ gilt ihnen schon als eine „Sünde“!

**Münster, 17. Januar.** [Verfügung.] Der Ober-Präsident der Provinz Westphalen, v. Kuhlwetter, hat folgende Verfügung an die hiesige königliche Regierung erlassen:

Nach der Dienst-Instruction für die Orts-Schulvorstände sind die Pfarren ständige Mitglieder der Schulvorstände. Selbstredend sind unter Pfarrern nur solche zu verstehen, welche in „legaler“ Weise ihre Amtsfunktionen übernehmen haben, aber ausgeschlossen sind solche, deren Ernennung oder Zulassung nicht mit dem Gesetze vom 11. Mai d. J. in Einklang steht. Eben so selbstverständlich ist, daß alle Geistlichen der letzteren Kategorie zu keinerlei Func-

dem höchsten Luxus möblierter Stall aus Cedernholz und in ihm standen sieben prächtige Schweizerkühe, welche gewiß die sieben fetten Kühe Pharaos übertrafen. Ein junges Milchmädchen, schweizerisch gekleidet, ging darin umher und präsentirte in chinesischen Porzellantassen die reinste Milch. So unterschied sich ein polnischer Ball von dem eines Rothschild.

Curios genug war auch ein Ball, den die Herzogin von Mazarin einst in Paris gab. Die Marquise von Luxemburg hatte sie nämlich auf die Idee eines ländlichen Festes gebracht. Anstatt diesen Gedanken festzuhalten, kam es ihr in den Sinn, ein am Ende des großen Saales befindliches Cabinet mit Bäumen, Blumen und Sträuchern auszustatten; dann ließ sie vom Lande ein Duzend schöner, wohlgetämelter Schafe bringen. Man führte die unglücklichen Thiere in ein Seifenbad, wusch, parfümirte sie, band ihnen rote Bänder um den Hals und Pfoten, und die sperrte sie dann in ein benachbartes Zimmer ein, bis der Augenblick käme, wo eine von den Frauen der Herzogin, als Schächerin verkleidet, und einer von ihren Kammerdienern, als Schäfer angezogen und den Dudelsack spielend, die Herde hinter einem breiten Spiegel ohne Belegung, der das Cabinet vom Saale trennte, desfiliren lassen sollte. Alles dieses war recht hübsch gedacht, aber wie dies im Hotel Mazarin stets zu gehen pflegte, schlecht angeordnet. Die unglückliche Herde sollte nämlich einen Hund haben; daran dachte man erst im letzten Augenblicke und holte einen ungeheuren Kettenhund, der, nachdem er ebenfalls die Probe des Seifenbades überstanden, um die vorläufige Bekanntschaft mit den Hammeln zu machen, in deren Gemach eingelassen ward. Kaum hatte er jedoch den Fuß in diesen neumodischen Stall gesetzt, als er, über die zahlreiche Gesellschaft schon geschmückter Schafe erstaunt, auch sogleich ein so entseztliches Murren und Zähneklappern begann, daß die geduldrigen, friedfertigen Thiere dem Schreden, den er ihnen verursachte, nicht länger widerstehen konnten. In gewaltsamer Flucht stürzten sie aus dem Zimmer, und haben einmal die Gassen der Schwelle überschritten, so weiß man ja, daß kein einziges zurückbleibt. Wenn auch nicht gerade die Schafe des Parus, so folgten sie nichts desto weniger ihrem großen Leitbammel, der, nicht mehr wissend, was zu beginnen, sich in die erste beste offenstehende Thüre stürzt, die ihn gerade in das mit Laubwerk ausgeschmückte Cabinet führt; von da aus flieht er in voller Wuth, von den Seinigen verfolgt, in den großen Salon, wo die Herzogin von Mazarin, soeben als Schächerin verkleidet, und den Anblick der Herde erwartend tanzte. Als die Schafe sich mitten in dieser Menschenmenge erblickten, machte das Geräusch, die Lichter, vor Allem aber der Anblick der anderen Schafe, welche ihnen aus den Spiegeln ganz verdammt entgegenblickten, die eigentlichen Schafe wühend. Vorzüglich der Widder griff den vermeintlichen feindlichen Widder an und zerließ mit seinem Horn einen prächtigen Spiegel, der sein Bild zurückgeworfen hatte, die anderen Schafe aber stürzten sich auf die Frauen, indem sie sich retten wollten, und vernebelten die Verwirrung dergestalt, daß man glauben konnte, das Hotel Mazarin werde mit Sturm erobert. Das entseztliche Geschrei aller dieser Frauen mit zerrissenen Kleidern und den in Unordnung gebrachten Toiletten war noch nicht die geringste Unannehmlichkeit, denn mehrere waren von den Schafen zu Boden geworfen und sehr

mißhandelt worden. Endlich nachdem alle Kammerdiener des Hauses mit eifrigster Bemühung die Jagd betrieben hatten, gelang es, die unglückselige Herde hinauszuschaffen. — Demzufolge läßt es sich leicht denken, welches ein angenehmes Fest Frau von Mazarin ihren Freunden gab. Am nächsten Morgen circulirten tausend Spottgedichte über sie und ihr ländliches Fest, und, wie leicht zu vermuthen, war die Erinnerung an dasselbe jederzeit unangenehm.

Nichts aber übertrifft den Ball, den Napoleons Bruder, Hieronymus, zu Kassel gab, als er 1807 in den Besitz des Königreichs gekommen war. Bekanntlich herrschte an dem Hofe dieses Fürsten eine Pracht, die mit seinen Einkünften in gar keinem Verhältniß stand. An dem Könige selbst herrschte, wenn er sich irgendwo öffentlich zeigte, Alles von Gold und Silber. Auf seinen Reisen warf er das Geld, im wahren Sinne des Wortes, mit vollen Händen um sich, und sein mit Brillanten umfagtes Bild ward unzählige Male verschenkt. Unendliche Summen Geldes gingen für Luxuswaaren aus diesem kleinen Ländchen nach Paris. So mußte für den verschwenderischen König mit jedem Morgen ein neuer pariser Anzug bereit liegen, und zwar von Casimir-Tuch, alle Jahre also 365 Anzüge. Oft verschwendete er an einem einzigen Carnevals-Abend 100,000 Frs.; in Paris allein verbrauchte er auf einer kurzen Besuchsreise 10,000 Louisd'or und blieb doch noch ungeheure Summen schuldig. — Insbesondere aber überstiegen die Hofbälle zu Cassel an Eleganz und Kostbarkeit Alles, was man sich in dieser Art nur denken kann. Die Diener des Königs und die Staatsmänner mußten dabei in solcher Pracht erscheinen, daß selbst viele Begüterte dadurch in Armut gerieten. Zu einem solchen Balle ließ Hieronymus oft, um seinen Anzug zu wechseln und unerkannt zu bleiben, 16 Anzüge aus Berlin kommen, für welche 10 bis 18,000 Frs. bezahlt wurden. In dem Saale, wo der Maskenball gegeben wurde, sah man einst am Eingange eine verschlossene Bude aus Mahagoniholz, Jedermann war neugierig, was in derselben verschlossen wäre. Wüthlinge meinten, der König wolle sich durch den Anblick derselben an seinen ehemaligen Stand eines Handlungsdieners erinnern. Als der König mit seiner Gemahlin in den Saal trat, wurde die Bude geöffnet. Und was erblickte man in derselben? — Goldene Uhren, Brillantringe, Halsketten, Dosen u. s. w.: das königliche Paar trat in die Bude ein und suchte mit französischer Geschäftigkeit Käufer anzuloden. Alle hielten sich, lächelnd und verlegen den König so beschäftigt zu sehen, in einer gewissen Entfernung. Endlich faßte einer der Minister Muth; er suchte sich eine goldene Repetiruhr aus, fragte nach dem Preise und erhandelte sie. Als er mit dem Verkäufer einig war und es zum Bezahlen kommen sollte, erklärte er, daß er um Credit bitten müsse, indem es ihm an der gehörigen Summe für den Augenblick fehle. Hieronymus überreichte dem Käufer mit vieler Artigkeit die Uhr und holte ein großes Contobuch hervor, in welchem er den Namen des Schuldners, die Uhr und den behandelten Preis eintrug. Nachdem man sich so überzeugt hatte, daß man hier ohne Geld kaufen könne, war die Bude bald von Masken umdrängt. Alle suchten etwas zu erhalten und ließen sich in das Schuldbuch eintragen. Eine Dame suchte sich einen Brillantring aus, die andere einen türkischen Schawl; der eine Herr nahm

einen Diamantring, der andere eine goldene Dose u. s. w. Am anderen Morgen schickte Hieronymus all seinen Schuldnern die quittirte Rechnung in's Haus. Diese Galanterie wäre ganz artig gewesen, wenn sie nur nicht auf Kosten der, mit ungeheuren Abgaben belasteten deutschen Unterthanen wäre veranstaltet worden. (Dr. Pr.)

**Als Klägerin in einem Alimentationsprozeß** erschien vor einigen Tagen eine junge und ziemlich hübsche Dame, um gegen ihren Verführer, den Vater ihres Kindes, die gerechte Strafe zu erwirken. Da war gar viel von betrogener Unschuld die Rede und allen Richtern wurde es recht weich ums Herz. — „Wo wohnen Sie denn, Fräulein?“ fragt der Staatsanwalt. Die schöne Klägerin schweigt und lächelt verächtlich. Der Staatsanwalt überdort seine Frage — dasselbe Verhalten seitens der betrogenen Unschuld. Endlich verschärft der Diener der Gerechtigkeit seinen Ton und da wird kaum vernemlich die Antwort gehört: „Ach, Herr Staatsanwalt, Sie besuchen mich ja doch nicht!“ Die Unschuld lachert, die Richter beißen sich auf die Unterlippe und es entsteht eine Verlegenheitspause. — Wir glauben übrigens nicht, daß der Verführer verurtheilt worden ist!

**Newyork, 3. Jan.** [Wo bleibt die Moral?] Der „Newyork-Herald“ bringt an jedem Montag ein Reümé sämmtlicher Predigten, welche am vorangegangenen Sonntag in hiesigen Kirchen abgehalten worden sind. Auf Grund dessen beansprucht er, ein „frommes“ Blatt zu sein, und behauptet in der ihm eigenthümlichen Bescheidenheit, daß eine Lectüre seiner Spalten der Seele heilsamer sei, als das Lesen sämmtlicher religiösen Zeitungen zusammen genommen. Welch sonderbarer Heiliger der „Herald“ ist, ergibt sich aus nachstehender Annonce in der letzten Montagssummer dieses Blattes, welche wie gewöhnlich 5 Spalten Predigten brachte: „Reverend Hall's Kirche, Sonntag Morgen. Die schöne Blondine, welche dem Herrn auf der Gallerie während der Predigt mehrere Male freundlich zunickte, wird gebeten, ihre Adresse vertrauensvoll sub X. X. an die Expedition des „Herald“ zu senden.“

**Berlin.** [Als Curiosum.] aber auch als charakteristisches Zeichen der Zeit wird der „Ger.-Ztg.“ unter genauer Angabe der betreffenden Namen und der Wohnung folgendes mitgetheilt: Zwei ältere alleinlebende Damen, welche hieselbst ein gemeinschaftliches Quartier bewohnen, lassen jetzt regelmäßig, damit durch gewaltsamen Einbruch ihre sehr kostbaren Möbel nicht laidiert werden, beim Verlassen der Wohnung die sämmtlichen Spinden, Kasten und Zimmerthüren offen stehen und hängen im Corridor folgenden Avis auf: „Den Herren Epizubien zur Nachricht, daß alle Spinden und Kasten für sie offen stehen. Geld und Silberfachen sind nicht vorhanden.“ Nehren die alten Damen Abends heim, so wird am Eingange laut in die Räume hineingerufen, die Thür stehe noch offen für den Fall, daß sich Jemand in der Wohnung befindet.

**u [Druckkosten-Verzeichniß.]** Im Verlage von Barthol u. Co. in Berlin erschien eben, bearbeitet vom Civil-Ingenieur H. Schloffer, ein Verzeichniß sämmtlicher Ortschaften im Deutschen Reich und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie, in welchen bis zum Jahre 1869 Post-Anstalten errichtet worden, sowie der Postorte in dem inzwischen zum Deutschen Reich getretenen Gebiete von Elb-Lothringen, mit Angabe ihrer Lage im Post-Tax-Quadratnetz, nebst Anleitung zur Berechnung der Porto-Taxe für Postsendungen zwischen je zweien dieser Orte mit Zugrundelegung des vom 1. Januar ab in Kraft getretenen neuen Pacht-Porto-Parifs. — Wie wichtig die Vorausberechnung des Portos nach Einführung des neuen Tarifs für den Geschäftsmann ist, geht daraus hervor, daß Padete, welche über die dritte Zone hinaus gelangt werden, bei ganz gleichem Gewicht sehr verschiedene Portofrachten unterliegen, und es ist demnach von Nutzen, vor der Versendung die Zone, in welcher der betreffende Ort liegt, festzustellen, um danach die Verpackung einzurichten. Der Preis von 20 Sgr. ist als ein höchst mäßiger zu bezeichnen und wird dem Werken leicht Eingang verschaffen.

**New-York, 21. Januar.** [Die siamesischen Zwillinge] sind in einem Zwischenraume von zwei Stunden gestorben.



tionen im Schulwesen und in keiner Weise zur Theilnahme an den Geschäften des Schulvorstandes zugelassen werden dürfen. Auch von Ertheilung des Religionsunterrichts und jedes anderen Unterrichts an öffentlichen Unterrichtsanstalten jeder Art sind sie auszuschließen, resp. zu entfernen. Die Beschäftigung „illegaler“ Geistlichen bei Privatunterricht muß zu der Erörterung der Frage führen, ob die Anstalt erteilte Concession zurückziehen.

Der Ober-Präsident von Westphalen, gen. v. Kühlweiser.  
**Vom Reich, 15. Januar.** [Polnische Bettelwesen.] Dem „Schw. M.“ wird berichtet: Auf Weisung des Ministeriums, welches von der „Bekämpfung der israelitischen Bevölkerung des Landes durch polnische und ostpreussische jüdische Bettler“ Notiz genommen hat, sind die israelitischen Kirchenvorsteher aufgefordert worden, darüber zu berichten: 1) ob auch ihre Gemeinden von diesen polnischen und ostpreussischen Bettlern gewöhnlich heimgesucht werden; 2) wie groß etwa die Summe sei, welche die israelitische Armenkasse, oder wo eine solche nicht besteht, die Gesamtheit der Gemeindeglieder auf Abfertigung dieser Bettler verwendet, und 3) ob die gründliche Beseitigung des Uebelstandes durch geeignete Vorkehrungen, namentlich strenge polizeiliche Maßregeln, im Wunsche der Kirchenvorsteherämter und der Gemeindeglieder liege. Aus den größeren Gemeinden tragen diese Bettler jährlich Tausende von Gulden hinaus, und mit dieser Uebel angewandten Mithätigkeit wird nicht der Humanität gedient, sondern es werden Bagabundenbänden nach Art der Zigeuner erzogen, die sogar mit Noß und Wagen Jahr aus und ein durchs Land ziehen.

**Reich, 16. Januar.** [Der Bischof und die Reichstagswahlen.] Der „Schw. M.“ erfährt aus durchaus sicherer Quelle, daß das Gerücht, als ob der hiesige Bischof gelegentlich der Reichstagswahlen einen Hirtenbrief erlassen werde, allen Grundes entbehre. Derselbe hat seither jeden Conflict mit der deutschen Regierung zu vermeiden gesucht und wenigstens äußerlich sich den Anordnungen derselben gefügt. Dieser Mäßigung, welche die preussischen Bischöfe sich zum Muster nehmen könnten, hat er es u. A. zu verdanken, daß die Kathedrale, welche unter französischer Herrschaft ganz vernachlässigt wurde, wieder hergestellt wird, sowie, daß die ihm untergebenen Seminarien und anderen geistlichen Lehranstalten ungehindert fortbestehen. Er befindet sich daher bei seinem bisher angewandten, von der Klugheit dictirten Verhalten so gut, daß er nicht gewillt sein dürfte, durch öffentliche Einmischung in politische Angelegenheiten davon abzuweichen. Seitens des niederen Klerus dagegen wird offen und im Geheimen gearbeitet, um Candidaten in den Reichstag zu schicken, welche in Ultramontanismus und französischer Gesinnung das Höchste leisten.

### Deutsches Reich.

**Wien, 20. Januar.** [Petition.] Der Wiener Gemeinderath beschloß eine Petition an den Reichsrath um Regelung der Rechtsverhältnisse der Altkatholiken und Einführung der obligatorischen Civilehe zu diesem Zwecke.

[Altkatholische.] Vom Kirchenvorstande der „ersten autonomen katholischen Kirchengemeinde Wiens“ ist dem Abgeordnetenhaus heute eine Denkschrift überreicht worden, welche folgende Petition auspricht:

1) Die von den Altkatholiken zu wählenden Bischöfe werden als Bischöfe der katholischen Kirche anerkannt. 2) Den Altkatholiken steht behufs Einrichtung und Abhaltung eines besondern öffentlichen Gottesdienstes und Vornahme sonstiger kirchlicher Handlungen das Recht zu, in jeder Pfarrei eine eigene kirchliche Genossenschaft (Kirchengemeinde) zu bilden und sind solche altkatholischen Gemeinden schon auf Grund der Anerkennung, ohne daß es einer besondern Verleihung corporativer Rechte bedarf, juristische Personen. 3) Diejenigen Pfarren, Beneficien, Präbenden und die übrigen Inhaber kirchlicher Aemter, welche die „revolutionären neuen Dogmen“ nicht anerkennen, bleiben im Genuße ihrer Pfründen und Einkünfte vollkommen gesichert; die von altkatholischen Gemeinden gewählten Seelsorger werden als „ordentliche“ anerkannt, haben aber, gleich den Bischöfen und Pfarrern, den Eid abzulegen auf die Staatsgesetze. 4) So lange die Führung der Civilstands-Register noch nicht ausschließlich Civilbehörden überwiesen ist, wird auch den altkatholischen Seelsorgern das Recht zuerkannt zur Führung der Tauf-, Trauungs- und Sterberegister. 5) Den altkatholischen Gemeinden wird das Recht auf das Vermögen der katholischen Kirche gewährt. (1) 6) Die Altkatholiken haben keine Verpflichtung, für die Zwecke der ultramontanen Gegenkirche irgendwelche Beiträge zu leisten. 7) Die Altkatholiken haben das Recht, den Mißbrauch aller dem katholischen Gottesdienste gewidmeten Kirchen zu verlangen. (1) 8) Der Religionsunterricht wird den Kindern der Altkatholiken durch altkatholische Religionslehrer erteilt.

[Neues Regierungsblatt.] Man schreibt dem „B. V. C.“ aus zuverlässiger Quelle, daß demnächst ein großes Regierungsorgan geschaffen werden wird, das gleichzeitig den bestehenden Blättern, wenn möglich, Konkurrenz machen soll. Drei Wiener Zeitungen werden demnächst aufhören zu erscheinen und sie werden theilweise in das neue officiöse Blatt aufgehen. Eines dieser Blätter ist die „Tagespresse“. So eigenhändig diese Meldung bei der anscheinend radikal-demokratischen Haltung dieses Blattes scheinen mag, ist dieselbe doch ihrem vollen Umfange nach begründet. Uebrigens findet sie ihre Bestätigung auch in dem Umstande, daß den sämtlichen Redactoren der „Tagespresse“ Kündigungen mit dem gleichzeitigen Bemerkung zugegangen sind, nicht anderweit über sich zu verfügen, da man geeignete Veranlassung für ihre Thätigkeit hätte.

**Wien, 21. Januar.** [Confessionelle Vorlagen.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrathes wurden vom Ministerium nachstehende Gesetzentwürfe eingebracht:

1. Gesetz, womit neue Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche erlassen werden;
2. Gesetz über die äußeren Rechtsverhältnisse der Klosterlichen Genossenschaften;
3. Gesetz, mit welchem behufs Bedeckung der Bedürfnisse des katholischen Cultus die Beiträge des Pfründenvermögens zum Religionsfonds neu geregelt werden;
4. Gesetz betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgenossenschaften.

Der Gesetzentwurf, womit neue Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche erlassen werden, enthält 4 Eingangssartikel und 58 Paragraphen. Der erste Artikel lautet: „Das Patent vom 5. November 1855 (das Concordat) ist seinem vollen Inhalte nach aufgehoben.“ Der Gesetzentwurf enthält ferner eingehende Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche; die wichtigsten dieser Bestimmungen lassen wir hier folgen:

Zur Erlangung von kirchlichen Aemtern und Pfründen wird von Staats wegen erfordert: Der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft, ein in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreies Verhalten, so wie die in den Staatsgesetzen vorgeschriebene besondere Befähigung. (§ 1.) Die §§ 2, 3 und 4 handeln von der Befähigung der kirchlichen Aemter und Pfründen. In Fällen der freien Verleihung oder einer nicht vom Kaiser oder von I. f. Beförden ausgehenden Präsentation hat der Bischof die für das erledigte Kirchenamt außersehe Person der Landesbehörde anzuzeigen. Wird von der Landesbehörde binnen 30 Tagen nach gegebener Anzeige keine Einmenbung erhoben, so steht der Institution des betreffenden Geistlichen nichts im Wege. Gegen die Einwendung der Landesbehörde steht die Berufung an den Cultusminister offen. Wird derselben nicht Folge gegeben, so darf die Institution nicht stattfinden (§ 5).

§ 6 handelt von der Institution der auf kirchliche Aemter und Pfründen ernannten Personen. In demselben Paragraphen heißt es: Wenn ein Inhaber eines kirchlichen Amtes oder einer kirchlichen Pfründe verbrecherischer oder sonstiger strafbarer Handlungen schuldig erkannt worden ist und wird die von der Regierung verlangte Entfernung seitens der kirchlichen Behörde nicht vollzogen, so ist das Amt oder die Pfründe als erledigt anzusehen und es haben die Staatsbehörden für Beforgung der staatlichen Funktionen, welche mit dem Amte des Seelsorgers verbunden sind, das Nöthige vorzunehmen. Nach § 9 ist jede Erledigung eines kirchlichen Amtes oder einer kirchlichen Pfründe der Landesbehörde anzuzeigen. § 14 verpflichtet die Bischöfe, ihre Erlasse (Verordnungen, Instruktionen, Hirtenbriefe etc.) zugleich mit deren Publication der politischen Landesbehörde zur Kenntnissnahme mitzutheilen. § 15 lautet: Findet die Regierung, daß einer den öffentlichen Gottesdienst betreffenden kirchlichen Anordnung öffentliche Rücksichten ent-

gegenstehen, so hat sie dieselben zu unterlagen. Die Kirchenbehörden sind verpflichtet, alle Anordnungen über einen öffentlich abzuhalten Gottesdienst, welche über das Verbot hinausgehen, vor ihrer Bekanntmachung der zuständigen Staatsbehörde anzuzeigen.

Nach § 16 darf von der kirchlichen Amtsgewalt niemals zu dem Zwecke Gebrauch gemacht werden, um an der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte oder an der Befolgung der Gesetze zu hindern. Nach § 22 kann die Regierung jederzeit verlangen, daß kirchliche Stollanordnungen, welche den öffentlichen oder zeitlichen Verhältnissen nicht entsprechen, in angemessener Weise abgeändert werden. § 23 bestimmt, daß kein pyramitischer Act von der Vorausbezahlung der Stollgebühr abhängig gemacht werden dürfe. Contraventionen gegen die Bestimmungen der Stollanordnungen sind von den Verwaltungsbehörden mit Geldstrafen zu ahnden (§ 24). Die Einrichtung der katholisch-theologischen Facultäten wird in einem besondern Gesetz geregelt (§ 28). Die Patronatsgesetze bleiben einer besondern gesetzlichen Regelung vorbehalten. Bis dahin behalten die bisherigen Vorschriften ihre Geltung. Bei Beurteilung einzelner Fälle hat der Grundbesitz stets zur Anwendung zu kommen, daß die Patronatsstellen sich nur auf die unter dem Patronate stehende bestimmte Kirche oder Pfründe beziehen (§ 30).

Nach § 36 ist die staatliche Cultusverwaltung befugt, die Erhaltung des Stammvermögens der Kirchen und kirchlichen Anstalten zu überwachen. Die übrigen Paragraphen gelten überhaupt den Bestimmungen über die Verwaltung des Kirchenvermögens. Nach § 58 hat die staatliche Cultusverwaltung darüber zu wachen, daß die kirchlichen Organe ihren Wirkungsbereich nicht überschreiten. Zu diesem Ende können die Behörden alle gesetzlich zulässigen Zwangsmittel in Anwendung bringen.

Der zweite Gesetzentwurf betrifft die äußeren Rechtsverhältnisse der Klosterlichen Genossenschaften. Zur Errichtung einer kirchlichen Genossenschaft (eines Ordens, Congregation u. dgl.) oder zu einer neuen Ansiedlung einer solchen oder auch ihrer Convente ist die staatliche Genehmigung erforderlich (§ 1). Die Gesuche um Ertheilung dieser Genehmigung hat der Diöcesanbischof unter Anschluß der Statuten des Landesbischofs und dieser dem Cultusminister vorzulegen (§ 3). Die Genehmigung wird nicht erteilt, wenn der Zweck der Corporation der öffentlichen Ordnung, den guten Sitten oder staatswirtschaftlichen Rücksichten widerstreitet (§ 5). Die Staatsverwaltung kann auch von bereits bestehenden kirchlichen Corporationen nachträglich die Statuten oder die sonstigen Satzungen verlangen (§ 6).

§§ 8, 9 und 10 enthalten die Bestimmungen über die eventuelle Aufhebung kirchlicher Corporationen. Dieser Fall tritt ein, wenn sich Mitglieder der Corporation solcher Handlungen schuldig machen, welche die öffentliche Ruhe oder den Frieden der Familie stören oder bedrohen, oder wenn wiederholt Corporationen verurtheilt worden sind, die aus Gewinnsucht entstehen, gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoßen oder sonst zu allgemeinem Verrugnisse gereichen. Wenn ein Mitglied einer kirchlichen Corporation vor der politischen Behörde förmlich erklärt, der Corporation nicht länger angehören zu wollen, so ist dasselbe staatsbürgerlich aus der Corporation ausgetreten zu betrachten (§ 13). Die Corporationen vorstände haben alljährlich der Staatsbehörde Verzeichnisse sämtlicher Corporationenmitglieder zu überreichen und die im Verlaufe des Jahres stattgefundenen Veränderungen, sowie die vorgekommenen Disziplinarstrafen anzugeben (§ 16). Stiftungen, Schenkungen und Legate zu Gunsten kirchlicher Corporationen bedürfen in gewissen, im § 20 bezeichneten Fällen der staatlichen Genehmigung, namentlich wenn der zugewendete Vermögensvortheil den Betrag von 3000 fl. übersteigt. Ergreift sich der Verdacht gesetzwidriger Vorgänge im Innern einer kirchlichen Corporation, so kann eine Visitation derselben durch die politische Behörde vorgenommen werden (§ 25). Nach § 27 ist zu einer Niederlassung auswärtiger kirchlicher Corporationen sowie zur Erwerbung von inländischem Grundbesitz durch solche Corporationen die staatliche Genehmigung erforderlich. Dieser Gesetzentwurf zählt 30 Paragraphen.

Der 3. Gesetzentwurf regelt die Beiträge des Pfründenvermögens zum Religionsfonds behufs Bedeckung der Bedürfnisse des katholischen Cultus. Der Religionsfondsbeitrag wird für einen Zeitraum von je 10 Jahren bemessen (§ 8). Für diesen Zeitraum beträgt der Religionsfondsbeitrag: bei einem Vermögen bis 10,000 fl. 1/2 pCt., bei mehr als 10,000 fl. 1 1/2 pCt. und steigt bei einem Vermögen über 400,000 fl. auf 12 1/2 pCt. (§ 9). Der Religionsfondsbeitrag ist zu verwenden: zur Aufbesserung des bisherigen, normalmäßigen Einkommens der Seelsorgegeistlichen und hienach zur Bedeckung desjenigen Aufwandes für Cultuszwecke, welcher bisher vorzuschüsse aus den Staatsfinanzen bestritten wurde (§ 26). Dieser Gesetzentwurf zählt 31 Paragraphen.

Der 4. Gesetzentwurf umfaßt 17 Paragraphen und betrifft die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften. Einer bisher nicht gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaft wird diese Anerkennung erteilt unter der Voraussetzung, daß ihre Religionslehre, ihr Gottesdienst und ihre Verfassung nichts Gesetzwidriges oder sittlich Anstößiges enthält; daß sie eine Benennung führt, in deren Zulassung nicht eine Verletzung Andersgläubiger gefunden werden kann, und daß die Errichtung und der dauernde Bestand wenigstens einer nach den Anforderungen dieses Gesetzes errichteten Cultus-Gemeinde gesichert ist. (§ 1.) Soll eine Cultusgemeinde von Personen gebildet werden, welche der betreffenden Religionsgesellschaft bisher nicht angehört haben, so haben dieselben die Beitrittserklärung vor der politischen Landesbehörde abzugeben, welche hievon dem Vorsteher oder Seelsorger der betreffenden Kirche oder Religionsgenossenschaft Anzeige macht. (§ 8.) In den Vorstand einer Cultusgemeinde so wie als Seelsorger dürfen nur österreichische Staatsangehörige berufen werden. (§§ 10 und 11.)

### Schweiz.

**Bern, 17. Jan.** [Zur Gotthardbahn.] Der gestern in Bern behufs Veranlassung der Wahl des Terrains für den Gotthardbahnhof in Aargern versammelte gewesene Verwaltungsrath der Gotthardbahn hat sich, wie man der „R. Z.“ schreibt, einstimmig für den Antrag der Direction entschieden, nach welchem, wie bereits mitgeteilt, der Hauptbahnhof an die Saldenstrasse mit Haltestelle im sogenannten Anborgebiet zu liegen kommt. Eben so hat er nach Directionsantrag die Tarifgrundlagen für die Tessiner Thalbahnen angenommen. Gestern kam im Großen Rathe von Neuenburg auch der Verkauf des Jura Industriell zur Behandlung, welcher in Folge eines vor ungefähr 10 Jahren mit den Obligationeninhabern dieser Eisenbahn getroffenen Uebereinkommens spätestens bis zu Ende dieses Jahres statt zu finden hat. Antaussofferten sind dem betreffenden Verwaltungsrath bereits von der Berner Jura-Eisenbahngesellschaft und von der Suisse Occidentale gemacht worden; wider Erwarten zeigte sich jedoch der Große Rath diesen Antausgeboten nicht geneigt, sondern befaßte mit großer Mehrheit — mit 82 gegen nur 3 Stimmen — principiell, daß diese Bahn ihren cantonalen Charakter zu erhalten, d. h. ihr Anlauf durch den Staat Neuenburg zu bewerkstelligen und die Frage der in dieser Angelegenheit weiter zu ergreifenden Maßnahmen einer Commission zur Berücksichtigung zu übergeben sei.

[Der in Vionfol verhaftete Pfarre Jeanquenet] ist nach Brunt abgeführt worden; wie es heißt, wird er nach Bern gebracht werden.

[Mermilod.] In der in Rom erscheinenden „Voce della Verità“ vom 16. und 17. d. wird ein Schreiben Mermilod's veröffentlicht, welches die in Carouge, Gheve und Lancy erfolgten Wahlen für ungültig erklärt und gegen die drei Gewählten die größere Excommunication ausspricht. Das Schriftstück ist datirt aus unserem Orte, 29. December 1873.

### Italien.

**Rom, 16. Januar.** [Zur Drenoufrage] schreibt man der „R. Z.“ von hier: Herr Nigra erhielt nach einigem Zögern die Weisung, den Wunsch der italienischen Regierung, den Drenou aus den Gewässern von Civita-Vecchia bald entfernt zu sehen, in Versailles so stark als möglich zu betonen, da nur so die ab und zu sich erneuernden Rundgebungen von Verflimmung und Mißbehagen der öffentlichen Meinung künftig vermieden werden könnten. Seit vier Tagen traf Herr Tiby ein, den Marquis de Noailles mit Grouchy einstweilen zu vertreten. Auch er wurde beim ersten Besuch, den er bei Visconti-Benosta machte, für die Angelegenheit interessirt.

[Der Papst] hielt heute Vormittag ein geheimes Consistorium, den neuen Cardinälen Sitz und Stimme im Collegium zu geben. Dies geschah unter den vorgeschriebenen Formlichkeiten unter der Aufsicht des Ringes, worauf der Papst folgende Titel verlieh: Franchi Cardinalpriester von Santa Maria in Trastevere, Dreglio von Sant' Anastasia, Barrio y Fernandez von San Giovanni e Paolo, Marinelli Cardinaldiakon von San Giorgio in Velabro, Tarquini von S. Nicola in Carcere. Die bei diesem feierlichen Anlasse präconistierten Bischöfe sind: Erzbischof von Compostella Msgr. M. Pava y Rico, Erzbischof von Tarragona Msgr. Perez y Martinez Fernandez, Erzbischof von Sebaste in part. Msgr. F. J. Le Courtier, Bischof von Barcelona Msgr. J. Ruch y Parriga, Erzbischof von Tbeben in part.

Msgr. B. Mobili, Bischof von Neu-Pamplona Msgr. J. Barretto, Bischof von Centuria in part. Msgr. B. Toscano, Bischof von Montepeller Msgr. F. M. Novéris de Cabrières, Bischof von Salamanca Msgr. N. Martinez Izquierdo, Bischof von Neu-Segovia Msgr. F. M. Guartero, Bischof von Dora in part. Msgr. Fr. de Paula Reyes, Bischof von Zonopolis (Hierapolis) in part. Msgr. J. Nemeth, Auxiliar des Bischofs von Stanad in Ungarn, Bischof von Portorico Msgr. Fr. Puig y Monserrat, Bischof von Malta in part. Msgr. N. Polin, Bischof von Ternel Msgr. B. Guisafola y Fernandez, Bischof von Jaca Msgr. N. Fernandez y Laita, Bischof von Malaga Msgr. Fr. J. Gonzalez y Diaz Tannon.

[Zur Liquidation der Klosterhäuser.] Was von der Verlassenheit der mediatisirten Klosterfamilien, zumal der Nonnen, ausgebracht ist und noch ausgebracht wird, ist erfunden. Ich habe in einem derselben von der Regel des h. Franciscus eine Schwägerin und weiß von ihr, daß den einzelnen auch über den gesetzten Räumungstermin hinaus beliebige Zeit gelassen ist, sich anderswo einzurichten. Die erwähnte Klosterfamilie wird in einem entlegenen Stadttheil oder auch in der Umgegend ein Haus mietzen, und in der Gemeinschaft zusammen bleiben, ohne daran von irgend einer Seite her gehindert zu sein. Sie folgt darin nur dem Beispiel anderer. Die Nonnen erhalten täglich zwei Lire, die Laienschwestern eine Lire. Was die Thätigkeit der Liquidationsjunta betrifft, so ist dieselbe, wie es scheint, mit dem neuen Jahre ins Processiren gekommen, versteht sich, mit Frankreich. Herr de Corcelle beansprucht Protectionsrechte über das reiche Hospiz Trinità bei Pellegrini, welche dieselbe fraglich erscheinen. Ähnlich verhält es sich mit dem Kloster der Nonnen vom h. Herzen Jesu und seinen vielen Nebengebäuden auf dem Monte Pincio. Die Angelegenheit ist vorerst noch im Stadium der Untersuchung; es fehlen an noch die nöthigen Stützungsdokumente und andere maßgebende Urkunden. — Während die Besignahme von weiteren Klöstern seit einiger Zeit ruht — nicht aus principiellen, sondern lediglich aus praktischen Gründen —, geht der Verkauf der zugehörigen Grundstücke ungehindert weiter. Bei den Licitationen sind bisher durchweg Preise erzielt worden, welche den Taxpreis um das Doppelte, bisweilen um noch mehr, übertrafen. Das ist ein Zeichen auch für die Steigerung des Werthes von Grundstücken und Gebäuden in Rom. So wurde gestern noch ein Garten, bisher dem Capitel von S. Maria in Cosmedin zugehörig, angekauft zu 3300 L., zu 12,300 zugeschlagen; ein Haus von 28,200 auf 50,000 L. hinaufgekauft, ein anderes von 20,700 auf 46,500, ein drittes von 26,000 auf 62,100 L. Uebrigens ist dabei im Auge zu halten, daß die Taxe meist nach den bisherigen, theilweise seit einer Reihe von Jahren laufenden niedrigen Miethcontracten mit nur geringem Aufschlage festgesetzt wird.

### Frankreich.

© Paris, 20. Januar. [Aus der National-Versammlung.] — Zur Suspendirung des „Univers.“ — Zum Budget. — Aus der Münz-Conferenz. — Herr Scherer.] Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung ist ruhiger verlaufen, als es beim Beginne derselben den Anschein hatte. Die steigende Versorgung diplomatischer Verwickelungen einerseits, und andererseits die eben bekannt gewordene Nachricht von der Suspendirung des „Univers.“ hatten die Kammer in sehr erregte Stimmung versetzt. In allen Gruppen wurde auf's Eifrigste discutirt. Namentlich zeigte die äußerste Rechte sich sehr gereizt und man bemerkte einen heftigen Wortwechsel zwischen dem Justizminister Depeyre und den klerikalen Deputirten du Temple, Belcaire und Francien. Wie es heißt, hatten die Ultramontanen beschloßen, sofort auf der Tribüne das Ministerium zu interpelliren. De Francien sollte das Wort führen, man stand aber von dem Unternehmen ab, weil einige der Deputirten von der Rechten bemerkten, daß die Unterdrückung des „Univers.“ nicht unwiderruflich sei, weil sie noch nicht im Amtsblatte angezeigt worden, wie es die Regel ist. (Sie steht auch heute noch nicht im Amtsblatt.) De Francien verschob darauf sein Vorhaben, und die ganze Sitzung wurde mit dem Bürgermeistergesetz ausgefüllt. Gegen die Erwartung, welche vor der Sitzung allgemein ausgesprochen ward, stimmte, für diesmal wenigstens, die äußerste Rechte nicht gegen das Cabinet und die Regierung fand die am Sonnabend verloren gegangene Mehrheit zum Theil wieder; mit einer Mehrheit von 25 Stimmen wurde das Amendement Béanger, das Haupt- Amendement des Tages, verworfen. Béanger kehrte zu dem ursprünglichen Regierungsantrag zurück (wonach der Bürgermeister nur bedingungsweise außerhalb des Gemeinderaths gewählt werden darf). Die Commissionvorlage erlegt dagegen der Regierung gar keine Bedingungen auf. Sie wurde von Clavier und der Broglie vertheidigt. Der letztere stellte ihre Gewährung als ein Vertrauenspand dar, welches denn auch mit 355 gegen 330 Stimmen zugestanden wurde. Nach schlüssiger Debatte und Verwerfung mehrerer anderer Amendements ging der Artikel 2 des Gesetzes mit derselben Mehrheit durch. Erwähnen wir nur eines geringen Zugeständnisses, welches Decazes der Regierung und der Commission abgekauft hat. Der Bürgermeister darf nicht der Gemeinde gänzlich fremd, sondern er muß unter ihren Wählern eingeschrieben sein. Am Schluß der Sitzung erklärte Gaentgens, daß er gegenüber den augenblicklichen Schwierigkeiten der äußeren Politik seine Interpellation über die innere Politik zurückziehe.

Die Verfügung in Betreff des „Univers.“, auf Anordnung des Ministerrathes erlassen und von dem Pariser Gouverneur Ladmirault unterzeichnet, begründet die Suspendirung auf 2 Monate damit, daß die vom „Univers.“ in seiner neuesten Nummer veröffentlichten Artikel und Documente „der Art sind, um diplomatische Verwickelungen herbeizuführen.“ Louis Beuillot hat sich nicht getäuscht, als er glaubte, daß die Maßregel Beifall finden würde. Der Beifall geht jedoch weiter, als er vermuthete, er beschränkt sich nicht auf die Börsenspeculation. Sogar mehrere reactionäre Blätter drücken ihre Befriedigung aus, wenngleich sie das Schicksal des „Univers.“ beklagen. Die republikanischen Journale sind der Meinung, daß die Maßregel nicht nothwendig geworden wäre, wenn die Pressefreiheit bestände. „Die Regierung“, sagt z. B. die „Opinion Nationale“, „empfängt hier eine Lektion. Warum war sie gezwungen, gegen ihren Wunsch, gegen ein Blatt einzuschreiten, welches ihren Freunden von der Rechten theuer ist? Weil sie, indem sie sich der gesammten Gewalt bemächtigte, auch alle Verantwortlichkeit für sich in Anspruch nahm. Bekände die Pressefreiheit, so wäre für die Sprache des „Univers.“ nur der „Univers.“ verantwortlich gewesen.“ — Die „Republique Francaise“ sieht in der Unterdrückung des klerikalen Blattes nicht das Mittel, dem ultramontanen Eifer Jügel anzulegen. Besser wäre es, wenn die Regierung öffentlich und feierlich erklärte, daß die Gresse des Ultramontanismus der Regierungspolitik fremd sind und fremd bleiben werden. „Unglücklicherweise denkt man in dem Cabinet nicht daran, zu so einfachen und wirksamen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen, oder wenn man daran denkt, so empfindet man den größten Schmerz, sie anzuwenden. Man wird sich aber wohl dazu entschließen müssen.“ Die „Debat“, welche noch vorgestern behaupteten, daß die französischen Bischöfe durchaus (Fortsetzung in der ersten Beilage.)



(Fortsetzung.)

keine unpatriotische Sprache führen, sagen heute: „Wir bedauern unter dem Gesichtspunkt der Pressefreiheit die Maßregel, welche den „Univers“ trifft. Wir bedauern noch mehr, daß die religiösen Leidenschaften gemäßigten Blättern eine Sprache eingegeben, welche den Frieden, dessen wir so sehr bedürfen, gefährden kann.“ — Wie „Paris-Journal“ behauptet, hätte noch zwei oder drei anderen Blättern das Loos des „Univers“ gedroht; man hatte sie einstweilen frei ausgehen lassen in der Erwartung, daß sie sich zu gemäßigterer Haltung veranlassen würden.

Die Budget-Commission hat endlich die neue Steuerliste festgestellt. Auf die Ansicht des Finanzministers eingehend, verlangt sie von dem Salz nur eine halbe Dezime mehr, d. h. 16 Millionen, ferner, von einer Abgabe auf außergerichtliche Acten 5 Mill., vom Stempel auf Chèques 4 Mill., von der Umgestaltung der Postbureau 1 Mill., von einer Steuern auf Glas und Kristalle (von C. Périer in Vorschlag gebracht) 14 Mill., von den Erbschaftsgebühren 6 Mill., vom Steuerzuschlag auf Alkohol (nach dem Antrag Germain's) 23 Mill.; insgesamt 69 Mill., d. h. genau die Summe, welche erforderlich ist, um das Budget im Gleichgewicht zu bringen. Wie verlautet, hat Magne diesem System zugestimmt und es steht also kein Conflict von der Kammer zu erwarten.

Wenn wir dem „Courier de Paris“ Glauben schenken, so ist in der Münzconferenz a priori die Abschaffung des Vertrages, der seit 1865 zwischen Frankreich, Italien, der Schweiz und Belgien besteht, zurückgewiesen worden. — Die Doppelmünzung hat in der Pariser Presse einen eifrigen Verteidiger an dem bekannten Ozeruiski gefunden. Herr Ozeruiski will auch nichts davon hören, daß man die Fabrikation der silbernen 5-Frankenstücke einschränke, wie solches im Plane des Münzcongresses zu liegen scheint.

Der Deputirte Scherer sollte sich eines unpatriotischen Manövers im Auslande schuldig gemacht haben. Derselbe ist bekanntlich Herr Messier in der Leitung des „Temps“ gefolgt. Er rechtfertigt sich heute in einem Brief an mehrere Blätter. In einem Telegramm an die „Daily News“ berichtete er am 31. December über eine Aeußerung, welche angeblich aus der italienischen Gefandtschaft hervorgegangen war und die in den Deputirtenkreisen lebhaft besprochen wurde, des Inhalts, daß Italien keinen Grund habe, die Abberufung des Drinofa zu verlangen; vielmehr könnte es gelegentlich in der Unwissenheit dieses Schiffes einen erwünschten casus belli finden. Herr Scherer läßt nicht zu, daß diese Mittheilung antipatriotisch, da sie im Gegentheil der französischen Regierung ein Mittel an die Hand gebe, dem Krieg vorzubeugen. Die auf Befehl de Broglie's erfolgte Unterdrückung der Depesche hat Veranlassung zu einem ziemlich scharfen Briefwechsel zwischen dem Minister und Herrn Scherer gegeben.

\* Paris, 20. Januar. [Die gegen den „Univers“ erlassene Verfügung] lautet wörtlich: Der General-Gouverneur von Paris, auf des Befehls des Ministers, in Erwägung, daß die Nummer des „Univers“ vom 19. Januar 1874 sowohl durch Artikel, die sie enthält, als durch Urkunden, die sie veröffentlicht, geeignet ist, diplomatische Verwicklungen herbeizuführen, verfügt kraft der ihm durch das Gesetz vom 8. August 1849 über den Belagerungszustand übertragenen Gewalt: Art. 1. Die Herausgabe und der Verkauf des „Univers“ werden auf zwei Monate vom heutigen Tage ab verboten. Art. 2. Der Polizeipräsident wird mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Paris, den 19. Januar 1874.

Der General-Gouverneur von Paris, Commandant der 1. Militärdivision.

## Spanien.

\* Madrid, 18. Januar. [Carlistisches.] Der „Times“ wird von hier gemeldet: „Bilbao ist wieder ernstlich bedroht. Die Carlisten beschleunigen augenscheinlich allenthalben ihre Operationen, da sie wissen, daß die Armee von Carthagoena nunmehr frei ist. Auch in Santander herrscht Unruhe. Admiral Topete begiebt sich heute Abend nach Carthagoena.“

[Aus Dron] vom 18. Januar wird über die Fregatte „Numancia“ und die an Bord derselben befindlichen Insurgenten dem Londoner „Standard“ noch Folgendes gemeldet: „Die französische Regierung hat über die spanischen Flüchtlinge verfügt. Als sie in Mazalquivir, sechs Meilen von diesem Hafen ankernten, — da Dron nicht Wasser genug für den „Numancia“ hat — waren sie wie Sardinen verpackt. Sie sahen schmutzig und schäbig aus und hatten seit 48 Stunden nichts gegessen. Eine Batterie Artillerie trabte sofort nach Mazalquivir. Die Autoritäten nahmen von der Panzerfregatte Besitz, hielten eine französische Flagge auf, machten Alle an Bord zu Gefangenen, und trugen ihre Namen in ein Buch ein. Der „Numancia“ wurde über das Mitteländische Meer von Constantino, der hier als ein Schmuggler wohl bekannt ist, gesteuert. Contreras und Terrey sind in dem von Zuaven bewachten Schloß Neuf internirt. Galvez ist im Fort Gregoire internirt; sein Sohn, der schwer verwundet ist, wurde nach dem Militärhospital gebracht. Admiral Chicarro kam mit der „Victoria“, 24 Stunden nach dem „Numancia“ an. Die spanische Flagge wurde gestern auf der Insurgentenfregatte aufgezogen und man brachte die Flüchtlinge an Bord derselben. Sie salutirte der französischen Flagge und segelte Nachmittags unter Escorte der „Victoria“ und des „Carmen“ nach Carthagoena ab. Die Flüchtlinge, die nicht hervorragende Führer waren, wurden in Freiheit gesetzt.“

Ueber die mit dem Fall von Carthagoena verknüpften Umständen wird dem „Standard“ von seinem Special-Correspondenten Folgendes gemeldet:

„Es waltet länger kein Zweifel darüber ob, daß Carthagoena durch Verath sel. Die öffentliche Meinung ist, daß Fort Alcala von seinem Commandanten verlaßt wurde, und ein Gericht gibt die Summe, die er dafür empfangen haben soll, auf 10,000 Dollars an. Galvez, der keinen Antheil an dem Complot hatte, argwöhnte Verrath und requirirte Verstärkungen aus der Stadt; aber er kam zu spät — das Castell war schon besetzt. Er wurde mit einer vollen Salve empfangen und seine Anhänger ergriffen eiligt die Flucht. Canv, der Briefträger, feuerte sechs Stunden lang auf Alcala, aber die Truppen Mendigarría's und Iberia's begannen Symptome der Unzufriedenheit zu zeigen. Seine eigenen Leute zwangen ihn das Feuer einzustellen. Die weiße Flagge wurde aufgehängt und eine aus sechs Mitgliedern bestehende Commission ernannt, die sich nach dem Hauptquartier begeben sollte, um die Bedingungen der Uebergabe zu unterhandeln. Sie verlangte einen vollen Pardon und Freiheit für Jedermann, Pensionen für die meritorischen Offiziere und Erlaubniß für die Garnison, mit Kriegsgeldern auszumarschiren. General Dominguez verweigerte dies, aber in Anbetracht der heldenmüthigen Vertheidigung des Platzes entwarf er eine Capitulation, welche allen Insurgenten, mit Ausnahme jener, die sich Vergehen gegen das gemeine Gesetz zu Schulden kommen ließen, eine Amnestie gewährte. Die Soldaten Mandigarría's und Iberia's sollten nach Madrid gefandt werden und in andere Corps vertheilt zu werden, und für das Verbrechen der Rebellion wurde ihnen Straflosigkeit zugesichert. Die Offiziere sollten ihren Grad behalten, und Leben, Eigenthum und Interesse eines jeden Insurgenten respectirt werden. Nur die Junta sollte von der Amnestie ausgeschlossen werden. Diese Bedingungen wurden von der Junta angenommen, welche sich dagegen verpflichtete, den Platz mit allen Forts, Schiffen, dem Arsenal und der Armee zu übergeben. Der Einzug der Belagerungsarmee wurde auf Dienstag früh um 8 Uhr anberaumt. Kaum war die Dinte auf dem Document trocken, als die Junta ihren Pact brach, indem sie sich mit den hervorragendsten Insurgenten und Flüchtlingen an Bord des „Numancia“ einschiffte und nach Dron ablegte. Man glaubt, daß die Belagerer ihre Zucht begünstigten, da Brigadier Carmona mit seinem Etage in Carthagoena

war, als der „Numancia“ abfuhr. Chicarro machte einen Scheinangriff auf denselben und folgte ihm dann mit den Kriegsfregatten „Victoria“ und „Carmen“ nach der afrikanischen Küste. Eintausend Insurgenten mit Roque Barcia, die in dem „Daro“ zu entweichen suchten, wurden von dem „Mansana“ aufgebracht und am Mittwoch nach dem Hafen gebracht. Der Einmarsch der Truppen fand nicht vor Mittwoch um 1½ Uhr statt. Es fanden keinerlei Kundgebungen statt. Die Stadt war schweigend wie ein Kirchhof und bot ein Bild der Verpeinerung dar. Die Straßen waren in Ruinen und mit den Trümmern eingeschossener Häuser bedeckt. Demonirte Kanonen, gefüllte Bomben und in Fäulniß übergegangene Cadaver von Rassen und Hunnen lagen umher. Eine gräßliche Verwüstung bot der Artilleriepark dar, der eine Ruinenmasse ist. Dreihundert Personen, meistens Frauen und Kinder, sind, wie man glaubt, unter den Ruinen begraben. Kaum ein Haus ist unversehrt geblieben und das Hospital ist mit Verwundeten überfüllt. Während der Belagerung wurden verhältnismäßig wenige Häuser verbrannt. Die Bevölkerung ist noch immer hungrig und trübsinnig. Sie ist während über das Bombardement, dem sie 44 Tage unterworfen war, und sagt, sie sei nicht besiegt, sondern verrathen worden. Sie verspricht sich eine baldige Rache. Verfassungen fanden während der letzten Tage statt, meistens von Flüchtlingen. Man ist sehr unzufrieden mit der Junta. Man hat sie in Verdacht, mit den Flüchtlingen falsches Spiel getrieben zu haben, und der „Tetuan“ wurde mit der Absicht in Brand gesetzt, um sie in die Luft zu sprengen, da sie zur Zeit an Bord der Fregate war. Eine Inspektion der Befestigungen verrieth große Unwissenheit auf Seiten der Insurgenten. Es ergriff kein Schutz für die Mannschaften oder Geschütze, und Pulver lag lose umher. Alles war roh und unsicher. Die Verluste in der Stadt sind unberechenbar und das Elend bellagend, doch scheint keine wirkliche Hungersnoth verpirrt worden zu sein. Die Deserteure Mendigarría's und Iberia's sehen schmutzig und lüderlich aus. Ihre Offiziere gingen bewaffnet umher, sprachen unfling und standen mit den Offizieren der Belagerungsarmee auf dem besten Fuße. Beide Regimenter wurden in Viehwaggons nach Madrid gefandt, da die Eisenbahn wieder eröffnet worden ist. General Lopez Pinto ist zum Militär-Gouverneur ernannt worden. Englische, französische, deutsche und italienische Kriegsschiffe sind im Hafen. Zwei Brigaden der Belagerungsarmee sind bereit für den Dienst gegen die Carlisten detachirt worden. Mehrere Regimenter schifften sich am 18. d. Mts. nach Tarragona ein.“

## Großbritannien.

A. A. C. London, 19. Jan. [Die Erfolge des deutschen Handels.] Ein „Eingefandt“ in der „Times“ lenkte neulich die Aufmerksamkeit auf die thätige Rolle, welche die Deutschen neuerdings im Wollhandel spielen, und seitdem sind die Spalten des Cityblattes zu einem Sprechsaal geworden, in welchem über die Ursachen des Erfolges und raschen Fortschrittes des deutschen Handels in fernen Weltgegenden discutirt wird. Die meisten Correspondenten schreiben den Erfolg der Deutschen auf dem Gebiete des Handels ihrem besseren und gründlicheren Unterrichtssystem, Andere wieder ihrem Sparamkeitssinn, und wieder Andere ihrem Eingehen auf Details zu. Ein „Delta“ unterzeichnetes „Eingefandt“ macht interessante Angaben über die mächtige Concurrenz, welche der deutsche Handel dem britischen in Ostindien, Japan und China macht. Die „Times“ selbst kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß der Deutsche anfangs, den Engländer im Wollhandel zu überflügeln. „Wir können uns nicht verheimlichen“ — sagt das leitende Blatt — „daß in dem, was der Fortschritt der Civilisation und das große Werk des 19. Jahrhunderts genannt wird, der Continent ebenso viel Boden gewonnen hat als wir, sicherlich viel mehr Boden, als vor einigen Jahren für möglich gehalten wurde. Er hat in jenen eigentlichen Punkten gewonnen, die am meisten den Verkehr mit allen Nationen der Welt unterstützen. Zwar leben wir auf dem Meere und unsere Schiffe tragen uns allenthalben hin, und überall haben wir etwas zu kaufen oder zu verkaufen. Aber überall finden wir den Deutschen, gerade so, wie der Engländer überall den Schotten gefunden hat, besser vorbereitet für die Arbeit und derselben ebenso gewidmet, stetiger, wirtschaftlicher und geneigter, seinem Landsmann zu helfen.“

[Verkauf von Kronländern.] Wie der „Morning Advertiser“ aus sehr zuverlässiger Quelle erzählt, wird auf den Bericht eines einflussreichen Mitgliedes hin das ministerielle Programm der nächsten Parlamentssession eine Gesetzbildung enthalten, welche zum Verkauf der hauptsächlichsten Kronländerien ermächtigt, deren Erträge zur Reduktion der Staatsschuld verwendet werden sollen.

[Der Congress der britischen Gewerkschaften in Sheffield.] hat am Sonnabend seine Arbeit beendet. Die direkte Vertretung des Arbeiterstandes im Parlament, die Föderation der Gewerkschaften, Genossenschaftliche und industrielle Vereine, Ueberzeit und Stadtrath, Verklärung der Lehrszeit, Zuchtungsarbeit, technischer Unterricht und internationale Schiedsgerichte bildeten die Thematia, die in der letzten Sitzung discutirt und über welche Beschlüsse gefaßt wurden.

## Rußland.

E. St. Petersburg, 19. Januar. [Feldmarschall Graf Berg. — Adresse an den deutschen Kronprinzen.] Gestern früh um 10 Uhr 20 Minuten starb hier selbst der zu den Vermählungsfeierlichkeiten eingetroffene Feldmarschall Graf Berg in Folge einer Lungen-Entzündung im 84. Jahre seines thatenreichen Lebens. Se. Maj. der Kaiser drückte dem Verstorbenen die Augen zu, und im Laufe des Tages, zuletzt bei der um 7 Uhr Abends celebrirten Todtenmesse erschienen der Großfürst Thronfolger, sowie die übrigen Großfürsten und Großfürstinnen an dem Sarge. Heute früh ist die Leiche in der deutschen Kirche zu St. Petri unter den höchsten militärischen Ehren beigesetzt worden; morgen wird sie von dort nach dem Warschauer Bahnhof und nach dem Gute der Familie in Polen gebracht werden. Nach seinen ersten Waffenthaten in den Kriegen 1812—14 zum Capitän und 1819 zum Obersten ernannt, erfüllte Friedrich Wilhelm Rembert von Berg 1820 und 21 seine ersten diplomatischen Sendungen zu München und zu Neapel. Darauf ordnete er die Verhältnisse des Orenburg'schen Gouvernements. Nach seiner Ernennung zum Generalmajor 1825 ward er Legationsrath bei der Gesandtschaft zu Konstantinopel, beim Beginn des Krieges mit der Pforte Generalstabschef. Im polnischen Aufstande commandirte er die Avantgarde bei Pilsky und bei Strolenta und blieb als General-Adjutant und Generalstabschef der Armee in Polen bis 1843, wo er zum General der Infanterie und Generalquartiermeister der gesamten russischen Armee ernannt wurde. 1849 führte er zu Wien die durch den ungünstigen Zustand veranlaßten Unterhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich. Im Krimkrieg vertheidigte er zuerst die Ostseeprovinzen, dann 1855 als General-Gouverneur von Finnland auch dieses erfolgreich gegen die englische Flotte. Dafür wurde er in den Grafenstand erhoben. Zu Anfang des letzten polnischen Aufstandes dem Großfürsten Konstantin beigegeben, wurde er 1865 am 31. October dessen Nachfolger, Statthalter von Polen. In dieser Stellung hat er die Ruhe und Ordnung daselbst wieder hergestellt und bis auf den heutigen Tag in einer Weise befestigt und die Verhältnisse des Landes gefördert, daß er sich die allgemeine Achtung und Verehrung erworben hatte. Zum Feldmarschall war er 1866 ernannt worden.

Die Adresse, welche dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm während seiner Anwesenheit hier selbst im Namen der Angehörigen des deutschen Reiches überreicht werden soll, lautet folgendermaßen:

„Kaiserliche und Königliche Hoheit!“

Nachdem es vor sechs Jahren heiligen Angehörigen des norddeutschen Bundes vergönnt war, dem preussischen Kronprinzen an dieser Stelle ihr Willkommen zuzurufen, sehen Sie. Kaiserliche Hoheit heute die Vertreter der gesamten deutschen Colonie St. Petersburg sich vereinigen zu der Bitte, dem ersten Kronprinzen des deutschen Reiches ihre ehrfurchtsvolle Begrüßung

und die Versicherung ihrer Dankbarkeit entgegenbringen zu dürfen. Die Anwesenheit Ew. Kaiserl. Hoh. und Ihrer Kaiserl. Hoh. der Kronprinzessin des deutschen Reichs bei der freudigen Feier in dem erlauchtesten Hause unseres Allerhöchsten Schutzherrn, Sr. Maj. des Kaisers Alexanders II. von Rußland, erhöht unsere warme Theilnahme an diesem so bedeutungsvollen Ereigniß durch den damit auf's Neue gegebenen Beweis von der Zuneigung und Herzlichkeit der Familien- und Freundschaftsbände, welche die beiden erhabenen Herrscherhäuser Deutschlands und Rußlands verbinden in frohen wie in ernstlichen Tagen.

Kaiserliche Hoheit! Ihr Hiersein bürgt uns dafür, daß wir uns zweifellos der Freude hingeben dürfen über die Genesung unseres allverehrten Kaisers Wilhelm, dessen Weisheit und Thakraft wir es verdanken, daß der Traum unserer Jugend in Erfüllung gegangen ist: Die Einigung Deutschlands.

Mit Begeisterung berechnen auch wir in Ew. Kaiserlichen Hoheit einen jener großen Helben, welche ihre Thaten zur Ueberwindung der äußeren Gegner des deutschen Reichs mit unvergänglichem Zügen in das Buch der Geschichte eingeschrieben haben. Frohlocke doch jedes deutsche Herz, als sich die verschiedensten Stämme der Deutschen am Ew. Kaiserlichen Hoheit sammelten, da es galt, der Welt zu zeigen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen man es mit Erfolg wagen durfte, auf die Zusammenhangslosigkeit Deutschlands feindliche Pläne zu bauen. Waren es doch ferner ganz in's Besondere Ew. Kaiserl. Hoheit, deren kraftvolles Eingreifen in den entscheidendsten Momenten der jüngst um die Einigung der deutschen Stämme geführten Kriege auf's Neue den Beweis lieferte, wie wohl begründet das felsenfeste Vertrauen ist, welches der Deutsche in Zeiten der Gefahr auf seine Führer zu setzen gewohnt ist.

Kaiserliche Hoheit! Erfüllt uns so das heiße Dankgefühl für das im blutigen Streit um die deutsche Einheit Erreichte, so besetzt uns nicht minder die Hoffnung auf das im geistigen Kampf um die deutsche Freiheit noch zu Erreichende. Dem siegreichen Ringen mit den äußeren Feinden unseres Vaterlandes ist der große Kampf wider die inneren Gegner der Selbstständigkeit und Vaterlandsliebe des deutschen Reichs gefolgt. Bereits Ew. Kaiserl. Hoheit erhabene Ahnen standen in den früheren Stadien dieses Culturkampfes führend an der Spitze unserer Väter. Und in diesem fortgesetzten Streiten wird jeder wahrhafte Deutsche, von welchem Stamme und von welchem Glauben er auch sei, siegesgewiß zu der von den hochgeachteten hochgehaltenen Fahne stehen, denn es ist die Fahne der Wahrheit, Freiheit und der Bildung!

Ew. Kaiserlichen und königlichen Hoheit  
treue ergebenste  
Die Colonie der deutschen Staatsangehörigen zu  
St. Petersburg.

## Provinzial-Beitrag.

Breslau, 22. Januar. [Tagesbericht.]

H. [Stadtoberordneten-Versammlung.] Der Vorsitzende, Dr. Zewald, eröffnet die Sitzung um 4½ Uhr mit der Mittheilung: auf eine von ihm an den Magistrat gerichtete Anfrage erwiderte dieser, daß in Gemäßheit des Beschlusses der Stadtoberordneten-Versammlung vom 23. October 1873 die Verhandlungen über die event. Vergrößerung der offenen Lagerplätze am Schlinge vor dem Morgenauer Thore und betr. die Revision des Tarifs über die Gefälleerhebung noch schweben, und daß er von dem Resultat derselben der Versammlung seiner Zeit Mittheilung machen werde.

Die Ablagerung des Schnees und Eises daselbst ist untersagt worden und findet dort nicht mehr statt.

Die demnächst zur Verhandlung gelangenden Vorlagen betreffen zunächst Rechnungsprüfungen und Staatsverstärkungen, die nach den Anträgen der resp. Commissionen ihre Erledigung finden.

Errichtung eines pathologisch-anatomischen Instituts hier selbst in den Räumen des Krankenhospitals zu Allerheiligen. Wir haben hierüber in unserm Vorberichte bereits Näheres mitgetheilt. Stadtv. Sanitätsrath Dr. Gräzer motivirt in eingehender Weise den Antrag des Magistrats:

daß das an. Institut der Königl. Universität auf dem Areale des Krankenhospitals zu Allerheiligen nach Maßgabe eines bestimmten Vertrags-Entwurfes errichtet und dieser Vertrag mit dem Königl. Fiskus Namens der Stadt förmlich abgeschlossen werde.

Stadtv. b. Gröy ist mit den Vertragsbestimmungen einverstanden, wünscht jedoch Auskunft, ob das Gebäude auch ohne größere Umbauten wieder vom Hospital zur alleinigen Benützung übernommen werden kann, wenn der Vertrag event. einmal rückgängig werde. Bürgermeister Dr. Varsch erwidert, daß dieser Punkt wohl erwogen worden sei. Wenn sich jetzt auch noch nicht übersehen lasse, in welcher Weise das Gebäude werde benützt werden, so sei doch sicher, daß alle Räumlichkeiten desselben zu sehr nützlichen Zwecken des Hospitals werden Verwendung finden können. Stadtoberordneter Neugebauer macht seine Bedenken gegen die Höhe der Summe geltend, für welche die Hospitalverwaltung bei Aufhebung des Vertrages das Gebäude übernehmen soll. Ober-Bürgermeister v. Fockenberg rechtfertigt in die dieser Beziehung getroffene Bestimmung. Stadtoberordneter Burghart glaubt, daß bereits ein fait accompli vorliege, was Seitens des Ober-Bürgermeisters widerlegt wird. — Der Antrag des Magistrats wird mit großer Majorität genehmigt.

Stadtv. Es liegen vor

a. Der Etat für das Stadtschuldenwesen pro 1874, der vom Referenten erläutert und zur Annahme empfohlen wird. Stadtv. Veyersdorf macht darauf aufmerksam, daß die Verzinsung der Anleihe ursprünglich mit dem 1. Januar beginnen solle, nunmehr aber erst mit dem 1. Februar beginnen werde und beantragt, den Etat dem entsprechend zu modificiren. Rämmerer v. Visselstein erklärt sich damit im Allgemeinen einverstanden und die Versammlung genehmigt nach einer kurzen Discussion über die Höhe der zu verfallenden Summe den Etat mit der vorgedachten Veränderung.

b. Der Etat für die Verwaltung der städtischen Steuern pro 1874, der vom Stadtv. Schier erörtert wird. Referent stellte im Anschluß an seine Ausführungen seinerseits den Antrag, die in Abth. 3. Hof-5 aufgeführten vermieteten Locale vermessen und schätzen zu lassen. Im Uebrigen folgt Referent die Bemerkung hinzu, daß der Wunsch nach einer einzigen directen progressiven Einkommen-Steuer in gewissen Kreisen immer dringender geltend gemacht werde. Dem gegenüber wolle er nur erklären, daß Jeder, der sich einigermaßen an der Gemeindeverwaltung betheilige, sich bald überzeugen werde, daß solche Forderungen viel leichter zu stellen, als zu erfüllen sind. Stadtv. Friedensburg spricht seine Zweifel aus, ob es möglich sein werde, das in dem Etat vorgesehene Mehr von 80,000 Thlr. zu erreichen. Das angenommene Steuerjoll basire auf Annahmen, die gegenwärtig nicht mehr zutreffend seien. Rämmerer v. Visselstein in sucht die Ausführungen des Vorredners zu widerlegen. Der im Jahre 1873 eingeführte Bezug von Steuer-Contribuanten lasse mit Sicherheit erwarten, daß die angenommene Summe werde eingenommen werden. Stadtv. Friedensburg stellt den Antrag, die in Rede stehende Position um 50,000 Thaler herabzusetzen.

Stadtv. Fromberg glaubt, daß die gegebene Anregung den Vortheil haben werde, daß im nächsten Jahre die Einschätzungs-Commission mit einer größeren Wille an ihre Aufgabe herantreten werde. Zu bekämpfen sei das Princip, das in der Einschätzungs-Commission herrschen solle, wonach man ohne große Stempel höher einschätze, da der Betreffende ja doch reclamiren werde. Sehr viele Personen seien ihren ganzen Verhältnissen nach eben nicht in der Lage, reclamiren zu können. Rämmerer v. Visselstein erklärt, daß nach diesem Grundsatz in der Commission niemals verfahren werde. Gegenwärtig übersteige die Zahl der Reclamationen die vorjährige durchaus nicht, sei vielmehr eher geringer.

Stadtv. Dr. Honigmann glaubt, daß wenn der Antrag Friedensburg angenommen werde, man gleichzeitig auch angeben müsse, wie der Ausfall zu deden sei. Der Vorsitzende führt aus, daß die Annahme dieses Antrages nur die Folge haben werde, daß statt eines Steuerjumps mehr, mehrere Simpla mehr erhoben werden müssen, daß also die Folgen dann die ganze steuerpflichtige Bürgerstadt treffen müssen. Stadtv. Friedensburg erwidert, daß, wenn Veränderungen des Etats in Folge seines Antrages notwendig würden, jene an die Commission zurückgewiesen werden müssen. Ober-Bürgermeister v. Fockenberg bemerkt, es handle sich nicht um eine neue Steuerbewilligung, sondern um die Veranlagung einer bereits vorhandenen Steuer. Es sei Pflicht der Verwaltung, das genau anzugeben, was an Einnahme zu erwarten sei und diese habe bei der Feststellung dessen auf das Vorjahr zurückzugehen. Stadtv. Friedensburg glaubt, daß der Zweck seines Antrages durch die gegebene Anregung zum Theil erfüllt sei und zieht denselben zurück. — Der Etat wird hierauf genehmigt.

c. Der Etat für die Verwaltung des Krankenhospitals zu Allerheiligen, über den Stadtv. Dr. Gräzer referirt. Derselbe wird mit den von der



Commission gestellten Anträgen (siehe sub 4 des Vorb. in Nr. 3 d. Ztg.), sowie mit einigen Anträgen des Vorstehenden genehmigt; durch welche Magistrat ersucht wird, das nötige Material statistisch zu sammeln, aus dem sich mit Sicherheit berechnen lasse, was die Kliniken des Hospitals kosten.

□ [Vertrag mit Dänemark.] Dem hiesigen dänischen Consulate ist seitens des königl. dänischen Ministers des Aeußeren unterm 15. d. M. die Mittheilung zugegangen, daß zwischen dem deutschen Reich und Dänemark unterm 19. December v. J. ein Uebereinkommen getroffen worden ist, dahin gehend, daß Kranke und hilfsbedürftige Angehörige der beiden Staaten auf den gegenseitigen Territorien auf Kosten des fremden Staates unterstützt werden, ohne daß hierfür eine Vergütung seitens der heimischen Regierung geleistet wird.

\* [Zur Kreisordnung.] Es wird noch sehr lange dauern, ehe die neue Kreisordnung in das Blut der Bevölkerung übergegangen sein, und ehe sie vollständig verstanden und im vollen Umfange wird angewendet werden. Es sind durch dieselbe neue Behörden ins Leben gerufen worden, von denen die wichtigsten 1) die Amtsvorsteher, 2) die Kreisräthe und 3) die Verwaltungsgerichte sind. Eine große Anzahl von Geschäften, welche bisher von den Lokal-Polizeibehörden, von den Landräthen und Regierungen besorgt wurden, ist jetzt den neuen Kreisbehörden überwiesen worden. Das Oberpräsidium der Provinz macht daher in einer Verfügung alle Behörden und Kreis-Eingekessenen darauf aufmerksam, daß über alle, in dem § 135 der neuen Kreisordnung erwähnte Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung die Entscheidung dem Kreisrath event. dem Verwaltungsgericht gebühre und daß man sich deshalb in Betreff dieser Angelegenheiten durch Gesuche, Beschwerden u. nicht mehr an die Regierungen, resp. Oberpräsidium oder Ministerium, sondern direkt an den Kreisrath oder das Verwaltungsgericht des Bezirks zu wenden habe. Nach dem erwähnten Paragraphen gehören nun in dem Gebiete der allgemeinen Landesverwaltung folgende Angelegenheiten zum Wirkungskreise des Kreis-Raths: gewisse, in dem Paragraphen näher bezeichnete Zweige 1) der Armenpolizeilichen, 2) der wegepolizeilichen, 3) der Vorfluths-, Ent- und Bewässerungs-Sachen, 4) der feldpolizeilichen, 5) der gewerbepolizeilichen, 6) der bau- und feuerpolizeilichen Angelegenheiten, 7) der Ansiedlungs-Sachen, 8) der Disziplinar-Angelegenheiten, 9) in Communal-Sachen der Amtsbezirke, Landgemeinden und selbstständigen Gutsbezirke, 10) in Schul-Sachen der Landgemeinden und selbstständigen Gutsbezirke, 11) in Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege und 12) in Justiz-Verwaltungs-Angelegenheiten. — Es ist wohl zu wünschen, daß nicht allein die Beamten, sondern auch die Kreiseingekessenen ohne Unterschied die Kreisordnung studiren, wenigstens die betreffenden Bekanntmachungen in den Amts- und Kreisblättern ihrer eingehendsten Beachtung und Forschung würdigen möchten.

\* [Krieger-Denkmal.] Der diesjährige milde Winter gestattet ununterbrochene Arbeit an dem Krieger-Denkmal, welches nunmehr soweit vorgeschritten ist, daß am 20. d. Mts. die Aufstellung der zwei erbetenen von Se. Majestät dem Kaiser geschenkten Geschenke auf ihren hohen geschmackvollen Steinpostamenten erfolgen konnte. Dieselben sind bronzene Vorderlader von 8 Cm. Kaliber. Das eine Geschütz bei West in deutschen Besitz gelangt, trägt die Inschrift „Lancer“, das andere — mit Sedan übergebene, den Namen „Lancien“; auf beiden Röhren ist das napoleonische, mit dem Vorbeerkranz geschmückte N. sauber eingraviert. Seitens der Denkmals-Commission sind beide Geschütze an den Mündungen mit der „Inschrift“: „Gefenkt Se. Majestät des Kaiser Wilhelm“ versehen worden.

\* [Personalien.] Ernann: Der Rechtsanwalt und Notar Otto Reinde zu Spremberg unter Wiederannahme in den Richteramt zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Neidenbach. Der Gerichts-Assessor Paul Rehbock zu Weiden D. S. zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Hirschberg mit der Function als Gerichts-Commissarius zu Hermsdorf u. R. Der Kreisrichter Heinrich Walter zu Schubin vom 1. Januar 1874 ab zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Glatz und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neurode. Die Referendarien Kurt Nidel, Dr. Julius Schottländer und Bruno Neugebauer zu Breslau zu Gerichts-Assessoren. Die Rechtsanwältinnen Oscar Secht, Hugo Callomon, Walter Dyhrenfurth, Ludwig Struß, Walther Thureau und Paul Michaelis zu Breslau und Eberhard Junge zu Jauer zu Referendarien. Der Bureau-Assistent Paul Becker zu Lezin zum Secretär und Depositat-Rendanten bei dem Kreisgerichte zu Jauer mit der Function bei der Gerichtsdeputation zu Schönbau. Der Kreisgerichts-Bureau-Assistent Julius Schwarz zu Breslau zum Secretär und Depositat-Rendanten bei dem Kreisgerichte zu Trebnitz. Der Kassen-Diätarius Karl Stache zu Trebnitz zum Gerichts-Kassen-Assistenten bei dem Stadtgericht zu Breslau. Der Civil-Supernumerarius Arthur Steyer aus Breslau zum Bureau-Diätarius bei dem Stadtgericht zu Breslau. Der Bezirks-Feldwebel Wilhelm Kotsch zu Dels zum Bureau-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Trebnitz. Der ehemalige Bezirks-Feldwebel Hermann Franke zu Schweidnitz zum Bureau-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Habelschwerdt.

Verseit: Der Appellations-Gerichts-Rath Wenzel zu Breslau als Rath an das Obertribunal zu Berlin. Der Appellations-Gerichts-Rath Simon zu Göslin an das Appellations-Gericht zu Breslau. Der Kreisrichter Fritzing zu Lobens an das Kreisgericht zu Striegau mit der Function bei der Gerichts-Deputation zu Vollenhain. Der Gerichts-Assessor Friedrich von Petersdorff aus Breslau als Kreisrichter an die Gerichtsdeputation zu Kates. Der Gerichts-Assessor Philipp Phiebig aus Breslau als Kreisrichter an die Gerichts-Commission zu Jilehne. Der Gerichts-Assessor Dr. Karl Bunke aus Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Strassburg W.-R. Der Referendarius Sally Nothenberg zu Jastrów in das Departement des Appellations-Gerichts zu Breslau. Der Referendarius Leopold Büchs zu Breslau in das Departement des Appellations-Gerichts zu Ratibor. Der Secretär und Depositat-Rendant Friedrich Albrecht zu Vollenhain als Secretär, Controleur und Sportelrevisor an das Kreisgericht zu Jauer. Der Bureau-Assistent Wilhelm Schubert zu Trebnitz an das Kreisgericht zu Glatz mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Lezin. Der Bureau-Assistent Gustav Wanke zu Waldenburg an das Kreisgericht zu Wöhlau.

Ausgeschieden auf eigenen Antrag: Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Hilliges zu Neumarkt vom 1. Januar 1874 ab.

+ [Rumänien.] In Sachen betreffend 7 1/2 procentiger rumänischer Eisenbahn-Obligationen hat am 9. Januar d. J. auf eine Appellation des hiesigen Kaufmanns und Rittergutsbesizers S. Guttmann das königl. Kammergericht zu Berlin in zweiter Instanz die Herren Berlagten: Herzöge von West und Ratibor, Grafen von Lehndorf und Dr. Stroußberg solidarisir dem Klageantrage gemäß zur Einlösung und Zahlung der Zinscoupons verurtheilt.

\* [Paket-Porto-Tarif.] Um die Bestimmungen des vom 1. Januar c. ab in Kraft getretenen neuen Paket-Porto-Tarifs in möglichst umfassender Weise dem correspondirenden Publikum zugänglich zu machen, sind neuerdings auch die amtlichen Verkaufsstellen für Postwertzeichen mit je einem Exemplare des Portotarifs für Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm (10 Pfund) einschließlich, und für Briefe mit Werthangabe im deutschen Fahrpreisverzeichniß versehen worden, wodurch dem Publikum vermehrte Gelegenheit geboten ist, sich auf kurzem Wege über die Portobeträge für Pakete bis zu dem angegebenen Gewichte und für Werthsendungen zu informieren.

\* [Hoffmann von Fallersleben.] In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar ist Hoffmann von Fallersleben (wie bereits telegraphisch gemeldet) um 11 1/2 Uhr zu Schloß Corvey sanft und ruhig, ohne jeglichen Todeskampf, nach zwölftägiger Krankheit entschlafen.

Unvermuthet überraschte ihn der Schlaganfall, bei völliger Gesundheit, ja in heiterster Laune. Er hatte fort zu Boden und sollte sich von seinen Leiden nicht wieder erholen. Am 2. April d. J. würde er 76 Jahre alt geworden sein; er ist 1798 geboren. Ein deutscher Liedermund — schreibt die „Nat.-Ztg.“ — hat sich mit ihm geschlossen, wie es anmuthiger, volksthümlicher, melodienreicher wenige gegeben hat. Seit beinahe vierzig Jahren hat Hoffmann von Fallersleben mit seinen Liedern die Geschichte seines Volkes begleitet und überall und immer eine zündende Wirkung ausgeübt. In ihm war etwas von einem fahrenden Sänger, wie er es denn selbst in seiner vor einigen Jahren (bei E. Kümpler in Hannover) erschienenen Lebensskizze mit liebenswürdigem Humor beschrieben hat. In unseren politischen Kämpfen der vierziger Jahre spielte er, ohne sich activ bei den politischen Verhandlungen zu betheiligen, eine hervorragende Rolle; ihm hatte es die Muse gegeben, die Empfindungen des Volkes treu, schlicht und poetisch auszudrücken. Gegenüber den politischen Gedichten jener Zeit bewahren die seinen einen Zug naiver Schönheit; von jeder Phrase frei wollen sie durch den einfachen und wahrsten Ausdruck wirken; sie sind in Wahrheit „Lieder“ und haben die Gedanken der deutschen Einheit, der gemäßigten Freiheit durch alle Gauen unseres Vaterlandes siegreich getragen. Nicht eigentlich ist Hoffmann der Apostel dieser beiden Ideen gewesen. Seine liebenswürdige Persönlichkeit, sein guter Humor kamen ihm dabei zu Hilfe, seine Begeisterung für die höchsten Güter unseres Volkes riß auch die Kältesten mit fort. So schildert ihn uns Freiligrath in einem schönen Gedicht:

Noch gedenkt ich wie im Traum  
Jener Nacht im Nieseln,  
Wo wir den Champagner schäum  
Von den Gläsern bliesen;  
Wo wir leeren Glas auf Glas,  
Bis ich Alles wußte,  
Bis ich seinen ganzen Haß  
Schweigend ehren mußte.

Der großen Sache, der er sich gewidmet, ist er treu geblieben; noch bis wenige Wochen vor seinem Tode kämpfte er mit Wort und Lied für Kaiser und Reich. In unserer wissenschaftlichen wie poetischen Literatur hat sich Hoffmann von Fallersleben für immer einen Ehrenplatz erworben; im Mund und Herzen seines Volkes leben seine Lieder fort.

== [Statistisches.] Im hiesigen Polizei-Gefängnisse wurden im verflossenen Jahre im Ganzen inhaftirt 12,502 Personen, nämlich 7901 Männer und 4601 Weiber, welche insgesammt 24,617 Verpflegungstage beansprucht haben; es kommen sonach durchschnittlich ca. 48 Stunden Haft auf jeden Internirten. — Gegen das Jahr 1872 waren 1537 Personen mehr inhaftirt, während 94 Verpflegungstage weniger beansprucht wurden. — In der Verwahrungsanstalt für Obdachlose (in der Wallhaus-Kaserne) waren im Jahre 1873 untergebracht 21,890 Personen; nämlich 14,445 Männer, 5422 Weiber und 2113 Kinder, in dem Asyl für Obdachlose (Höfchener Weg) waren dagegen nur 10,788 Personen aufgenommen worden.

\* [Anormale Witterung.] Wir seufzen wiederum seit mehreren Tagen über eine Witterung, die wir im März oder doch Februar passender finden würden. Wir haben, nach einer kleinen Probe des ächten Winters, wieder so milde Temperatur (ab und zu mit Regnen und dem dadurch hervorgerufenen grünlichen Schmutz), daß man die Nähe des Frühlings vermuthen könnte. Merkwürdigerweise hat auch der hohe Norden meist eine sehr mäßige Temperatur, und wenn auch hier und da einmal eine Kälte von 8—10° notirt wird, so dauert die Freude höchstens einen oder ein paar Tage und dann tritt wieder eine mildere Witterung ein. Dagegen klagt man im Süden gar sehr über Kälte, und daher mag es wohl auch kommen, daß wir in diesem Winter nur bei Südost- und Südwind Frost und bei einer Wendung nach West lindes Wetter mit Regnen gehabt haben. Die Klagen über Kälte kommen nicht bloß aus dem südlichen Europa, wie z. B. aus Italien, sondern selbst aus Ostindien, woselbst nach dem Stande der Sonne um die gegenwärtige Jahreszeit eigentlich Zuthitze herrschen müßte. Es sind dies Erscheinungen, welche die seit Jahren oft gehörte Behauptung zu bestätigen scheinen, daß auf der ganzen Erde die anormale Witterungsverhältnisse zur Regel und die normalen zur Ausnahme zu werden beginnen.

+ [Vermischt. — Obdachlose Kinder.] Ein Studiosus, welcher jetzt sein Examen abzulegen hatte, ist seit gestern Mittag aus seiner in der Schneidniedersiedlerstraße belegenen Wohnung unter Zurücklassung eines Briefes, in welchem er die Absicht ausgesprochen, sich das Leben zu nehmen, heimlich verschwunden. Der Vermißte ist von schlanker Gestalt, 28 Jahr alt, mit blonden Haaren und dergleichen Vadenbart versehen, und hat im Gesicht eine Narbe. Bei seinem Weggange ist derselbe mit blauem Flanell-Lieberzeiger, grauen Socken und schwarzem Fülz mit breiter Krämppe bekleidet gewesen. — Ein Büchsenmacher, welcher bis heute mit seiner Familie bei einem Arbeiter als Untermiether gewohnt, und diesem auch die Miete richtig gezahlt hat, wurde gestern von Seiten des Hauswirthes ermittelt, weil der erwähnte Arbeiter an Letzteren die Miete nicht abgeliefert, sondern in seinem Augen verwendet hatte. Da der so plötzlich an die Luft gesetzte Büchsenmacher in der Gehehnigkeit kein anderweitiges Unterkommen finden konnte, so kletterte derselbe noch gestern Abend seine 3 Kinder im Alter von 7, 9 und 13 Jahren im städtischen Armenhause bei uns Weiteres ab, wo diese auch vorläufig in Obhut genommen wurden.

+ [Eisenbahnunfall.] Bei Ankniff des gestern Abend um 9 Uhr 5 Minuten hier eintreffenden Personenzuges der Freiburger Bahn gerieth derselbe in Folge falscher Weichenstellung in ein anderes Gleis, auf welchem 10 leere Personenzüge standen. Obgleich der Locomotive fahrende Maschinist sofort den Irrthum bemerkte, und demnächst den Zug zum Halten zu bringen suchte, so konnte doch nicht verhindert werden, daß die erwähnten 10 leeren Wagen sich über den Presselbald hinausgedrückt, und wodurch dieselben theilweise zertrümmert und demolirt wurden. Bei diesem Unfall ist glücklicherweise Niemand verunglückt.

+ [Polizeiliches.] In einem auf der Friedrich-Wilhelmsstraße gelegenen Seitenfahraden wurde gestern gegen Abend einer dort anwesenden Dame beim Einsteigen von Waaren im Gedränge ein Portemonnaie mit 2 Thlr. Inhalt aus der Kleidertasche gestohlen. — Aus der gewaltfam erbrochenen Bodenlampe des Hauses Friedrichstraße Nr. 88 ist einem dortigen Bewohner eine Menge Betten und Kinderwäsche gestohlen worden. — Verhaftet wurde gestern auf der Hundsfelder Chaussee ein 18jähriger Arbeiter, welcher in dem Dorfe Carlswitz einen Einbruch verübt, und Wäsche und Kleidungsstücke entwendet hatte. — Aus unbefestigtem Entree des Hauses Dörferstraße Nr. 8 ist ein roth- und schwarzcarriertes molleses Umschlagetuch im Werthe von 6 Thlr. gestohlen worden. — Der Dieb, welcher am Silvester-Abend einem Landchaftsmaler die silberne Cylinderuhr von der Kette abgzwickt und geraubt hat, ist gestern in der Person eines Schlossergesellen ermittelt und verhaftet worden. Das Corpus delicti wurde noch in seinem Besitz vorgefunden.

\* [Die Lungenheule] ist in Rabardorf, Kr. Neumarkt, erloschen und die Spermaheule ist aufgehoben worden.

\* [Siedbrieffliche Verfolgung.] Der frühere Mitdirector der Grünberger Actien-Bierbrauerei und Spiritfabrik, G. Pögelow, wird von der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens wider § 307 der Concurs-Ordnung siedbriefflich verfolgt. — Dieser Paragraph lautet: „Die Vorsteher einer Actien-Gesellschaft, welche ihre Zahlungen eingestellt hat, werden mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft, wenn die Anzeige von der Zahlungs-einstellung der Gesellschaft nicht vorchriftsmäßig erfolgt ist.“ (Rtbl.)

s. Waldenburg, 21. Januar. [Prämie auf die Entdeckung eines Mörders. — Tableau. — Reaccination. — Turnverein.] Laut Kreisblatt hat die königl. Regierung Demjenigen, welcher den Mörder der auf dem alten Berge bei Freiburg als Leiche aufgefundenen unbekannten Klotze aus Salzbrunn so anzugeben vermag, daß seine gerichtliche Verhaftung herbeigeführt werden kann, eine Prämie von 100 Thlr. zugesichert. Das Landrathamt fordert alle diejenigen, welche irgend welche Auskunft über die Person des Mörders zu geben vermögen, auf, hieron entweder direct der Staatsanwaltschaft in Schweidnitz oder der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen. — Nach dem seitens des königl. Landrathamtes veröffentlichten Tableau wird der Kreis Waldenburg in 33 Amtsbezirke, nämlich in die Bezirke

Adelsbach, Polanitz, Fürstenstein, Sorgan, Ober-Salzbrunn, Hochwald, Weisstein, Nieder-Hermsdorf, Altälsig, Wildberg, Görbersdorf, Altfriedland, Hornschloß, Langwaltersdorf, Donnerau, Tannhausen, Nieder-Wüstegiersdorf, Ober-Wüstegiersdorf, Ober-Audolphswaldau, Wolfzberg, Wüstewaltersdorf, Hohe Gule, Michelsdorf, Hausdorf, Wärsdorf, Charlottenbrunn, Dittmannsdorf, Neupendorf, Neuhaus, Dittersbach, Ober-Waldenburg, Altwasser und Seitendorf eingetheilt. Die Einwohnerzahl sämtlicher Amtsbezirke beträgt 81,720 Seelen, der Flächeninhalt 36,187 Sectaren und der Jahresbetrag der directen Staatssteuern 94,860 Thlr. — Um eine größere Betheiligung als dies bisher der Fall gewesen, bei der Reaccination herbeizuführen, sind die Lehrer an den städtischen und ländlichen Schulen seitens der königl. Regierung angewiesen worden, die Namen derjenigen Kinder, welche im Laufe des Jahres das zehnte Lebensjahr vollenden, in eine Liste einzutragen, diese bis zum 15. Februar jeden Jahres an das Landrathamt einzusenden, für die öffentlichen Impfstermine die Schullocale bereit zu halten und der Feststellung der Kinder zu diesen Terminen beizuwohnen. — In der letzten Turnvereins-Sitzung wurde Buchdruckermeister Domel zum Vorsitzenden gewählt.

A. Jauer, 21. Jan. [Zur Tageschronik.] Nachdem die meisten Kreise und Städte Schlesiens bereits Denkmäler zum Gedächtniß der in dem letzten ruhm- und siegevollen Kriege Gefallenen bezeugen, werden auch hier endlich Anstrengungen gemacht, ein solches zu errichten. Die Initiative hierzu ergriß der hiesige Kriegerverein auf Anregung seines derzeitigen Präses, des Herrn Post-Secretär, Lieutenant a. D. Legimeyer. Die Mitglieder dieses Vereins haben theils einmüthig freiwillige Beiträge gezehnet, theils sich zu fortwährenden Zahlungen verpflichtet; außerdem ist einem zusammengetretenen Comite ein schon von dem Kriege 1866 her aufgesamelter Fond übergeben worden, auch sollen die Kreisstände eine nicht unbedeutende Summe zu dem beregten Zweck beigesteuert haben. Der hiesige Männergesangsverein „Niedertafel“ giebt heute ein Concert, dessen Ertrag der Denkmalskasse ebenfalls zufließen wird. Dieses soll, wie wir hören, in würdiger Weise hergestell werden und ist auf circa 3000 Thlr. veranschlagt. Ehe diese Summe erreicht wird, dürften noch einige Jahre verstreichen. — In unserer östlichen Vorstadt erhebt sich ein stattlicher Neubau, das königl. Garnisonlazareth; es liegt in dem gedundelten Theil der Stadt und giebt in seiner ganzen baulichen Einrichtung einen Beweis der sorgfamen Liebe, mit welcher die erkrankten Söhne des Vaterlandes gepflegt werden. Ihm gegenüber erbauen die Stadt und Kreisstände ebenfalls ein neues Kreislazareth; zwei gewichtige Zeugen der fortschreitenden Humanität. — Am letzten Sonntage ist auch hier die Wahl von 30 Vertretern der evangel. Kirchengemeinde vollzogen worden. Diese und die 12 Aeltesten werden zum nächsten Sonntag zu ihren Aemtern in der Friedenskirche feierlich verpflichtet werden.

—gl— Gogolin, 21. Jan. [Der Krieger-Verein zu Gogolin] hat mehrere seiner Mitglieder, welche sich ultramontanen Gesinnungen hingaben und auch gegen Kaiser und Reich gestimmt haben, aus seinem Schooße gestochen. Auch hat er mit der Ueberreichung eines Ehren diploms zurückgehalten, das einem Manne übermittle werden sollte, der ungeachtet seiner öffentlichen Stellung zu den Häuptern des Ultramontanismus zählt. — Das Dienstmädchen Marie Schampel aus Oppeln stürzte in diesen Tagen in den Mühlgraben zu Oppeln und ging unter das Gerüthe der königlichen Wassermühle. Sie wurde durch die Näher an Kopf verwundet und würde ihren Tod durch das Ertrinken gefunden haben, wenn nicht der Arbeiter Christel in das eisige Wasser gesprungen wäre und sie an das Land gebracht hätte.

## Handel, Industrie u.

24 Breslau, 22. Januar. [Von der Börse.] Die Stimmung der Börse war ziemlich fest, doch herrschte totale Geschäftslosigkeit. Für Fonds war lebhaft Nachfrage bei mangelndem Angebot, auch einzelne Bankactien wurden per Kasse höher bezahlt, dagegen waren alle Speculationspapiere vollkommen leblos. Creditactien per ult. 142 1/2 bez.; Lombarden 95 bez. Schles. Bankverein 114 1/2 — 115 bez. u. Br.; Breslauer Diskontobank 79 — 79 1/2 bez. u. Bd.; Breslauer Wechselbank 67 Br.; Breslauer Maklerbank 77 Br. — Eisenbahnen still. Von Industripapieren waren Laurahütte pr. ult. 173 bez. u. Bd.

Breslau, 22. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleeaat, rothe, unverändert, ordinäre 10 1/2 — 11 1/2 Thlr., mittlere 12 — 13 Thlr., feine 13 1/2 — 14 1/2 Thlr., hochfeine 14 1/2 — 15 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr. — Kleeaat, weiße, fest, ordinäre 12 — 14 Thlr., mittlere 15 — 17 Thlr., feine 18 — 19 1/2 Thlr., hochfeine 20 — 22 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, gef. — Ctr., pr. Januar 61 1/2 Thlr. Br., Januar-Februar 61 1/2 Thlr. Br., Februar-März 62 Thlr. Br., März-April —, April-Mai 62 1/2 — 63 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 63 1/2 — 64 Thlr. bezahlt, Juni-Juli —.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 88 Thlr. Br. Gerste (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 67 Thlr. Br.

Safer (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr., pr. Januar 55 Thlr. Br., pr. April-Mai 54 1/2 — 55 Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni 55 Thlr. bezahlt.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 84 Thlr. Br. Rübsöl (pr. 100 Kilogr.) matt, gef. — Ctr., loco 19 1/2 Thlr. Br., pr. Januar 19 1/2 Thlr. Br., Januar-Februar 19 1/2 Thlr. Br., Februar-März 19 1/2 Thlr. Br., März-April —, April-Mai 19 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 19 1/2 Thlr. Br., September-October 20 1/2 Thlr. Br.

Spiritus (pr. 100 Liter a 100 %) matter, gef. 15,000 Liter, loco 21 1/2 Br., 21 1/2 Thlr. Bd., pr. Januar und Januar-Februar 21 1/2 — 21 1/2 Thlr. bezahlt und Br., April-Mai 22 — 21 1/2 Thlr. Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni —, Juli-August 22 1/2 Thlr. bezahlt und Br.

Spiritus loco (pr. 100 Quart bei 80 %) 19 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf. Br., 19 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. Bd.

Zink ohne Umslag.

## Die Börsen-Commission.

Breslau, 22. Januar. [Hypotheken- und Grundstücks-Bericht von Carl Friedländer.] Da seit Ende December der Geldstand für sichere Hypotheken außerordentlich flüssig ist, war in den letzten Wochen das Hypothekengeschäft sehr umfangreich und wurde namentlich mit demjenigen Material, welches die letzte Bauaufgabe dem Hypothekemarkte zugeführt hatte, sofern es sich zur Begebung überhaupt eignete, ziemlich geräumt. Auch in vergangener Woche waren die Umsätze noch sehr bedeutend, doch macht sich allmählig schon Mangel an brauchbarem Material um so mehr geltend, als am Neujahrstermin wenig Ründigungen erfolgt zu sein scheinen. Der Zinsfuß für erste Stüde stellt sich auf 5 pCt., zweite Hypotheken lassen sich bei wenig höherem Zins verjoren.

Für das Grundstück-Geschäft scheinen die nächsten Wochen einige Besserung herbeizuführen zu wollen; es lassen hierauf weniger die noch immer spärlichen Besitzveränderungen, als die an vielen Stellen mit sehr regem Gifer geführten Unterhandlungen schließen. Kaufslustige haben in den letzten Monaten trotz der großen Geschäftsstille nicht gefehlt, und führten die hohen Preisforderungen selten zu Abschläffen; seit jedoch dem allgemeinen Wohnungsmangel etwas abgesehen ist, halten viele Hausbesitzer es an der Zeit zu verkaufen und lassen sich weit eher, als früher auf Preisermäßigungen ein. Es ist daher leicht möglich, daß in den nächsten Wochen das Grundstück-Geschäft einige Lebhaftigkeit gewinnt.

ff. [Börsenschiedsgericht.] Seit dem Jahre 1852 besteht an hiesiger Börse ein Schiedsgericht, welches in den letzten Jahren durch den Umfang seiner Thätigkeit und durch seine prompten und gediegenen Urtheilsprüche eine hohe Bedeutung erlangt hat. Ursprünglich war das Schiedsgericht von der Handelskammer eingesetzt worden, um Streitigkeiten zu schlichten, welche aus den an der Börse eingegangenen Geschäften herrührten, und die Börsenbesucher wurden durch Unterzeichnung der „Bedingungen zur Theilnahme an den allgemeinen Börsen-Versammlungen“ verpflichtet, sich dem Urtheilsprüche des Schiedsgerichts zu unterwerfen. Als Schiedsrichter fungirten damals die Börsen-Commissarien, von denen mindestens die Hälfte zur Fällung eines gültigen Schiedspruches anwesend sein mußten. Gegen das Urtheil stand der Recurs an die Handelskammer offen. Mit dem Inkrafttreten des Börsen-Reglements vom 3. December 1859, durch welches die Börse als eine öffentliche Anstalt seitens der Staats-Regierung anerkannt worden war, erreichte inessen diese Einrichtung ihre Endgültigkeit. Denn die Regierung verbot die Einfügung der Schiedsgerichtsbestimmungen in das Reglement ihrer Zustimmung, indem sie von der Ansicht ausging, daß dadurch den Börsenbesuchern ein Zwang auferlegt würde, der mit dem öffentlichen Charakter der Börse unvereinbar sei. Das Schiedsgericht hatte jedoch durch seine bisherigen günstigen Erfolge so an Beliebtheit gewonnen, daß die Handelskammer sich veranlaßt sah, das Institut aufrecht zu erhalten und die Schiedsgerichts-Bestimmungen in die Schlußheft-Formulare für Getreide, Rübsöl, Spiritus, Fonds und Effecten aufzunehmen. Nachdem das Institut in dieser Form eine Zeit lang in Thätigkeit gewesen war, stellte sich abermals die Nothwendigkeit einer Reform desselben heraus; insbesondere führten



die Bestimmungen, daß die Börsen-Commission als erste und die Handelskammer als zweite Instanz fungieren, zu mancherlei Differenzen theils mit den Parteien, theils mit der Königl. Regierung, welche in Betreff der Handelskammer eine solche Thätigkeit für unzulässig erklärte. Die Constitution des Schiedsgerichts wurde nun in der Weise geändert, daß das Verfahren auf eine Instanz beschränkt, als wählbare Schiedsrichter die Mitglieder der Handelskammer und Börsen-Commission bezeichnet und den Parteien aufgegeben wurde, aus der Zahl dieser je einen Richter zu wählen; die solcher- gestalt gewählten Schiedsrichter hatten sich dann über einen dritten als Obmann zu verständigen. In dieser Verfassung nun ist das Börsen-Schiedsgericht bis heute verblieben, seine Thätigkeit beschränkt sich jedoch nicht auf die aus Schlußgeschäftsführern organisierten Klagen, sondern erstreckt sich auch auf andere civilrechtliche Streitigkeiten, sobald sie aus Börsengeschäften herkommen und die Parteien durch ein Compromiß sich dem Schiedsgericht unterwerfen. Verweigert in solchen Fällen der Verklagte die Anerkennung des Gerichts, so wird er in ein sog. „schwarzes Buch“ eingetragen, was zur Folge hat, daß von ihm fortan keine Klagen mehr zur Verhandlung angenommen werden.

Wie erheblich das Börsenschiedsgericht an Umfang gewonnen hat, ergeben die folgenden statistischen Notizen. Es wurden anhängig gemacht: 1867: 124, 1868: 141, 1869: 165, 1870: 224, 1871: 164, 1872: 228, 1873: 239 Prozesse, von diesen kamen wegen mangelnden Compromisses oder aus anderen Gründen nicht zur Verhandlung 1867: 22, 1868: 23, 1869: 33, 1870: 66, 1871: 32, 1872: 25, 1873: 31. Von den zur Verhandlung gelangten Prozessen wurden erledigt, durch Zurücknahme der Klage: 1867: 40, 1868: 49, 1869: 52, 1870: 76, 1871: 52, 1872: 84, 1873: 77; durch Auerkenntnis oder Vergleich: 1867: 22, 1868: 29, 1869: 20, 1870: 40, 1871: 22, 1872: 19, 1873: 27; durch Contumacia resp. contradictorisches Erkenntnis 1867: 33, 1868: 39, 1869: 50, 1870: 31, 1871: 48, 1872: 73, 1873: 88. Die Hilfe des ordentlichen Gerichts wurde in Anspruch genommen zur Zeugenernehmung 1867: 6, 1868: 3, 1869: 2, 1870: 3, 1871: 4, 1872: 23, 1873: 7 Mal; zur Abnahme von Parteieiden 1867: 5, 1868: 3, 1869: 2, 1870: 2, 1871: 4, 1872: 12, 1873: 11 Mal; zur Executionsvollstreckung 1867: 5, 1868: 2, 1869: 0, 1870: 3, 1871: 2, 1872: 3, 1873: 24 Mal. — In denjenigen Fällen, wo sich der Verklagte dem Schiedsgericht nicht unterworfen hat, sieht dem Kläger noch der Weg offen, auf Grund des § 18 der Börsenordnung bei der Börsencommission den Antrag zu stellen, den Verklagten bis zur Erfüllung seiner an der Börse eingegangenen Verbindlichkeiten vom Börsenbuche auszuscheiden. Von diesem Rechte ist bisher nur mäßig Gebrauch gemacht worden und nur selten kam es zur Vollstreckung des Börsenausschlusses, weil die Betroffenen dadurch meistens so empfindlich in ihrem Erwerb beeinträchtigt werden, daß sie — wenn irgend möglich — einen Vergleich mit dem Kläger herbeizuführen suchen.

Die Schiedsrichter üben ihre oft nicht leichten und mit persönlichen Unannehmlichkeiten verknüpften Pflichten unentgeltlich, häufig kommt es vor, daß sie dabei in außerordentlicher Weise in Anspruch genommen werden (im Monat Januar 1873 wurden beispielsweise 91 Prozesse bei dem Schiedsgericht anhängig gemacht und die Zahl der im vorigen Jahre abgehandelten Audienstermine belief sich auf 239); Anerkennung und Dank der Berufsangehörigen gebührt dafür den Männern, welche sich unermüdet diesen Functionen unterziehen.

**Berlin, 21. Jan.** [Centralbank für Bauten.] In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Actionäre der Centralbank für Bauten, die von 54 Personen, welche 1354 Stimmen repräsentierten, besucht war, wurde der Antrag auf Reduction des Capitals durch Zusammenlegung von je 5 Interimsscheinen à 40 pCt. zu zwei Vollactien mit 1231 gegen 123 Stimmen angenommen.

**ff. [Getreidetransporte.]** In der Woche vom 11. bis 17. Januar d. J. gingen in Breslau ein:

Weizen: 1583,46 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 1645,44 Ctr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 2509,85 Ctr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 272 Ctr. über die Freiburger Bahn.

Roggen: 5129,83 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 19528,16 Ctr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien.

Gerste: 555,87 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 864,10 Ctr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 1655,18 Ctr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 287 Ctr. über die Freiburger Bahn.

Safer: 4165,05 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 955,12 Ctr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:

Weizen: 807 Ctr. nach der Freiburger Bahn.

Roggen: 3058,40 Ctr. nach der Oberschlesischen Bahn resp. Nachbarbahnen, 10181 Ctr. nach der Freiburger Bahn.

Safer: 741 Ctr. nach der Freiburger Bahn.

**\*\* Berlin, 21. Januar.** [Marktbericht über Bergwerks-Produkte und Metalle.] Die Festigkeit im Metallmarkt dauerte in vergangener Woche fort, und wenn auch die Kaufkraft noch nicht besonders hervorzuheben ist, so kann man doch eine Wendung zum Besseren registrieren. — Kupfer. In England fest. Chili 82 bis 83 Pfd. Sterl. Wallaro 93 Pfd. Sterl. 10 Sh. Armenita 94 Pfd. Sterl. Hiesiger Preis für engl. Marken 31½—32 Thlr. pr. Ctr. Mansfelder Garkupfer 31½ Thlr. pr. Ctr. Raffinade 32½ Thlr. pr. Ctr. Caffa ab Hütte. Detailpreise 1—1½ Thlr. höher. Bruchkupfer 26—27 Thlr. loco pr. Ctr. — Zinn fest. Banca in Holland 72—74 Sh. Hier Bancazinn 43½ bis 44 Thlr. pr. Ctr. Straits in England 120—121 Sh. Hier Prima Lammzinn je nach Qualität 42 bis 43 Thlr. pr. Ctr. Secunda desgleichen 37½ Thlr. pr. Ctr. Im Einzelverkauf verhältnismäßig höhere Preise. Bruchzinn 30 Thlr. pr. Ctr. — Zink ruhig, im Preise fest. In Breslau W. H. von Giesches Erben 9 Thlr., geringere Marken 8½ bis 8¾ Thlr. pr. Ctr. In London 26 Pfd. St. 5 Sh. Hier am Platze erlere 9½ bis 9¾ Thlr., letztere 8¾—9 Thlr. pr. Ctr. Im Detail verhältnismäßig höher. Bruchzinn 5—5½ Thlr. loco pr. Ctr. — Blei fest. Larnowitzer so wie von der Paulshütte, G. von Giesches Erben ab Hütte 7¾ Thlr. pr. Ctr. Raff. loco hier 8¾ Thlr. Harzer und Sächsisches 8¾ Thlr. Detailpreise verhältnismäßig höher. Spanisches San Andres und San Louis 8¾—9¾ Thlr., für Marke Rain u. Co. fehlen noch immer Zufuhren. Bruchblei 5½ bis 6 Thlr. loco pr. Ctr. — Roheisen. Der Markt in Glasgow verbleibt in fester Stimmung. Warrants 106 Sh. 9 P. Verdrückungseisen ruhig. Ranglean und Coltness 114—117 Sh. f. a. B. Glasgow. Hiesige Lagerpreise für gute und beste schottische Marken 68—73 Sgr. pr. Ctr. Englisch-Roheisen 57—60 Sgr. pr. Ctr. Oberschlesisches Coats-Roheisen 47—48 Sgr. pr. Ctr. Gieserei-Roheisen mit 55 Sgr. pr. Ctr. Weißes Polz-Roheisen wird loco Osen mit 54 Sgr. pr. Ctr. angeboten. — Bruch-Eisen. Je nach Qualität 1—1½ Thlr. loco pr. Ctr. — Stab-Eisen. Gemaltes bei größeren Abzügen — in geschlossenen Specificationen — geringere Marken 3½—3¾ Thlr. pr. Ctr. ab Werk, beste Marken verhältnismäßig höher. Schmiedeeisen bis 4½ Thlr. pr. Ctr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger 5—6½ Thlr. loco pr. Ctr. je nach Dimension. — Eisenbahnwagen. In Baumwegen geschlagene 2½—3 Thlr., zum Verwalzen Preise nominell 2 Thlr. pr. Ctr. — Kohlen und Coaks unverändert. Engl. Anthracit nach Dual werden hier 27—31 Thlr., Coaks bis 31 Thlr. pr. 40 Hectoliter bezahlt. Schlesiener und Westphälischer Schmied-Coaks 22—26 Sgr. pr. Ctr. loco hier.

**B. Stettin, 21. Jan.** [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: schön. Temperatur + 7° R. Barometer 28 1/4". Wind: SW. — Weizen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco gelb. 74—86½ Thlr. bez., weißer 82—89½ Thlr. bez., pr. Januar 86 Thlr. nom., pr. Frühjahr 87—86½—87—86½ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 86½ Thlr. bez., pr. Juli-August 86—85½—86½ Thlr. bez., 86 Thlr. Br. u. Gld. — Roggen matter, pr. 2000 Pfd. loco ruff. 60—62 Thlr. bez., inländ. 62—66 Thlr. bez., pr. Januar 61½ Thlr. nom., pr. Januar-Februar 61½ Thlr. Gld., pr. Frühjahr 61½—61 Thlr. bez. u. Gld., 61½ Thlr. Br., pr. Mai-Juni 61½—61 Thlr. bez. u. Gld., pr. Juni-Juli 61 Thlr. bez., pr. Juli-August 60—59½ Thlr. bez., pr. September-October 58½ Thlr. Br. — Gerste ohne Handel. — Hafer ohne Handel. — Erbsen ohne Handel. — Wintererbsen pr. 2000 Pfd. loco 80—82½ Thlr. bez., pr. März-April 86—85½ Thlr. bez., 86 Thlr. Br. u. Gld., pr. Septbr.-Octr. 92½—94 Thlr. bez., 92½ Thlr. Br. u. Gld. — Rübsöl flau, pr. 200 Pfd. loco vom Lager 19½ Thlr. Br., pr. Januar u. Januar-Februar 18½ Thlr. bez. u. Br., pr. April-Mai 19½—19 Thlr. bez., pr. Septbr.-Octr. 20½ Thlr. bez. u. Br. — Spiritus Anfangs fest, Schluß matter, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 20½ Thlr. bez., pr. Januar u. Januar-Februar 21½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 21½—21 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 22—21 Thlr. bez. u. Br., pr. Juni-Juli 22½—21 Thlr. bez., pr. Juli-August 22½ Thlr. bez., pr. August-Septem-ber 22½ Thlr. bez. — Petroleum loco 4½ Thlr. Br., pr. Januar 4½ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 4½ Thlr. bez. u. Br., pr. Septbr.-October 4½ Thlr. Br., 4½ Thlr. Gld.

Angemeldet: 1000 Ctr. Roggen, 100 Ctr. Rübsöl, 400 Faß Petroleum.

Regulirungspreise: Weizen 86, Roggen 61½, Rübsöl 18½, Spiritus 21½, Petroleum 4½ Thlr.

**Heutiger Landmarkt:** Weizen pr. 25 Schfl. 80—89 Thlr., Roggen pr. 25 Schfl. 62—68 Thlr., Gerste pr. 25 Schfl. 52—58 Thlr., Hafer pr. 25 Schfl. 32—36 Thlr., Erbsen pr. 25 Schfl. 64—70 Thlr., Kartoffeln pr. 25 Schfl. 13—17 Thlr., Heu pr. Ctr. 25—30 Sgr., Stroh pr. Schock 6 bis 8 Thlr.

**Posen, 21. Januar.** [Producten-Bericht von Lewin Berwin Sohn.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) matt. Rindungspreis 63¼. Gef. — Wapl. Januar 63¼ bez. u. Gd., Januar-Februar 63¼ bez. u. Gd., Februar-März 63¼ bez. u. Gd., April-Mai 63¼ bez. u. Gd., Frühjahr 63¼ bez. u. Gd., Mai-Juni 63¼—63½ bez. u. Gd., Juni-Juli 63¼ Gd., Juli-August 62½ Br. — Spiritus: pro 10,000 Liter %. Gelbfärböl. Rindungspreis 20¾. Gef. — Liter. Januar 20¾ bez. u. Gd., Februar 21¼ bez. u. Gd., März 21¼ Gd., April 21¼ Br., April-Mai 21¼ bez. u. Br., Mai 21¼ Br., Juni 22 Br., Juli 22½ Br., August — Vom 1. Juni 1874 ab werden Gebinde à 1 Thlr. 10 Sgr. pr. 100 Liter Rauminhalt berechnet.

**Posener Markt-Bericht.** Weizen: beachtet, pro 1050 Kilogramm feiner 87—92 Thlr., mittel 82—85 Thlr., ordinär und defect 80—82 Thlr. — Roggen: begehrt, pro 1000 Kilogramm, feiner 68—70 Thlr., mittel 64—65 Thlr., ordinär 62—63 Thlr. — Gerste: gefragt, pro 925 Kilogramm, feine 56—58 Thlr., mittel und ordinär 52—54 Thlr. — Hafer: gefragt, pro 625 Kilogramm, feiner 35—36 Thlr., mittel und defect 22—24 Thlr. — Erbsen: offerirt, pro 1125 Kilogramm, Koch- u. Erbsen 64—66 Thlr., Futter- u. Erbsen 59—61 Thlr. — Lupinen: gefragt, pro 1125 Kilogramm, gelbe 50—55 Thlr., blaue 47—50 Thlr. — Weizen: begehrt, pro 1125 Kilogramm, 45—50 Thlr. — Leinsamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogramm, 75—85 Thlr. — Delsaaten: feiner, pro 1000 Kilogramm, Raps und Rübsen 75—78 Thlr. — Buchweizen: geschäftlos, pro 75 Kilogramm, 50—55 Thlr. — Feinste Waare über Notiz. — Wetter: Regnerisch.

**Liverpool, 21. Januar.** Wollauktion. Die gestern begonnene Auktion ostindischer Wolle eröffnete stetig zu beinahe unveränderten Novemberpreisen. Es waren ungefähr 10,000 Ballen zum Verkauf angeboten.

**Mr. 4 des 15. Jahrganges der „Schles. Landwirtschaftlichen Zeitung“** (Verlag von Eduard Treuendt in Breslau) enthält: Mittel zur Beförderung der Dienstboten. Von Dr. Lbbe. — Zur Hebung der Rindviehzucht, speciell der schlesischen. — Ueber Darmeinziehungen bei unseren Hauschieren. Von Werten. — Die Homöopathie in ihrer Anwendung zur Behandlung kranker Thiere. Von Dr. T. (Fortsetzung und Schluß). — Viehbestand Preussens (Eich und Schöningen ausgenommen). — Milchgebende Ralbinen. — Briefe eines Giesls aus Oesterreich. Was rentirt in Karlofeldstrichen höher: die Spiritusbrennerei oder die Stärkefabrication? — Jagd- und Sportzeitung. Das Pferdennen in Breslau 1874. — Die Repörden. — Die Jagd in der Gölzde. — Mannigfaltiges. — Auswärtige Berichte: Hosenbericht. — Literatur. — Wochenkalender. — Verichtigung. — Landwirtschaftlicher Anzeiger: Sopfenbau in Deutschland. — Eine neue Krankheit der Fuderriiben. — Verbesserungen an den Dampf-Dreschmaschinen. — Warnung vor sog. „Aukereuropäischem Guano“. — Feldfriebe. — Trichinen-Krankheit. — Für die Zuchtvieh-Auktion im Mai 1874. — Berliner-Stärkebericht. — Berliner-Viehmarkt. — Breslauer-Schlachtviehmarkt. — Wiener-Schlachtviehmarkt. — Posener Wochenbericht. — Magdeburger Marktbericht. — Dresdener Wochenbericht. — Trautenaues Flachsmarkt. — Trautenaues Garnmarkt. — Manchesterer Garne und Stoffe. — Breslauer Producten-Wochenbericht. — Inzerate.

#### Concurs-Gröffnungen.

Ueber das Vermögen 1) des Restaurateurs Franz Nam zu Reichenbach in Schlesien. Einstweiliger Verwalter der Masse Kaufmann Otto Paulsch in Reichenbach. Erster Termin: 31. Januar. — 2) Des Kaufmanns Joseph Deluzsynski in Rogasen. Tag der Zahlungs-Einstellung: 1. Januar 1874. Einstweiliger Verwalter: Alffessor v. Sprockhoff in Rogasen. Erster Termin: 31. Januar. — 3) Des Kaufmanns K. W. Rosenow in Neu-Stettin. Tag der Zahlungs-Einstellung: 9. December 1873. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann L. Behrend. Erster Termin: 29. Januar.

Auswärtige Fallimente: Die Metallmacher und Kaufleute Burrs u. Co. in London haben in Folge starker Verluste mit Passiven im ungefähren Betrage von 500,000 Thlr. ihre Zahlungen eingestellt. — In Manchester hat sich die Commissions-Firma Wilson und Story für insolvent erklärt.

#### Verloosungen.

[Aussische Prämien-Anleihe von 1864.] Verloosung vom 13. Januar 1874.

Gewinne von 500 Rubel:			
Serie.	Billet.	Serie.	Billet.
118	46	4412	30
134	8	4625	25
259	1	4666	6
288	10	4693	10
386	13	4701	13
408	35	4708	5
446	40	5213	31
456	23	5226	30
468	1	5352	41
542	17	5533	29
612	16	5557	7
687	12	5659	28
779	16	5843	14
851	14	6090	50
959	13	6125	43
971	20	6309	19
989	18	6325	20
1199	12	6412	4
1212	40	6424	45
1219	23	6477	32
1233	30	6518	23
1261	45	6619	41
1286	14	6621	14
1438	37	6732	23
1443	8	6960	44
1495	32	6998	43
1835	16	7050	29
1886	28	7132	44
1888	27	7176	1
1908	47	7181	32
2038	25	7289	50
2054	41	7290	33
2105	32	7291	26
2177	41	7299	11
2529	49	7401	31
2545	21	7472	17
2564	50	7507	19
2624	49	7815	30
2690	9	7815	35
2704	41	7887	2
2744	18	7943	12
2841	15	7948	3
2926	15	7969	38
2932	7	8015	40
3062	28	8166	6
3199	1	8170	10
3276	35	8198	34
3281	13	8237	40
3424	18	8429	23
3483	36	8700	48
3507	42	8921	26
3548	13	8934	45
3549	43	9039	1
3560	31	9047	43
3593	5	9074	14
3612	1	9198	39
3645	44	9293	40
3701	21	9442	12
3726	46	9456	45
3808	11	9515	2
3967	33	9541	37
3984	37	9548	24
4299	48	9568	36
4313	42	9572	47
4337	50	9737	47

Bei der Amortisations-Ziehung wurden folgende Serien gezogen:

Nr. 62 359 1236 1666 1715 1735 2008 2125 2762 2809 3327 3794

4181 5293 5331 7627 7658 7867 8286 8327 8425 8807 9114 9395 9876 9952 10080 10378 10438 10657 11056 11457 11703 11773 12075 12950 13034 13839 13950 14452 14794 15524 15612 15613 15921 16393 16728 17505 17668 17952 18829 19134.

**Generalversammlung.** [Provinzial-Actien Bank des Großherzogthums Posen.] Außerordentliche Generalversammlung am 19. Febr. in Posen. (f. Jui.)

**Ausweise.** Paris, 22. Januar. [Bankausweis.] Baarvorrath, Jun. 1,241,000. Portefeuille mit Ausnahme der gefehachten verlängerten Wechsel, Abn. 49,597,000. Vorschüsse auf Metallbarren, Abn. 159,000. Notenumlauf, Abn. 47,251,000. Guthaben des Staatschages, Abn. 152,000. Laufende Rechn. der Privaten, Jun. 4,168,000. Schuld des Staatschages, Abn. 10,705,000.

**London, 22. Januar.** [Bankausweis.] Totalreserve 12,288,231 Pfd. Sterl., Notenumlauf 25,785,165 Pfd. St., Baarvorrath 23,073,396 Pfd. St., Portefeuille 16,719,458 Pfd. St., Guth. der Privaten 20,586,533 Pfd. St., Guth. des Staatschages 4,854,941 Pfd. St., Notenreserve 11,539,110 Pfd. St. Procentverhältnisse der Reserve zu den Passiven 47 1/10.

#### Vorträge und Vereine.

**H. Breslau, 21. Januar.** [Gewerbe-Verein.] Die gestern Abend abgehaltene allgemeine Versammlung wurde von Herrn Stadtrath Sipauf geleitet und von dem Vereinssecretär, Dr. Fiedler, mit verschiedenen Mittheilungen eröffnet. Außer einigen anderen eingegangenen Schriftstücken legte derselbe die Protokolle über die Verhandlungen des am 23. bis 25. October v. J. in Leipzig abgehaltenen zweiten allgemeinen deutschen Handwerker-tages, sowie das Programm einer für die Tage vom 13. bis 21. Juni cr. in Bremen zu veranstaltenden internationalen landwirtschaftlichen Ausstellung vor; sodann theilte Herr Dr. Fiedler die zweite Hälfte des bereits in der vorigen Sitzung zum Vortrag gelangten Berichtes eines Delegirten des Central-Gewerbe-Vereins über die Span- und Porzellanwaaren auf der Wiener Weltausstellung mit. Ein neuerdings eingegangener weiterer Bericht eines Kupferhieses wird als der beste der bisher eingegangenen Berichte bezeich- net. Doch bejogte der Einsender die Weltausstellung nicht auf Kosten des Central-Gewerbe-Vereins, sondern mit den Mitteln eines ober-schlesischen Provinzialvereins. — Nach diesen Mittheilungen hielt Herr Gymnasiallehrer Dr. Behlo einen anziehenden und instructiven, von zahlreichen Experimenten begleiteten Vortrag über das Alizarin.

**h Breslau, 21. Jan.** [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Aus der gestern Abend im Café restaurant abgehaltenen Vorstands- und Ausschussung theilen wir mit, daß der Vorsitzende Herr Prorektor, Professor Dr. Carlstaedt anzeigte, daß die Unterrichtsstunden in der Fortbil- dungs-schule des Vereins am nächsten Sonnabend, den 24. d. M., von Herrn Lehrer Ottmann mit den Rechnenstunden beginnen werden, und zwar in dem Klassenzimmer Nr. 3, dessen Benutzung und Beleuchtung der Magistrat, wie dem Herrn Vorstehen (allerdings erst außerordentlich) bekannt worden ist, bewilligt hat. Von dem Vorstand des Gewerbevereins ist noch keine Antwort über Betheiligung der Vereinsangehörigen eingegangen. Es werden nun die drei zu Stande gekommenen Lectiuncurse des Herrn Lehrer Ott- mann und den des Herrn Director Dr. Bach in der Geschichte am 29. Janu- ar, die des Herrn Prof. Dr. Carlstaedt in dem Deutschen am 26. d. M. beginnen. Herr Director Bach wird den Geschichts-Unterricht stets nach einem Lehrbuch, in Anlehnung an Schillers Gedichte ertheilen und hat Herr Buchhändler W. Köbner der Fortbildungsschule 12 Exemplare von Schillers Gedichten geschenkt. Außerdem hat der hier betanbende „Verein ohne Zensur“ bei seiner Auflösung dem „Humboldt-Verein“ aus seiner ehemaligen Vereins- kasse 18 Thlr. als Geschenk überwiesen, was mit Dank entgegen genommen wird. Die nächste gefellige Monats-Versammlung ist auf künftigen Dinstag, den 27. d. M. festgesetzt und werden außer einem nach festzustellenden Vor- trag in derselben Mittheilungen, Fragen und mikroskopische Demonstrationen die Tagesordnung bilden.

#### Telegraphische Depeschen.

**Berlin, 22. Jan.** Dr. „Reichsanzeiger“ schreibt: Nachdem die durch Lamarmora veröffentlichten angeblichen Depeschen Corones in Folge neuerer Besprechungen derselben von eingeweihten Personen einer näheren Prüfung unterzogen wurden, hat sich letzteren die Ueberzeu- gung aufdrängen müssen, daß die fraglichen Depeschen gefälscht, wo nicht ganz erfunden sind, da sie sich mit den hier gepflogenen Ver- handlungen weder dem Gegenstande noch der Reihenfolge nach decken. Vorläufige Anfragen bei der italienischen Regierung ergaben, daß die von Lamarmora angeführten angeblichen Depeschen im italienischen Archiv gar nicht vorhanden sind und über die Grenzgen, den Inhalt und Verbleib etwaiger derartiger Berichte dort nichts bekannt ist. Das vom Abgeordneten Schorlemer am 17. Januar von dem Abgeordneten- hause citirte Billet Usedom vom 12. Juni 1866 dagegen ist seinem vollem Inhalte nach bekannt. Bei der Wiedergabe desselben sind von La- marmora nach den Worten „par rapport à l'affaire hongroise“ die Worte unterdrückt „pour laquelle votre Excellence a bien voulu m'adresser mr.“ Der hier einzuweisen von uns nicht genannte Name ist der eines hervorragenden Führers der ungarischen Emigration. Lamarmora hat das in seinen Händen befindliche Acten- stück in dieser Weise verflummelt, weil jene Vortezallein schon seine auch anderweit leicht zu widerlegende Behauptung entkräften, daß er mit der ungarischen Bewegung in keiner Beziehung gestanden sei.

**München, 22. Januar.** Die Reichskammer stimmte der Modifi- cation des Gesetzes über die Entlastung der Schwurgerichte zu. Der Antrag Böls, beim Bundesrathe auf Erhaltung der Schwurgerichte hinzuwirken, wurde wegen Competenzmangel mit 28 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für den Bölschen Antrag sprach nur Fürst Hohenlohe.

**Paris, 22. Jan.** Der öffentliche Verkauf und der Colportage- Vertrieb der „Opinion Nationale“ wurde verboten. Als Grund der Maßregel wird angegeben ein Artikel der heutigen Nummer, der ge- eignet sei, die öffentliche Meinung aufzuregen, und ein verläumderisches Exposé betrefß der von der Regierung gegenüber dem Auslande beobachteten Politik.

#### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

**Paris, 22. Januar.** Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Dep. d. Bresl. Jtg.) 3pt. Rente 58, 17. Neueste 5pt. Anleihe 1872 93, 17. dt. 1871 93, 15. Italien. 5pt. Rente 59, 45. dt. Tabaks-Actien —. —. Oesterreichische Staats-Eisenb.-Actien 747, 35. Neue dt. —. dt. Nordwestbahn —. Lombardische Eisenbahn-Actien 360, —. dt. Prioritäten 249, 50. Türken de 1865 41, 75. dt. de 1869 278, —. Türkenloose 107, 75. Febr.

**London, 22. Januar, Nachmittags 4 Uhr.** (Orig.-Dep. d. Bresl. Jtg.) Consols 92, 03. Ital. Rente 58½. Lombarden 14, 05. 5 % Anleihen de 1862 97½. dt. 5 % de 1864 97½. Silber —. Türkische Anleihe de 1865 41, 03. 6 % Türken de 1869 53½. 6 % Verein. Staaten pro 1882 105½. Berlin —. —. Hamburg 3 M. —. —. Frankfurt a. M. —. —. Wien —. —. Paris —. —. Petersburg —. —. Silberrente 65. Papierr- rente 61½. Plazdiscont 3 à 3¼ %. Bankinzahlung 10,000 Pfd. Sterl. Köln, 22. Jan. [Schluß-Bericht.] Weizen unverändert, März 9, 9½, Mai 9, 9. Roggen behauptet, März 6, 17, Mai 6, 18. — Rübsöl fester, loco 10 1/10, Mai 10 1/20. Wetter: kalt.

**Hamburg, 22. Jan.** [Schluß-Bericht.] Weizen: Steigend, per Janu- ar 248, April-Mai 265. — Roggen: Still, per Januar 194, April- Mai 193. Rübsöl: Geschäftlos, loco 62½ Br., Mai 64 Br. Wetter: —.

**Berlin, 22. Januar, 11 Uhr 55 Min.** [Anfangs-Course.] Credit- actien 142½. Staatsbahn 198½. Lombarden 95. Italiener 59½. Türken 41½. 1860er Loose 94½. Amerikaner 97. Rumänen 38½. Mindener Loose 94½. Galizier 101½. Silberrente 65½. Papierrrente 61. Dort- munder 81½. Discontom. —. Provinzialdisc. —. —. Febr.

**Berlin, 22. Januar, 12 Uhr 25 Min.** [Anfangs-Course.] Credit- Actien 142. 1860er Loose 94½. Staatsbahn 198½. Lombarden 95. Italiener 59½. Amerikaner 97½. Rumänen 38½. —. Febr.



Weizen: Januar 86. April-Mai 86 1/2. Roggen: Januar 61 1/2. April-Mai 62 1/2. Rüböl: Januar 19 1/2. April-Mai 20 1/2. Spiritus: Januar 21. April-Mai 21. 21.

Berlin, 22. Januar. (Schluß-Course.) Ruhig.

Erste Depesche, 2 Uhr 20 Min.		Cours vom 22.		Cours vom 21.	
Defferr. Credit-Actien.	141 1/2	142	Bresl. Maffler-B. B...	90	90 1/2
Defferr. Staatsbahn	198 1/2	197 1/2	Laurahütte	172	172 1/2
Lombarden	95	95	Ob.-S. Eisenbahnbed.	88	89
Schles. Bankverein	115	115	Wien kurz	88	88 1/2
Bresl. Discontobank	79 1/2	78 1/2	Wien 2 Monat	87 1/2	87 1/2
Schles. Bankverein	91 1/2	91 1/2	Warschau 8 Tage	91 1/2	91 1/2
Bresl. Wechselbank	66 1/2	66 1/2	Defferr. Noten	88, 01	88 1/2
do. Wechselbank	63	63	Russ. Noten	91 1/2	91 1/2
do. Mafflerbank	77	77			

Zweite Depesche, 3 Uhr 5 Min.		Cours vom 22.		Cours vom 21.	
4 1/2 proc. preuß. Anl.	102 1/2	102 1/2	Röhl-Mindener	139 1/2	139 1/2
3 1/2 proc. Staatsanl.	92	92	Galizier	101 1/2	101 1/2
Preuss. Pfandbriefe	92	91 1/2	Ostdeutsche Bank	69 1/2	69 1/2
Defferr. Silberrente	65 1/2	65 1/2	Disconto-Commandit.	170	169 1/2
Defferr. Papier-Rente	61 1/2	61 1/2	Darmstädter Credit	156	155 1/2
Zürf. 5 % 1868er Anl.	41 1/2	41 1/2	Dortmunder Union	81 1/2	81 1/2
Italienische Anleihe	59 1/2	59 1/2	Kramsta	97	96 1/2
Poln. Liquid.-Pfandbr.	69 1/2	67 1/2	London lang	6, 20 1/2	—
Rumän. Eisen-Oblig.	38 1/2	38 1/2	Paris kurz	80 1/2	—
Oberösch. Litt. A.	168 1/2	168 1/2	Mariäthütte	60	60
Breslau-Freiburg	103	102 1/2	Waggonfabrik Linde	59 1/2	59 1/2
N.-O.-U.-St.-Actien	120 1/2	120 1/2	Oppolner Cement	59 1/2	59 1/2
N.-O.-U.-St.-Prior.	120	120	Ver. Br. Delfabriken	69	69 1/2
Berlin-Görlitzer	98	98	Schles. Centralbank	—	—
Veräinl.-Märktische	99 1/2	99 1/2			

Fest aber geschäftlos. Franzosen bedrängt. Deutsche Bahnen besser. Industriewerte. Banken wenig verändert. Anlagewerthe sehr begehrt. Nachbörse: Defferr. Cred.-Actien 141 1/2. Defferr. Staatsbahn 198. Lombarden 94 1/2.

Wien, 22. Januar. [Vorboerse.] Credit-Actien 241. 50. Lombarden 163. 50. Napoleonsd'or 9. 05 1/2. Anglo-Austrian 152. 50. — Recht fest.

Wien, 22. Januar. [Schluß-Course.] Schwächer.

Rente		Staats- Eisenbahn-Actien		Lombarden	
National-Anleihen	69, 50	69, 60	Actien-Certificat	338, 25	336, 50
1860er Loose	107, —	108, —	Comb. Eisenbahn	163, 75	163, 50
1864er Loose	141, 50	140, 50	London	113, 25	113, 60
Credit-Actien	241, 75	241, 75	Galizier	229, 50	229, 50
Nordwestbahn	196, 25	195, 50	Unionsbank	133, 75	130, —
Nordbahn	208, 75	209, —	Raffenscheine	170, —	170, 25
Anglo	151, 25	152, 50	Napoleonsd'or	9, 04	9, 05
Franco	43, —	43, 50	Baden-Credit	116, —	115, —

Paris, 22. Januar. [Anfangs-Course.] Procc. Rente 58, 15. Anleihe 1872 93, 15. do. 1871 93, 12. Italiener 59, 45. Staatsbahn 741, 25. Lombarden 363, 75.

London, 22. Januar. [Anfangs-Course.] Consols 92 1/2. Italiener 58 1/2. Lombarden 14, 05. Amerikaner 105 1/2. Airten 41 1/2. — Wetter: Nebel.

Newyork, 21. Januar, Abends 6 Uhr. (Schluß-Course.) Höchste Notirung des Goldagio 11 1/2. Goldagio 11 1/2. Wechsel auf London in Gold 48 3/4. 100 Bonds de 1885 117 1/2. do. 5 % fundirte Anleihe 112 1/2. 100 Bonds de 1887 117 1/2. Erie-Bahn 49. Baumwolle in Newyork 16 1/2. Baumwolle in New-Orleans 16. Raff. Petroleum in Newyork

14. Raff. Petroleum in Philadelphia 13 1/2. Mehl 7, 10. Rother Frühjahrsweizen 1, 67. Caffee Rio 26. Savanna-Butter 8. Getreidefracht 12 1/2. Paris, 22. Januar. [Getreidemarkt.] Rüböl: Januar 82, 75. Mai-Aug. 86, —. Sept.-December 89, 25. Ruhig. Mehl: Jan. 84, 50. März-April 84, 75. Mai-Juni 84, —. Ruhig. Spiritus: Januar 67, 50. April-Mai 67, 50. März-Juni 67, 50. April-Mai 67, 50. Ruhig. — Wetter: Schön. Berlin, 22. Januar. [Schluß-Bericht.] Weizen maff, Januar 86 April-Mai 87, Mai-Juni 86 1/2. Roggen maff, Januar 61 1/2, April-Mai 62 1/2. Mai-Juni 62 1/2. Rüböl fester, Januar 19 1/2, April-Mai 20 1/2, Mai-Juni 20 1/2. Spiritus flau, Januar 21, 02, April-Mai 21, 16, Juni-Juli 22, 01. Hafer: Januar —, April-Mai 57 1/2. Stettin, 22. Januar. (Orig.-Dep. d. Bresl. S.-B.) Weizen: Ruhig, per Januar —, Frühjahr 86 1/2. Roggen, per Januar 61 1/2, Frühjahr 62 1/2. Mai-Juni 60 1/2. Rüböl per Januar 18 1/2, Frühjahr 19 1/2, Herbst 20 1/2. Spiritus befestigend, per loco 20 1/2, Januar-Februar 21 1/2. Frühjahr 21 1/2, Mai-Juni 21 1/2. Petroleum per Januar 14 1/2. Rüböl Januar —.

#### Telegraphische Witterungsberichte vom 22. Januar.

Ort.	Bar.	Therm.	Wind.	Allgemeine
	Bar.	Therm.	Wind.	Simmels-Ansicht.
	Lin.	Reaum.	Stärke.	
8 Saporanda	329,6	— 2,4	—	S. schwach.
8 Petersburg	335,3	— 7,8	—	ED. schwach.
8 Riga	—	—	—	—
8 Moskau	327,9	— 2,1	—	N. mäßig.
8 Stockholm	335,7	— 3,7	—	WNW. mäßig.
8 Stubeßnäs	—	—	—	—
8 Grönningen	343,0	— 1,7	—	S. schwach.
8 Selder	342,3	—	—	SW. f. schwach.
8 Hernösand	334,6	— 1,3	—	WSW. schwach.
8 Christiania	—	—	—	—
8 Paris	—	—	—	—
Morg.				
6 Memel	338,3	— 3,5	—	W. mäßig.
7 Königsberg	339,1	— 3,6	—	W. f. stark.
6 Danzig	339,7	— 4,1	—	—
7 Cöslin	340,7	— 3,0	—	W. mäßig.
6 Stettin	341,7	— 3,4	—	W. schwach.
6 Buttsbus	339,0	— 3,6	—	WN. schwach.
6 Berlin	341,2	— 3,3	—	W. mäßig.
6 Bosen	337,4	— 2,0	—	W. f. schwach.
6 Ratibor	333,4	— 0,3	—	SW. schwach.
6 Breslau	336,8	— 2,2	—	W. schwach.
6 Zergau	339,6	— 0,4	—	WN. mäßig.
6 Münster	337,4	— 1,6	—	W. schwach.
6 Köln	334,1	— 1,6	—	ESD. mäßig.
6 Arier	337,3	— 1,5	—	ND. f. stark.
7 Helsenburg	339,6	— 3,7	—	W. schwach.
6 Wiesbaden	338,5	— 0,4	—	W. schwach.

Breslau, den 20. Januar 1874.

#### Bekanntmachung.

Die über das Schwarzwasser nach Wilhelmsruh führende Brücke wird befußs Instandsetzung vom 24. Januar bis 14. Februar d. J. gesperrt. Der königliche Polizei-Präsident. Frhr. v. Uslar-Gleichen. [1675]

Zabrze. [Musik-Institut.] Die vor Kurzem von dem Inhaber des Folge'schen Musik-Instituts, Herrn Petri veranfaßte Soirée zeigte, in welcher guten und tüchtigen Hände Herr Folge bei seinem Abgange von hier das Institut übergeben.

Die Kinder spielten schwierige Stücke eract mit schönem Anschlag und waren, wie wir dies bei denselben von früher gewöhnt, mit Feuer bei der Sache und scheint sich Herr Petri die Liebe seiner Schüler, welche Herr Folge in so reichem Grade befaßt, bereits erworben zu haben.

Es ist ein derartiges Institut für Zabrze ein Bedürfnis und können wir dem Gründer desselben nur dafür danken und ihm wünschen, daß er in Waldenburg, wohin er als Lehrer berufen, einen ebenso großen Wirkungskreis finden möchte, als er hier verlassen, Herrn Petri aber zurufen, auf der angenehmen Bahn rüstig weiter zu schreiten und uns öfters durch ähnliche Kunstgenüsse, wie sie die Soirée brachte, zu erfreuen.

#### Stipendium.

Die Mozart-Stiftung Frankfurt a. M., welche die Unterstützung musikalischer Talente zum Zwecke ihrer Ausbildung in der Composition lehre bezieht, beabsichtigt, ein Stipendium zu vergeben. Bezüglich desselben sind folgende Bestimmungen maßgebend:

- 1) Jünglinge aus allen Ländern, in welchen die deutsche Sprache die Sprache des Volkes ist, können diese Unterstützung in Anspruch nehmen, vorausgesetzt, daß sie unbescholtenen Rufes sind und besondere musikalische Befähigung nachweisen.
- 2) Erscheinen die vorgelegten Zeugnisse genügend, so wird dem Bewerber die Composition eines vom Ausschusse der Stiftung bestimmten Liedes, sowie eines Instrumental-Quartettstückes aufgegeben.
- 3) Ueber die eingeleiteten Arbeiten haben drei Musiker von anerkannter Autorität als Preisrichter zu erkennen.
- 4) Der erwählte Stipendiat wird nach Wahl des Ausschusses, wobei jedoch der Wunsch des Schülers möglichst berücksichtigt werden soll, einem Meister in der Composition lehre zum Unterricht überwiesen.

Wir laden nunmehr alle diejenigen, welche geneigt und nach den obigen Bestimmungen geeignet sind, sich in frankfurter Zustchriften unter Angabe des Alters und unter Vorlegung der erforderlichen Zeugnisse bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Ausschusses

bis zum 25. Februar 1874

zu melden. Frankfurt a. M., den 15. December 1873. Der Verwaltungs-Ausschuss der Mozart-Stiftung und in dessen Namen: Appellations-Gerichtsrath Dr. Schard, Präsident. Dr. jur. B. May, Secretair. [1650]

#### Gemälde-Ausstellung von Theodor Lichtenberg.

Jahres-Abonnement, berechtigt zum täglichen Besuch der Ausstellung, pro Person 1 Thlr., 3 Personen derselben Familie 2 Thlr. 20 Sgr., 4 Personen 3 Thlr. 10 Sgr. [1672]

Klemmt, Zerstörung Babylons, Aquarellen von Koeckboeck. Venzur, M. ten Kate. Scheuren u. a. bleiben nur noch diese Woche ausgestellt.

#### Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer Tochter Elisabeth mit dem Eidegen Herrn Richard Schneider zu Morgenstern-Grube beehren sich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen. [379] Klein-Dombrowa, den 21. Januar 1874.

Fest und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich: Fanny Roth, [371] Ferdinand Vulkan. [371] Loth D. S. Andrichau.

Meinen lieben Verwandten und Freunden die ergebene Anzeige, daß unter göttlichem Schutz meine geliebte Frau Emma geb. Wendtner heute Mittag 12 Uhr von einem sehr starken, aber todten Mädchen glücklich entbunden worden ist. [1673] Breslau, den 21. Januar 1874. Eduard Groß, Kaufmann.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute erlöste der liebe Gott unsere innig geliebte Schwester, Schwägerin und Tante Pauline Sengler von ihren langjährigen schweren Leiden durch einen sanften Tod. Um stille Theilnahme bittend zeigen dies hierdurch an. [901] die trauernden Hinterbliebenen. Breslau, den 22. Januar 1874. Beerdigung: Sonntag den 25. Vormittags 12 Uhr auf dem großen Kirchhof vor dem Nicolai-Thor.

Heute Abend 11 1/2 Uhr ent-schlief sanft unsere theuerste Tochter, Rosalie, geb. Fischer, im blühenden Alter von 39 Jahren. Dies zeigt tiefgebeugt allen Verwandten und Bekannten zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen an: Israel Weissenberg. Burdowich bei Schoppin, den 21. Januar 1874. [377]

Heute Nachmittag 1/2 5 Uhr verschied sanft zu einem besseren Leben unsere theure Cousine, Frau Emma Großmann. Diese Nachricht zeigen wir im Namen der trauernden Hinterbliebenen statt besonderer Meldung Verwandten und Bekannten an. [375] Rattowitz, den 21. Januar 1874. S. Barthel und Frau.

Statt besonderer Meldung. Heute Nachmittag 3 1/2 Uhr verstarb nach langem Leiden meine liebe Frau Amalie, geb. Lenk, welches ich hiermit Freunden und Bekannten ergebenst anzeige. [1684] Berlin, den 20. Januar 1874. Julius Vintich, im Namen der Hinterbliebenen.

Heute Morgen verschied nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau Clara, geb. Strohmeier, im Alter von 33 Jahren. Seidlich, 21. Januar 1874. [386] Karbat.

Am 20. d. Mts. verschied unsere gute Mutter und Großmutter, die verw. Frau Baufreier D. Schulze. Malapane und Schönebeck. [366] Die Hinterbliebenen.

#### Familien-Nachrichten.

Verlobte. Gewerbe-Schul-Lehrer Dr. Herr Barow mit Frä. Dora Uwe in Berlin. Rgl. Polizei-Beut., Br-St. a. D. Hr. Gander in Schöneberg mit Frä. Mathilde Baumann in Fürstlich-Nordhoff in Schles. Geburten. Ein Sohn dem Optm. a. la suite des Anhalt. Inf.-Rgt. Nr. 93 Hrn. v. Lettow in Spandau, dem Pastor Hrn. Dergel in Cammin. Todesfälle: Major a. D. Hr. du Rossel in Wesel. Hr. Landrath von Waldow-Steinbüchel in Steinbüchel.

#### Stadt-Theater.

Freitag, den 23. Jan. „Sans Seiling.“ Romantische Oper in drei Akten, nebst einem Vorspiel von Ed. Debriant. Musik von Heinrich Marschner. Sonnabend, den 24. Januar. „Athenbrödel.“ oder: „Der glückliche Pantoffel.“ Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach dem gleichnamigen Märchen bearbeitet von C. A. Görner. Musik von Kapellmeister C. Stiegmann.

#### Lobe-Theater. [1652]

Freitag, den 23. Januar. Vorleses Gastspiel der kais. k. Hofkapellmeisterin Frä. Friederike Vogner, vom Hofburgtheater in Wien. „Fernande.“ Lebensbild und Sittengemälde in 4 Akten von Sardou. Deutsch von Mantner. (Clotilde, Fräul. Friederike Vogner.) Sonnabend, den 24. Januar. „Die Galloschen des Glücks.“

O. Oppeln □ P. 24. I. R. III. Gr. 6 U. 25. I. Stfst. u. T. □ I. Gr. 12 U.

Es wird eröffnet.

#### Conférences littéraires.

Je donnerai, à partir de Samedi, 24 Janvier, pour continuer le même jour des trois semaines suivantes, à 6 heures, dans la Salle de musique de l'Université Royale, 4 conférences sur Lamartine. On peut se procurer des cartes d'entrée, valables pour tout le cycle, au prix de 1 thr., chez M. M. les libraires H. Scholtz (Stadttheater, Schweidnitzerstr. 22/23) u. Goerlich & Coeh (Ritterplatz 4). [769] A. Fillet.

#### Großes Concert

unter Leitung des Musikdirectors Herrn A. Kuschel.

Im Tunnel:

#### Großes Concert

der Leipziger Quartett- und Couplet-Sänger,

der Herren Feinig, Ehle, Stahlhauer, Siper und Selow.

Anfang 7 Uhr. [1542] Entrée à Person 3 Sgr.

Nach meiner Verabschiedung aus dem Militärdienst habe ich mich in Schweidnitz niedergelassen. [1637] Dr. Scharin, Ober-Stabsarzt a. D.

A. Fillet.

#### Concert

Freitag, den 23. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, im Musiksaale der Universität, gegeben von

Frä. Clara u. Jenny Hahn

und

Frä. Essolde Fritsch,

unter gütiger Mitwirkung des

Herrn Albert Seidelmann.

Programm.

1. Fantasie C-dur von Schubert. (Frä. Clara Hahn.)

2. Ah, perfido von Beethoven. (Frä. Jenny Hahn.)

3. Lieder: a. Suleika von Mendelssohn. b. Ich muss nun einmal singen von Taubert. (Frä. Fritsch.)

4. Clavierstücke: a. Vöglein, Etude v. Henselt. b. Vathe. Emoll, von Chopin. (Frä. Clara Hahn.)

5. Terzett: „Tumate empi“ von Beethoven.

6. Arie aus „Die Entführung“ v. Mozart. (Frä. Fritsch.)

7. Rhapsodie hongroise v. Liszt. (Frä. Clara Hahn.)

8. Lieder: a. Lied von Chopin. b. Gebet aus „Genovefa“ von Schumann. (Frä. Jenny Hahn.)

9. Lieder: a. Mondnacht von Schumann. b. Schöne Fremde v. Schumann. (Herr Seidelmann.)

10. 2 Duette, von Lassen und Riess. (Frä. Fritsch und Jenny Hahn.)

Billets à 1 Thlr. in der Schletter-schen Buchhandlung, H. Skutsch, 16—18, Schweidnitzerstr. [1544]

#### Liebig's Concert-Saal.

Freitag, den 23. Januar:

Sinfonie-Concert

der Breslauer Concert-Kapelle.

Zur Auff. kommt u. A.:

IV. Sinfonie (B-dur) von Gade.

Anfang 7 Uhr. Entrée à Person 2 1/2 Sgr., Kinder 1 Sgr.

Louis Lüstner, Director.

#### Zelt-Garten.

Heute:

#### Großes Concert

unter Leitung des Musikdirectors Herrn A. Kuschel.

Im Tunnel:

#### Großes Concert

der Leipziger Quartett- und Couplet-Sänger,

der Herren Feinig, Ehle, Stahlhauer, Siper und Selow.

Anfang 7 Uhr. [1542] Entrée à Person 3 Sgr.

Nach meiner Verabschiedung aus dem Militärdienst habe ich mich in Schweidnitz niedergelassen. [1637] Dr. Scharin, Ober-Stabsarzt a. D.

A. Fillet.

#### Breslauer Actien-Bierbrauerei.

Täglich: [1668]

#### Großes Concert

Anfang 7 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.

#### Seiffert's Etablissement

in Rosenthal.

Vorläufige Anzeige.

Donnerstag, den 29. d. Mts.

Großer maskirter und

unmaskirter Ball.

Da es uns unmöglich ist, für die vielfachen Beweise herzlicher Liebe und

hänglichkeit, die uns von nah und fern zu unserer „goldenen Hochzeit“ zu Theil geworden, unsern geehrten

Freunden und Bekannten mündlich Dank zu sagen, erlauben wir uns, denselben auf diesem Wege abzulassen.

Dank, innigen Dank Allen für die uns bereitere wahrhaft hohe und reine Freude! [317]

Breslau, den 21. Januar 1874.

Carl und Johanna

Hildebrandt.

#### Aufforderung.

Alle diejenigen, welche dem verstorbenen Brauereibesitzer C. Pabel noch Zahlungen zu leisten haben (auch aus früherer Zeit), werden hierdurch aufgefordert, dieselben bis zum 15. Februar h. a. zu begleichen, widrigenfalls dann gegen die Säumnigen sofort der Rechtsweg beschritten werden wird. [353] Leutmannsdorf, den 20. Januar 1874. C. Pabel's Erben.

Diejenigen, welche an den verstorbenen Lederhändler

Robert Blum

noch Ansprüche geltend zu machen haben, wollen sich innerhalb 8 Tagen melden bei [905]

Pierre Henry,

Nikolai-Stadtgraben Nr. 5.

Den 2. Februar beginnt ein

Abend-Cursus für doppelte

Buchführung,

Wechselkunde, Rechenen,

Anmeld. Nachm. u. Abends.

F. Berger, Grünstr. 6, 2 Stiegen.

Ein Stud. sehr tüchtig in der Musik, wünscht Klavierunterricht zu ertheilen. Off. sub D. 89 an die Exp. d. Bresl. Ztg.

#### Kattowitz.

Welt's Hôtel,

altbekanntes renommirtes Haus,







